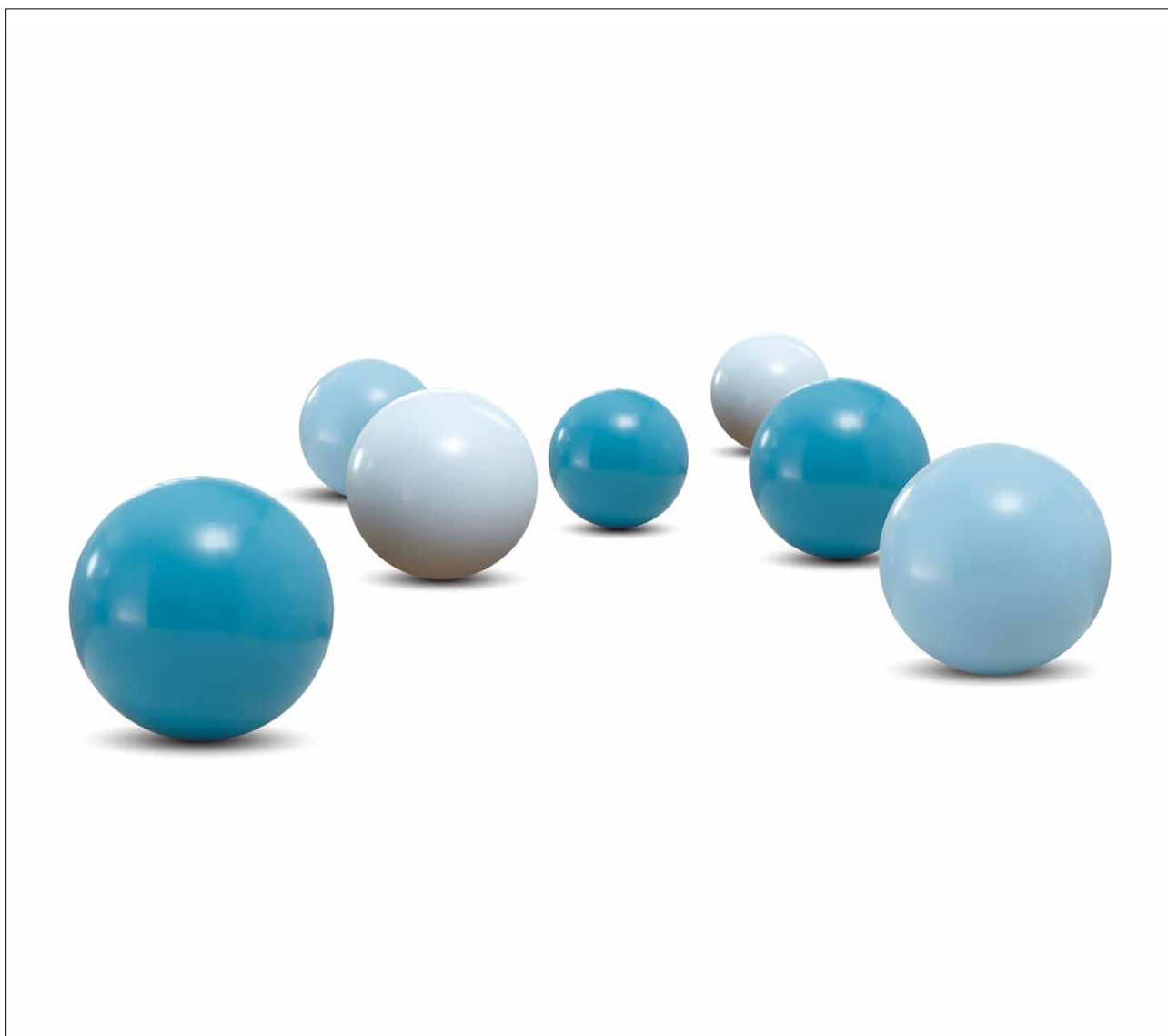


Geschäftsbericht 2012



Geschäftsbericht 2012



1

Optik

DirectPhotonics Industries GmbH

Seite 16

2

IKT, Medien & Kreativwirtschaft

Outfittery

Seite 20

3

Gesundheitswirtschaft

Eternygen GmbH

Seite 24

4

Energietechnik

InvenSor GmbH

Seite 28

5

Verkehr, Mobilität & Logistik

4flow AG

Seite 32

Inhaltsverzeichnis

An unsere Geschäftspartner	5
Grußwort der Vorsitzenden des Verwaltungsrats	10
Bericht des Verwaltungsrats	12
Die Cluster der gemeinsamen Innovationsstrategie	14
Wirtschaftsförderung	30
Die Wirtschaftsförderung 2012 in Zahlen	30
Entwicklung der Wirtschaftsförderung 2012	34
Ausblick auf die Wirtschaftsförderung 2013	41
Beteiligungen	44
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH	44
IBB Business Team GmbH	45
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin und	
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds	46
Berlin Partner GmbH	47
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH	48
Berlin Tourismus & Kongress GmbH	48
Immobilien- und Stadtentwicklung	50
Die Immobilienförderung 2012 in Zahlen	50
Tätigkeitsschwerpunkte im Bereich Immobilien	51
Der Berliner Markt für Wohnimmobilien	53
Ausblick auf das Geschäftsjahr 2013	56
Personalbericht	57
Personalstruktur	57
Erstausbildung	58
Danksagung	59

Lagebericht	60
Grundlagen	60
Geschäftsmodell	60
Weiterentwicklung des Geschäftsmodells	60
Steuerungssysteme der Bank	61
Wirtschaftsbericht	62
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	62
Geschäftsverlauf 2012	67
Allgemeiner Geschäftsverlauf	67
Entwicklung in den Segmenten	69
Lage der Bank	74
Ertragslage	74
Vermögenslage	77
Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität	78
Nachtragsbericht	79
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	80
Prognose- und Chancenbericht	80
Risikobericht	89
Jahresabschluss	113
Bilanz zum 31. Dezember 2012	114
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012	116
Anhang für das Geschäftsjahr 2012	118
Allgemeine Angaben	118
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	118
Grundsätze der Währungsumrechnung	120
Erläuterungen zur Bilanz	121
Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	129
Sonstige Angaben	130
Organe der Investitionsbank Berlin	134
Mandate der Mitglieder des Vorstands der Investitionsbank Berlin	135
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	136
Corporate-Governance-Bericht	138
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	143
Organigramm	144
Impressum	147



An unsere Geschäftspartner

Sehr geehrte Damen und Herren,

obwohl die Diskussionen um die Stabilität und Zukunft des Euro und die Schuldenkrise in vielen Euroländern weite Teile der Wirtschaftsberichterstattung des abgelaufenen Jahres bestimmten, lässt sich unter dem Strich feststellen, dass das Jahr 2012 in Deutschland aus wirtschaftlicher Sicht deutlich besser verlief als durch diese Negativ-Schlagzeilen suggeriert.

Während einige Länder im Euroraum in die Rezession rutschten oder darin verharrten, erwies sich Deutschland mit einem von 3,0 % auf 0,7 % reduzierten Wirtschaftswachstum als relativ stabil. Die Impulse gingen dabei hauptsächlich vom privaten Verbrauch aus, aber auch die Exporte vor allem in den außereuropäischen Raum stiegen stärker als erwartet, während die Investitionen gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen sind.

In Berlin verlief die Entwicklung im Jahr 2012 besser als im Bund. Mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 1,5 % wurde die IBB-Herbstprognose des Vorjahres exakt erreicht. Nach jahrelangem überdurchschnittlichen Beschäftigungswachstum verzeichnete Berlin auch in 2012 mit 2,5 % (43.600 Arbeitsplätzen) den stärksten Beschäftigungsanstieg unter den Bundesländern. Damit ist in 2012 auch die Arbeitslosigkeit in Berlin deutlich zurückgegangen, um einen Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr auf die allerdings immer noch hohe Quote von 12,3 % im Jahresdurchschnitt. Sehr erfreulich ist auch ein Anstieg der Steuereinnahmen um fast 800 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr auf den überplanmäßigen Wert von 11,6 Mrd. Euro im Jahr 2012, was entscheidend zu einem unter dem Strich positiven Finanzierungssaldo des Landes beiträgt.

Zum Ende des Jahres haben sich die Konjunkturaussichten etwas eingetrübt. Für Berlin sind wir aber zuversichtlich, dass es sich hier nur um eine temporäre Situation handelt. Berlin dürfte den Bund beim Wachstum im Jahr 2013 erneut übertreffen und den wirtschaftlichen Aufholprozess fortsetzen. Ein auf 1,8 % erhöhtes Wachstum könnte erreicht werden. Dabei ist Voraussetzung, dass die Beruhigung der Märkte im Euroraum auch in 2013 anhält. Die Ankündigung der EZB, alles für die Stabilität des Euro zu unternehmen, und die Sanierungsfortschritte in Irland, Portugal und Italien gegen Ende des Jahres geben uns Anlass zu verhaltenem Optimismus. Die Voraussetzungen dafür sind besser als vor einem Jahr, aber immer noch bestehen erhebliche Risiken fort.

Unter diesen Unsicherheiten leidet die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Der Konjunkturbericht der IHK Berlin vom Herbst 2012 zeigt in nahezu allen Wirtschaftsbereichen rückläufige Investitionsplanungen, die in der Berliner Industrie mit gedämpften Exporterwartungen korrespondieren.

Dabei wurden die Finanzierungsbedingungen in 2012 von den Unternehmen besser beurteilt als im Vorjahr und die Sorge um eine Kreditklemme scheint nun in den Hintergrund zu treten. Im Rahmen des KMU-Report 2012 von Creditreform und IBB gaben nur noch wenige Unternehmen an, eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen wahrzunehmen, und der Anteil derer, die eine Verbesserung empfinden, ist deutlich auf über 10 % gestiegen. Allerdings ist es immer noch rund ein Fünftel der Unternehmen – und hier vor allem die kleineren –, das die Finanzierungssituation als problematisch bezeichnet.

Was die Nachfrage bei unseren Wirtschaftsförderprogrammen betrifft, bewegen wir uns auf dem Niveau des Vorjahres. Steigerungen gab es dabei vor allem beim „IBB-Wachstumsprogramm“, bei der Gemeinschaftsaufgabe (GRW), dem neuen Programm „IBB Kredit Innovativ“, aber auch bei den Mikrokrediten. Mit Blick auf 2013 freuen wir uns sehr, dass unser Vorschlag für ein das Angebot der Bürgschaftsbank ergänzendes Bürgschaftsprogramm aufgenommen und vom Senat beschlossen worden ist. Noch im ersten Halbjahr 2013 wird es uns möglich sein, Bürgschaften für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen für Unternehmen in den Clustern in der Größenordnung zwischen 1,25 Mio. bis 5 Mio. Euro zu übernehmen. Damit ergänzt der neue „EFRE-Bürgschaftsfonds“ das Angebot der Bürgschaftsbank, das zeitgleich auf Beträge bis 1,25 Mio. Euro erweitert worden ist, nahtlos nach oben. Ein Fondsvolumen von 16 Mio. Euro wird es uns in dem Zeitraum bis Ende 2015 zunächst ermöglichen, Bürgschaften in einem Volumen von ca. 50 Mio. Euro zu übernehmen.

In den letzten Jahren haben zunehmend Sonderfinanzierungen eine Rolle gespielt, die wir im Rahmen von „Berlin Infra“ sowohl im Bereich der Wirtschafts- wie auch der Immobilienförderung durchführen. In den Vorjahren war dies etwa die Finanzierung des Fondsrückkaufprogrammes der ehemaligen Berliner Immobilien Holding (BIH, jetzt Berlinovo) oder unsere anteilige Konsortialfinanzierung in Höhe von 310 Mio. Euro für den Flughafen Berlin Brandenburg International. In 2012 finanzierte die IBB den Rückkauf von 25 % der Berliner Wasserbetriebe durch das Land Berlin. Durch den Erwerb der RWE-Anteile konnte sich das Land Berlin einen Anteil von mehr als 75 % an den Berliner Wasserbetrieben sichern. Das Gesetz über die Verselbstständigung der Investitionsbank Berlin sieht die Finanzierung solcher Infrastrukturmaßnahmen ausdrücklich vor, die hier

im Rahmen von Landesbürgschaften abgesichert werden. Die gute Liquiditätssituation der IBB eröffnet uns den Spielraum für die Übernahme solcher Sonderfinanzierungen parallel zu unseren deutlich gestiegenen Finanzierungszusagen in der Wirtschafts- und Immobilienförderung, ohne diese zu beeinträchtigen.

Von steigender Bedeutung sind in den letzten Jahren auch wieder unsere Finanzierungen im Rahmen unseres Geschäftsbereiches Immobilien- und Stadtentwicklung. In 2012 trugen vor allem Finanzierungszusagen im Rahmen von Berlin Infra (171,6 Mio. Euro), Konsortialdarlehen (142,9 Mio. Euro) und Globaldarlehen (100,0 Mio. Euro) zu einem Neugeschäftsvolumen in Höhe von 726,4 Mio. Euro bei, das ergänzt um Umfinanzierungen und Zuschüsse ein Finanzierungsergebnis von 915,8 Mio. Euro ergibt. Das Ergebnis liegt damit um rund 23 % über dem Vorjahreswert. Erfreulich ist hier auch die Steigerung unserer Finanzierungszusagen für energetische Sanierungen um rund 16 % auf 94,7 Mio. Euro, bei klarem Fokus auf Investitionsvorhaben mittlerer Größe.

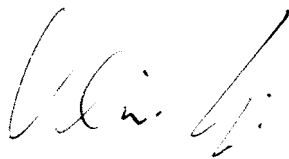
Im Jahr 2013 läuft die EU-Strukturfondsperiode 2007–2013 aus. In diesem Zeitraum ist es Berlin gelungen, einen wirtschaftlichen Aufholprozess zu schaffen, der immer noch anhält. Die Strukturfondsmittel, in erster Linie aus dem Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), die zur Refinanzierung zahlreicher Förderprogramme herangezogen werden, haben dazu erheblich beigetragen. Noch ist nicht entschieden, in welchem Umfang der jetzige Berliner EFRE-Finanzierungsrahmen in Höhe von 875 Mio. Euro für die kommende Förderperiode 2014–2020 reduziert wird. Eine Absenkung ist vor dem Hintergrund einer Umverteilung auf die bedürftigeren europäischen Wirtschaftsräume aber zu erwarten. Insbesondere in den europäischen Krisenstaaten sind diese Mittel für die Initiierung eines wirtschaftlichen Wachstumsprozesses von großer Bedeutung. Mit der Auflage einer Reihe EFRE-unabhängiger Finanzierungsangebote, wie „Berlin Kredit“ oder dem „IBB-Wachstumsprogramm“, hat sich die IBB bereits in den vergangenen Jahren auf diese Situation vorbereitet und wird in der Lage sein, den Berliner Unternehmen auch in den nächsten Jahren ein attraktives Programmangebot zu offerieren.

Im Geschäftsjahr 2012 ist es uns gelungen, die gute Entwicklung der Vorjahre fortzuschreiben und unser wirtschaftliches Ergebnis um rund 30 % auf 72,3 Mio. Euro zu steigern. 2012 war ein sehr gutes Geschäftsjahr, in dem wir unseren Jahresüberschuss bei unverändertem Berlin-Beitrag in Höhe von 33 Mio. Euro auf nahezu 40 Mio. Euro steigern konnten. Ein überplanmäßiger Zinsüberschuss und trotz Tarifsteigerungen nur moderat gestiegene Verwaltungsaufwendungen tragen dazu ebenso bei wie der Umstand, dass wir nach einer weitestgehenden Bereinigung unseres

Wertpapierportfolios in den PIIGS-Staaten unsere Risikovorsorge drastisch reduzieren konnten. Wir haben somit beste Voraussetzungen, Ihnen auch in den nächsten Jahren ein verlässlicher Finanzierungspartner zu sein.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen!

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Kissing
Vorsitzender des Vorstands



Dr. Frank Schneider
Mitglied des Vorstands

Grußwort der Vorsitzenden des Verwaltungsrats



Cornelia Yzer
Senatorin für Wirtschaft,
Technologie und
Forschung des
Landes Berlin

Die Berliner Wirtschaft wächst. Die wichtigsten Konjunkturindikatoren weisen für das vergangene Jahr positive Werte aus: Das Bruttoinlandsprodukt in der Hauptstadt stieg im ersten Halbjahr stärker als in allen anderen Bundesländern. Auch der Zuwachs an Erwerbstätigen erreichte mit 2,5 Prozent den höchsten Wert im Ländervergleich. Mit dieser Entwicklung gelingt es, die Chancen und Potenziale, die Berlin seit der Wiedervereinigung auszeichnen, auch in wirtschaftliche Erfolge für die Menschen und Unternehmen in dieser Stadt umzumünzen: die herausragende Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die sich zunehmend mit den innovativen mittelständischen Unternehmen Berlins vernetzt; die Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbeflächen innerhalb der Stadt, die noch frei gestaltbar und dabei eingebunden sind in die Infrastruktur einer Metropole; sowie natürlich die gut ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen der Berliner Hochschulen. Dieses bietet nicht nur beste Rahmenbedingungen für die Gründung neuer Unternehmen mit innovativen Ideen aus der Forschung, sondern auch für die Berliner Wirtschaft insgesamt.

Die Investitionsbank Berlin kann wirtschaftliche Investitionsvorhaben und Innovationsprojekte mit einem breiten Förderinstrumentarium unterstützen. Mit Zuschüssen, Darlehen, aber auch mit Eigenkapitalprodukten und Beratungsförderung steht die Investitionsbank Berliner Unternehmerinnen und Unternehmern aktiv zur Seite. Mit dem neuen Bürgschaftskonzept und dem EFRE-Bürgschaftsfonds bei der IBB hat der Senat die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich die Berliner Wirtschaft auf die Auswirkungen der Umsetzung von Basel III rechtzeitig vorbereiten und einstellen kann. Durch das neue Bürgschaftskonzept ist zudem ein wichtiger Schritt gemacht worden, die herrschende Gründer- und Wachstumsstimmung in Berlin unter Einbeziehung der Investitionsbank Berlin weiter zu stützen und fördern.

Mit öffentlichen Mitteln allein ist jedoch weiteres Wirtschaftswachstum nicht zu finanzieren. Daher ist es zu begrüßen, dass vermehrt Venture-Capital-Firmen nach Berlin kommen und Crowd-Funding-Plattformen entstehen. Dies belegt, dass Berlin als einer der weltweiten Anziehungspunkte für Startup-Gründungen auch immer stärker als Marktplatz wahrgenommen wird. Hier ist die Investitionsbank Berlin gefordert, Gründerinnen und Gründern beratend zur Seite zu stehen.

Das Angebot der Investitionsbank Berlin wird daher ständig überprüft und an veränderte Bedarfslagen angepasst, um alle Berliner Unternehmen zukunftsfähig zu beraten und unterstützen zu können. So wurde im Herbst 2012 ein Frühphasenmodul zur Gründungsfinanzierung in der

Technologieförderung eingeführt; zu Jahresbeginn wurde das Beratungsangebot der IBB Business Team GmbH neu strukturiert und ermöglicht nun auch die Begleitung von Internationalisierungsprojekten, der neue EFRE-Bürgschaftsfonds erlaubt es der IBB, auch größere Investitionsvorhaben angemessen zu begleiten.

Auch nimmt die Investitionsbank Berlin die Herausforderung an, sich mit den Investitionsbanken anderer Länder zu vergleichen. Hierzu gehört unter anderem, die notwendige Bürokratie auf das erforderliche Maß zu begrenzen.

Mit dem Start der neuen Förderperiode der Europäischen Förderfonds 2014 steht die Investitionsbank Berlin in diesem Jahr vor der Herausforderung, die Potenziale, die die europäische Strukturförderung ermöglicht, effektiv und wirtschaftlich erfolgreich für die Berliner Wirtschaft umzusetzen.

Es ist eine der wichtigen Aufgaben, auch Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen zu schaffen, die am Arbeitsmarkt größere Schwierigkeiten haben und zum Teil schon seit Jahren eine Anstellung suchen. Deshalb müssen wirtschaftliche Investitionen in Berlin weiter gefördert werden, damit dadurch Arbeitsplätze – insbesondere für unterschiedliche Qualifikationsanforderungen – entstehen.

Ich bin zuversichtlich, dass sich die wirtschaftliche Dynamik auch im laufenden Geschäftsjahr fortsetzen wird. Die Investitionsbank Berlin wird diesen Trend als Struktur- und Förderbank des Landes Berlin unterstützen. Dazu wünsche ich nicht nur der Investitionsbank Berlin, sondern auch den Berliner Unternehmen und Gründerinnen und Gründern viel Erfolg.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Cornelia', followed by a stylized horizontal flourish.

Cornelia Yzer

Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin

Bericht des Verwaltungsrats für das Berichtsjahr 2012

Die Investitionsbank Berlin ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Berlin.

Der Verwaltungsrat der Investitionsbank Berlin hat die ihm per Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben wahrgenommen.

Das Gremium trat im Berichtsjahr zu insgesamt vier ordentlichen und zwei außerordentlichen Sitzungen zusammen.

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat sowie dessen Ausschüsse laufend über die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftliche Lage, die strategische Ausrichtung der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorfälle. Der Kreditausschuss des Verwaltungsrats wurde vierteljährlich und der Verwaltungsrat einmal jährlich über die wesentlichen Inhalte der Risikoberichte gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kreditinstituten unterrichtet.

Schwerpunkte der Arbeit des Verwaltungsrats waren die Diversifizierung und der weitere Abbau des Wertpapierportfolios im Rahmen der De-Risking-Strategie, inklusive des Umtauschangebots für Griechenlandanleihen, die bankinterne Risikosteuerung und das Risikocontrolling, die Weiterentwicklung des Produktportfolios, aktuelle Entwicklungen bei den Beteiligungen der Bank und die Begleitung von größeren Finanzierungstransaktionen, insbesondere bei der Teilrekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe.

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2012 vor. Im Ergebnis der Prüfung wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat nahm das Ergebnis der Abschlussprüfung nach Erläuterung durch den Abschlussprüfer in seiner Sitzung am 25. März 2013 zur Kenntnis. Einwände gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Investitionsbank Berlin wurden durch das Gremium nicht erhoben. Der Verwaltungsrat stellte den Jahresabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2012 in dieser Sitzung fest und billigte den Konzernabschluss.

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2012 beträgt nach Abzug des Berlin-Beitrags der IBB 39,5 Mio. Euro.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Investitionsbank Berlin für ihre engagierte Arbeit im Geschäftsjahr 2012.

Berlin, 25. März 2013

Die Vorsitzende des Verwaltungsrats

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Cornelia', followed by a stylized horizontal line with a vertical stroke intersecting it.

Cornelia Yzer

Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin

Die Cluster der gemeinsamen Innovationsstrategie

Die Clusterförderung als Instrument der Innovations- und Technologieförderung wurde in Deutschland Mitte der neunziger Jahre eingeführt. Als erste Initiative auf Bundesebene gilt der BioRegio-Wettbewerb (1995), an die 1999 die Bundesinitiative „BioProfile“ anknüpfte, innerhalb derer die Region Berlin/Potsdam ausgezeichnet wurde. Auf Bundesebene folgten in den letzten fünfzehn Jahren zahlreiche Initiativen wie Inno-Regio (1999), Strategische Partnerschaften (2006) oder der seit 2008 durchgeführte Spitzencluster-Wettbewerb, der im Frühjahr 2012 mit der Auszeichnung von fünf deutschen Clustern seinen Abschluss fand.

Inzwischen ist die Clusterpolitik als Instrument der Innovationsförderung in Europa etabliert. Die Europäische Kommission unterstützt mit zahlreichen innovations- und clusterbezogenen Maßnahmen die Entwicklung von zukunftsfähigen, wettbewerbsstarken Regionen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Cluster aus Deutschland sind auf europäischer Ebene in viele Maßnahmen eingebunden. Die Europäische Kommission bietet über die einzelnen Generaldirektionen vielfältige cluster- und innovationspolitische Maßnahmen und Unterstützungsleistungen an. Dabei geht es vor allem darum, dass sich die besten Cluster Europas vernetzen und somit ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Zuständig für die Clusterpolitik auf nationaler Ebene sind die Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft (Spitzencluster-Wettbewerb) und für Wirtschaft und Technologie, die mit der „Clusterplattform Deutschland“ eine gemeinsame Informationsplattform geschaffen haben. Unter der Regie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie wird auch das Netzwerk „go-cluster“, dem 65 nationale Cluster angehören, als Dienstleistungsplattform für Cluster und Clustermanager betrieben.

Noch in den neunziger Jahren erfolgten erste Clusterinitiativen in den Ländern, namentlich in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Berlin. Inzwischen gibt es in allen 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Unterstützung leistungsfähiger Cluster. Dabei werden individuelle Stärken der Regionen hinsichtlich ihrer Technologie-, Wirtschafts- und Innovationskompetenz aufgegriffen sowie bestehende Strukturen und Besonderheiten berücksichtigt.

Die Berliner Wirtschaftspolitik verfolgt bereits seit Ende der neunziger Jahre eine konsequente Kompetenzfeldstrategie, die die Stärkung vorhandener Potenziale zum Ziel hat. Die Bereiche Biotechnologie, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie, Verkehrssystemtechnik und Optik wurden als die zentralen Zukunftsbereiche der Berliner Wirtschaft identifiziert. Im Jahr 2005 wurde dies zur kohärenten

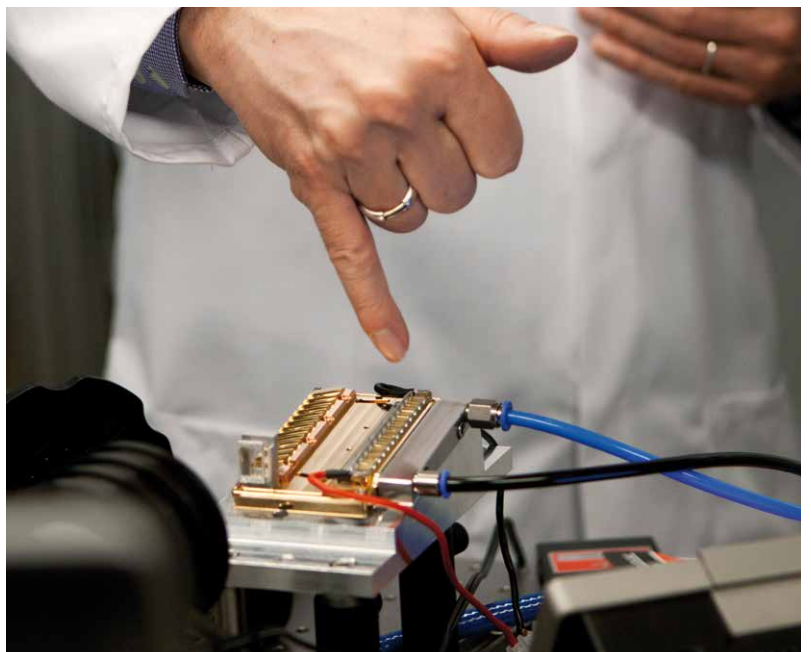
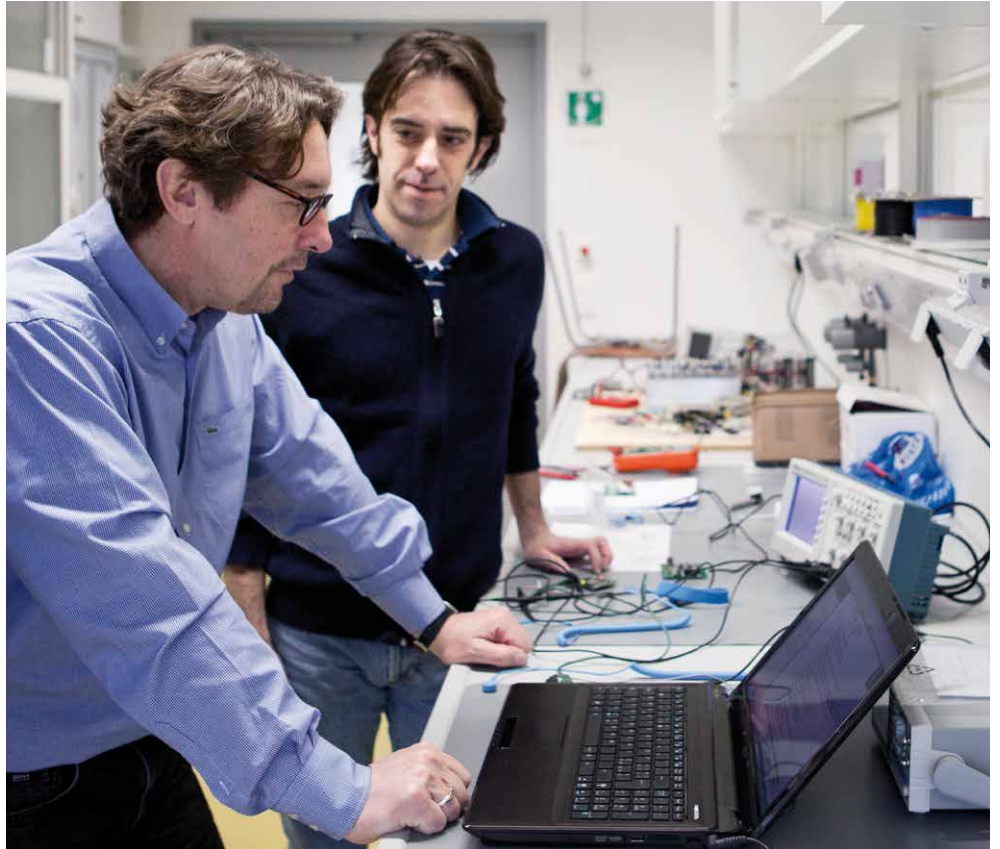
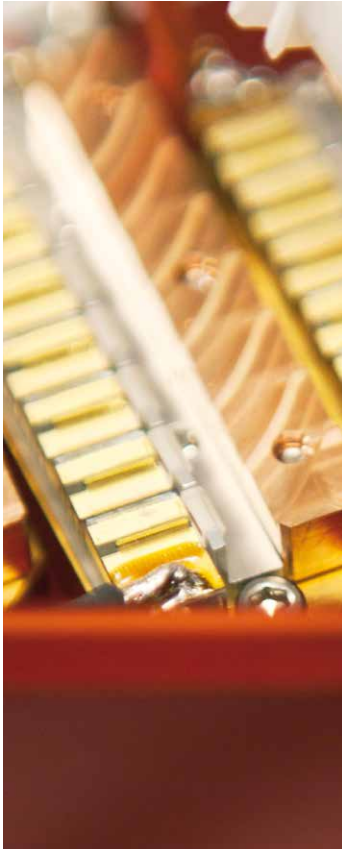
Innovationsstrategie des Landes Berlin weiterentwickelt. Masterpläne und eine Meilensteinplanung wurden erarbeitet sowie ein Entwicklungs-Controlling aufgebaut. Auch wurde zum ersten Mal mit der Gesundheitswirtschaft ein übergeordnetes Cluster definiert und mit einem Masterplan unterlegt. Kompetenz(Zukunfts-)felder sind hier die technologischen Clusterkerne – Medizintechnik und Biotechnologie –, die im Sinne einer wachstums- und wettbewerbsorientierten Strategie mit der sonstigen Gesundheitswirtschaft in einen breiteren Wertschöpfungszusammenhang (Cluster) gestellt werden.

Im Jahr 2011 erfolgte dann mit „innoBB“ die Vorstellung der ersten länderübergreifenden Innovationsstrategie in Deutschland. Die Strategie hat das Ziel, die Innovationspotenziale innerhalb der Gesamtregion Berlin-Brandenburg auszuschöpfen, und folgt den Leitlinien:

1. Innovationsfähigkeit durch länderübergreifende Strategie sichern
2. Dialog zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in den Mittelpunkt rücken
3. Standortprofil durch Bündelung themenbezogener Kompetenzen schärfen
4. Internationale Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten
5. Regionale Stärken gezielt aufgreifen
6. Nachhaltige Innovationen priorisieren
7. Relevante Ressourcen einbeziehen
8. Transparenz und Erfolgsmessung sicherstellen

Die im Rahmen der gemeinsamen Innovationsstrategie identifizierten fünf Cluster sind in weiten Teilen deckungsgleich mit den bisherigen Berliner Kompetenzfeldern. Neu ist der Bereich Energietechnik, der in Brandenburg eine besonders große Bedeutung hat.

Bei den in der nachstehenden Tabelle gezeigten Zahlen handelt es sich um Daten für die Gesamtcluster einschließlich der vor- und nachgelagerten Branchen. Daneben werden auch die Zahlen für die Clusterkerne berichtet. Die Clusterkerne umfassen, anders als die Gesamtcluster, weder Handel, Bau noch die Gewinnung von Grundstoffen und bilden somit die innovativen und dynamischen Teile der Cluster ab.



DirectPhotonics Industries GmbH Wolfgang Gries

Ihre Hochleistungslaser wird die DirectPhotonics GmbH in Berlin produzieren und nach Asien, in die USA und die europäischen Industriestaaten exportieren.

In welcher Unternehmensphase befinden Sie sich aktuell?

Wir haben uns 2011 gegründet und bisher ein Team von 17 Leuten aufgebaut. Wir haben auf Basis der vom Fraunhofer-Institut lizenzierten Technologie Prototypen entwickelt und bereits erste Produkte verkauft und ausgeliefert. Eine weltweite Vertriebsstruktur wurde angelegt und derzeit sind wir vor allem dabei, die Entwicklungen in die Produktion zu transferieren und den Fertigungsprozess zu automatisieren, der im nächsten Jahr stehen soll.

Wofür werden Ihre Laser eingesetzt?

Laser haben in den letzten 10–12 Jahren eine zunehmende Bedeutung in der industriellen Fertigung erlangt, immer dann, wenn es z. B. um das Schneiden und Schweißen von Metallen in Großserie geht. Noch werden 80 % dieser Prozesse traditionell gestaltet, aber der Einsatz der Lasertechnologie nimmt rasch zu. Die deutsche Automobilindustrie spielt hierbei eine Vorreiterrolle.

Sie entwickeln in Berlin, werden Sie auch in Berlin produzieren? Gibt es in Ihrer modernen Branche noch so etwas wie „Made in Germany“?

Für die Produktion und Entwicklung haben wir hier in diesem Adlershofer Inkubationsmodell ideale Bedingungen, die auch für ein Umsatzvolumen von 5 bis 7 Mio. Euro im Jahr noch ausreichen. Wenn wir größer werden, müssen wir uns hier Gedanken machen. Wir wollen aber auf jeden Fall in Berlin bleiben. Amerikanische Firmen produzieren ja vielfach unter dem Einsatz von reichlich manueller Arbeit in Asien. Wir hingegen wollen in Deutschland bleiben und setzen daher sehr stark auf Automatisierung, um auch preislich konkurrenzfähig zu sein. Wir sehen, dass „Made in Germany“ besonders im Technologiebereich ein Markenprädikat darstellt. Daher legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf Qualität, aber auch auf Flexibilität gegenüber Kundenwünschen.

Wo sehen Sie Ihre Hauptabsatzmärkte?

Unsere bisherigen Aufträge wurden nach Japan, China und Korea verkauft. In diesen asiatischen Schwellenländern liegt sicherlich ein Vertriebsfokus. Aber auch die USA und Norditalien sind Märkte von wachsender Bedeutung für Laser in der industriellen Materialbearbeitung.

www.directphotonics.com



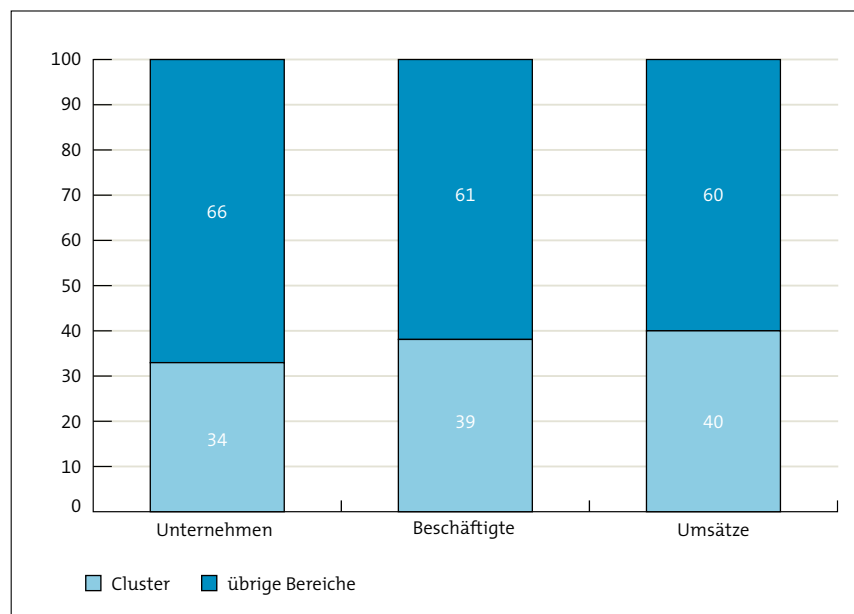
Überblick über den Berliner Anteil an den Clustern „innoBB“

Cluster in Berlin	Unternehmen 2009 (Anzahl)	Beschäftigte 2011 (Anzahl; davon SV-Beschäftigte)	Umsätze 2009 (Mrd. EUR)
Gesundheitswirtschaft	3.964	193.616 (178.717)	12,5
IKT, Medien und Kreativwirtschaft	29.344	156.010 (138.356)	22,2
Energietechnik	2.322	32.831 (31.357)	10,7
Verkehr, Mobilität und Logistik	7.804	93.505 (86.443)	14,5
Optik (einschließlich Mikrosystemtechnik)	859	11.526 (11.017)	1,1
Summe	44.293	487.488 (445.890)	60,9

Auf Berlin entfallen damit unter dem Strich rund zwei Drittel der Unternehmen, Umsätze und Beschäftigten in den Berlin-Brandenburger Clustern.

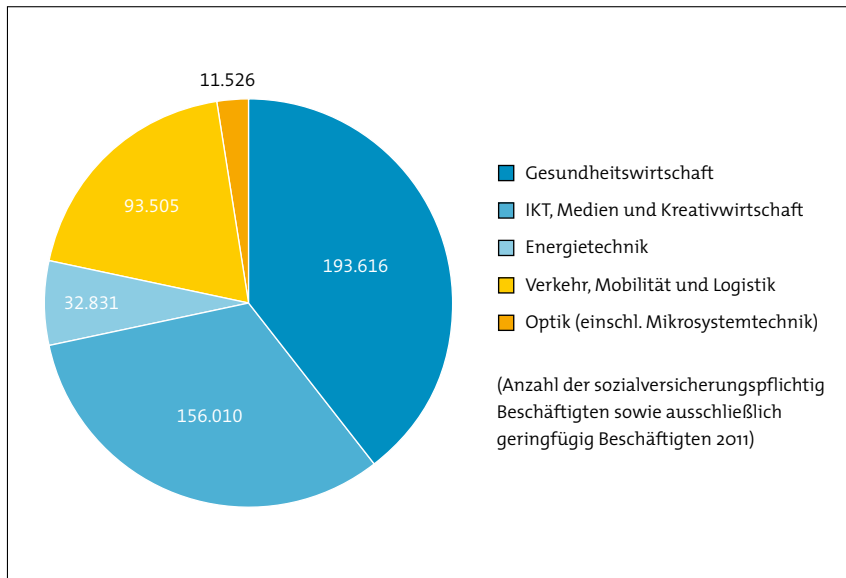
Die Bedeutung der Cluster für die Berliner Gesamtwirtschaft zeigt die nachfolgende Grafik. Die Cluster kommen auf einen Anteil von rund einem Drittel an der Gesamtzahl der Berliner Unternehmen, von 39 % an den Beschäftigten und von rund 40 % an den Umsätzen.

Anteile der Cluster an der Berliner Gesamtwirtschaft in %



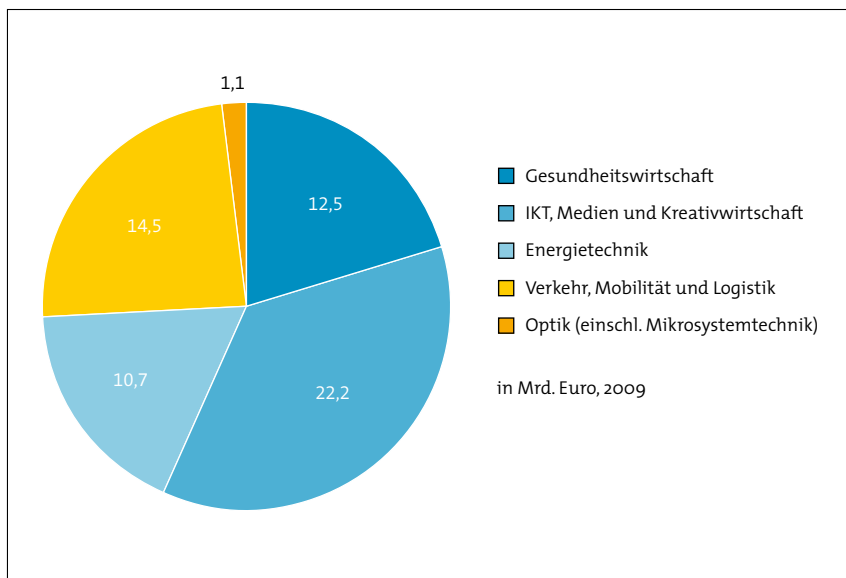
Dabei sind der Beschäftigungsbeitrag und die erzielten Umsätze in den einzelnen Clustern sehr unterschiedlich. Hinsichtlich der Beschäftigungswirkung liegt die Gesundheitswirtschaft klar vor dem Cluster IKT, Medien und Kreativwirtschaft und dem Cluster Verkehr, Mobilität und Logistik.

Beschäftigung in den Clustern in Berlin

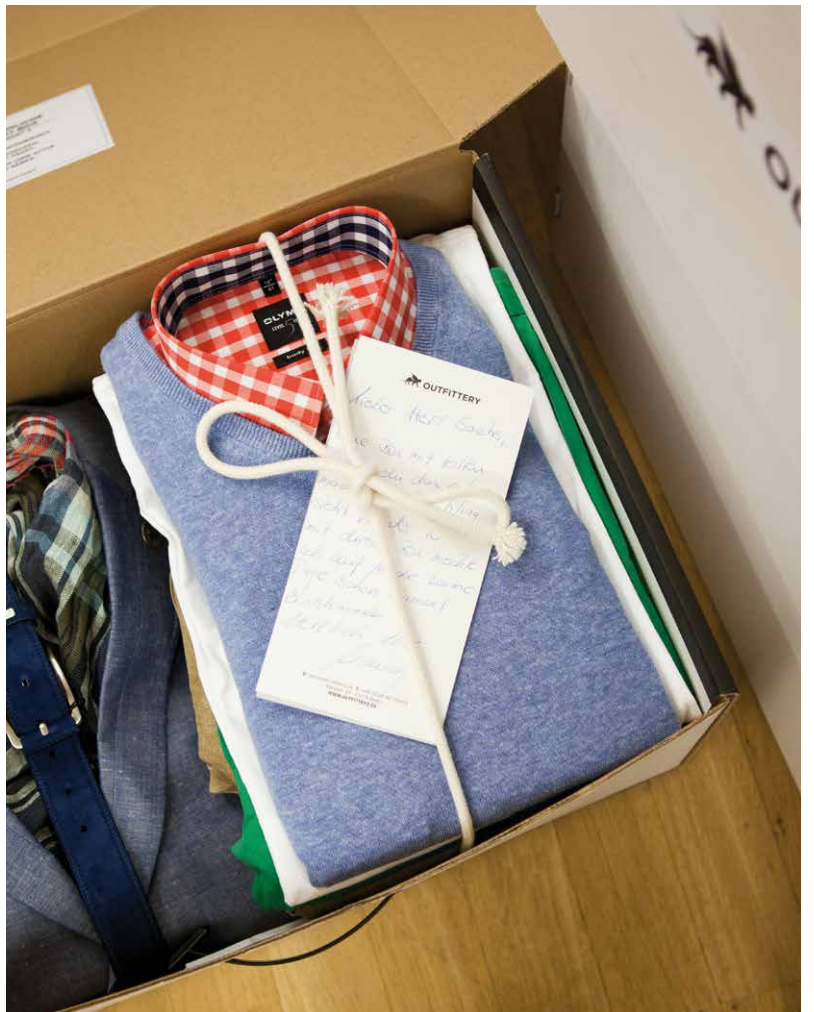
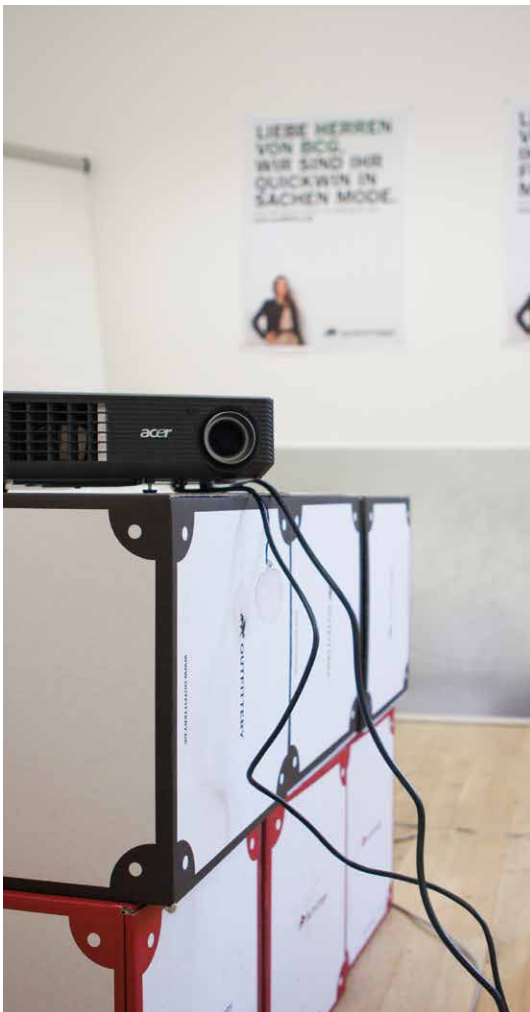


Die größten Umsätze werden im Cluster IKT, Medien und Kreativwirtschaft erzielt, gefolgt vom Verkehrsbereich. Danach fast gleichauf: die Gesundheitswirtschaft und der Energiesektor.

Umsätze in den Clustern in Berlin



Auch die Investitionsbank Berlin konzentriert die Wirtschaftsförderung seit Jahren auf die Kompetenzfelder/Cluster des Landes. 60–80 % der Finanzierungszusagen erfolgten in den letzten Jahren für diese Unternehmen. Damit sollen sowohl die Neugründungen von Unternehmen unterstützt als auch die Bestandsunternehmen gestärkt werden.



Outfittery

Anna Alex & Julia Bösch

Mode für Männer: „93 % der Kunden von Outfittery fühlen sich besser angezogen.“

Als Internethändler könnten Sie fast überall arbeiten, warum sind Sie in Berlin, wo liegen für Sie die Vorteile des Standorts?

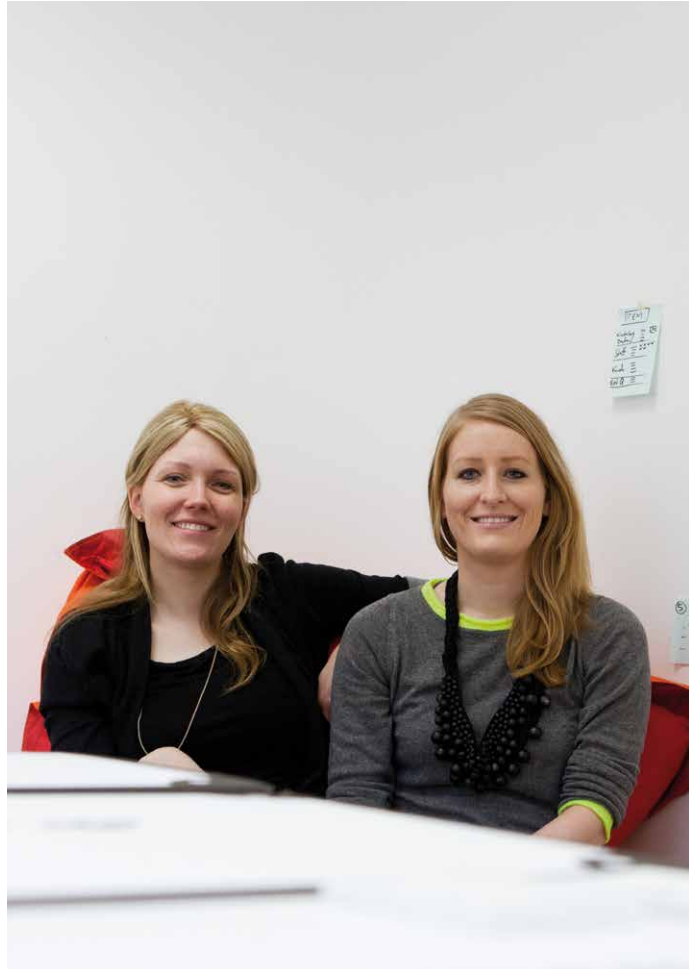
Wir sind beide wegen der Startup-Szene nach Berlin gekommen. Wir haben nach dem Studium auch schon in der Internetwirtschaft gearbeitet, aber als wir uns selbstständig machen wollten, da war klar, dass wir nach Berlin mussten. Alle haben davon gesprochen, dass da was in Bewegung ist. Klar könnten wir als Internethändler auch woanders sitzen. Aber die Berliner Gründerszene ist enorm wichtig für den Austausch, für Tipps und Informationen. Unsere Tipps haben wir fast alle aus der Szene und weniger von offiziellen Beratungsstellen erhalten. Dass unser Unternehmen zu einem Berliner Cluster gehört, war uns gar nicht bewusst, aber das Umfeld ist hier schon klasse. Das merkt man auch bei der Personalsuche, etwa für unsere Style-Beratung, da trifft man eine Menge gut ausgebildeter Leute, die perfekt zu uns passen. So haben wir heute rund 30 Festangestellte und ein Super-Team!

„93 % der Kunden von Outfittery fühlen sich besser angezogen.“

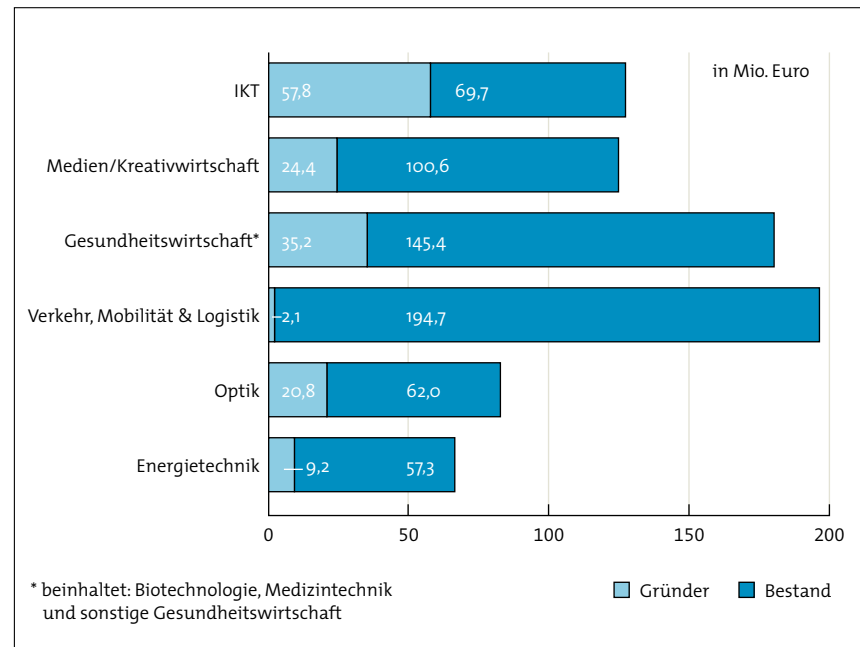
Sie schicken den deutschen Männern Pakete mit einer Muster-garderobe ins Haus, von der sie nur behalten müssen, was passt und gefällt. Beruht Ihr beachtlicher Geschäftserfolg also auf der Unmündigkeit deutscher Männer in Kleidungsfragen?

Das ist nicht unbedingt der Fall, für viele ist es so einfach bequemer und viele lieben auch den Überraschungsfaktor, auf diesem Wege an Kleidungsstücke zu kommen, die sie sich selbst nicht unbedingt aussuchen würden. Außerdem werden die Männer – auch in Deutschland – immer modebewusster. Der Markt für Männermode wächst weltweit deutlich schneller als der für die Damen. Unser Kunde gibt im Durchschnitt 300 Euro für eine Bestellung aus und ist zwischen 25 und 55 Jahre alt. Wir lernen unsere Kunden von Mal zu Mal besser kennen und es wächst ein großes Vertrauen. Übrigens auch seitens unserer mehr als 50 Marken-Lieferanten, die von sich aus auf uns zukommen.

www.outfittery.de



Finanzierungszusagen in den Clustern 2010–2012



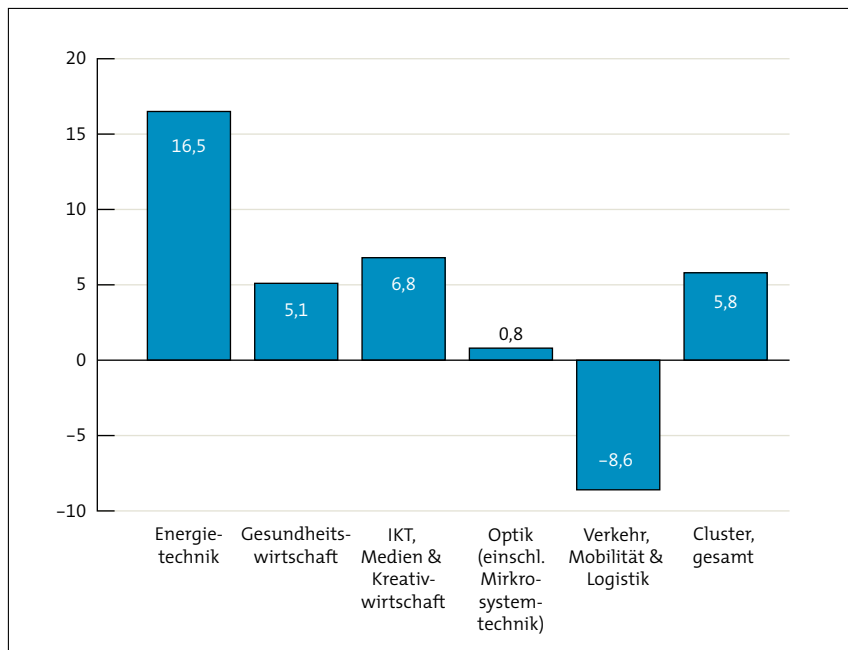
Von den Finanzierungszusagen in den Clustern entfielen seit 2010 rund 20 % auf Gründungen und 80 % auf Bestandsunternehmen, was auch in etwa der Verteilung der gesamten Finanzierungszusagen der IBB in der Wirtschaftsförderung entspricht. Eine besondere Bedeutung hat die Förderung von Unternehmensgründungen im Cluster IKT, in dem die Gründungen auf einen Anteil von 45 % an den gesamten Finanzierungszusagen kamen, und im Bereich der Optischen Technologien (25 %). Im Verkehrssektor, der durch größere Bestandsunternehmen geprägt ist, entfällt dagegen nur rund 1 % auf die Finanzierung von Gründungsvorhaben.

Eine Studie der IBB aus dem Jahr 2010 hat gezeigt, dass die Anstrengungen für die Entwicklung in den Clustern im Prinzip erfolgreich sind. Demnach wuchsen die Berliner Clusterkerne sowohl hinsichtlich Unternehmensbestand, Beschäftigung und Umsatz seit 2002 deutlich schneller als die Berliner Gesamtwirtschaft. Im Vergleich mit Hamburg, München, Frankfurt/Main und Köln überzeugte Berlin vor allem bei der Umsatzentwicklung, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, dass Berlin in absoluten Zahlen immer noch deutlich hinter diesen Vergleichsstädten rangierte. Berlin überzeugt also auch hier hinsichtlich seiner Dynamik, steckt aber noch immer in einem langfristigen Aufholprozess, um Anschluss an vergleichbare Regionen zu erlangen.

Hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung in den Clusterkernen liegen aktuelle Zahlen für den Zeitraum 2008 bis 2011 vor. Danach hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin um 5,8 % und damit etwas geringer als in der Berliner Gesamtwirtschaft (+ 6,4 %) zugenommen.

zugenommen, die bereits seit 2007 über dem Bundesdurchschnitt wächst. Allerdings hat das Wachstum in den Clusterkernen zuletzt wieder Fahrt aufgenommen. Mit einem Anstieg von 3,5 % im Jahr 2011 liegt das Wachstum der Cluster deutlich vor dem der Gesamtwirtschaft mit 2,5 %. Den größten Beschäftigungszuwachs verzeichnete mit 16,5 % die Energietechnik vor dem Cluster IKT, Medien und Kreativwirtschaft (+ 6,8 %). Dagegen wurde die Berliner Entwicklung durch das Verkehrs-Cluster gebremst, in dem die Beschäftigung gegenüber 2008 um 8,6 % zurückging. Dieses Cluster macht aber die Verflechtung innerhalb des Berlin-Brandenburger Wirtschaftsraumes deutlich. Da die Beschäftigung in Brandenburg stärker zugenommen hat, als sie in Berlin zurückging, liegt die Vermutung nahe, dass es sich zum Teil um eine Beschäftigungsverlagerung von Berlin nach Brandenburg handelt.

Beschäftigungsentwicklung in den Clusterkernen 2008–2011 in %



Bezogen auf den gesamten Berlin-Brandenburger Wirtschaftsraum stieg die Beschäftigung in den Clustern zwischen 2008 bis 2011 mit 6,2 % denn auch stärker als die Gesamtbeschäftigung (+ 5,3 %). Die größten absoluten Zuwächse liegen hierbei in den Bereichen Energietechnik (+ 13,3 %), IKT, Medien und Kreativwirtschaft (+ 5,2 %) und in der Gesundheitswirtschaft (+ 6,0 %).

Im Vergleich zu den anderen deutschen Metropolenregionen liegt Berlin-Brandenburg mit 6,2 % Beschäftigungswachstum in den Clustern, aber auch bei der Entwicklung der Gesamtbeschäftigung zwischen 2008 und 2011 an der Spitze. Es ist zudem bemerkenswert, dass Berlin-Brandenburg hier die einzige Wirtschaftsregion ist, in der die Beschäftigung in den Vergleichsclustern schneller wuchs als die Gesamtbeschäftigung. Das

Eternygen GmbH

Marco Janezic

Die Kernkompetenz der Eternygen GmbH liegt in der Erforschung neuer Medikamente gegen Stoffwechselerkrankungen.

Eternygen wurde vor nicht einmal einem Jahr gegründet, wo stehen Sie heute, was bestimmt Ihren Berufsalltag?

Im Herbst letzten Jahres haben wir das Unternehmen offiziell gelauncht und zwei Forschungsstränge gestartet. Circa 6 Monate später haben wir nun mit Hilfe unseres wissenschaftlichen Teams, der Expertise unserer Investoren und mit unseren Forschungspartnern die erste Stufe der Forschungsarbeiten erfolgreich abgeschlossen. Es wurden Substanzen identifiziert, die unser Target entsprechend beeinflussen können. Derzeit dreht sich unser Tagesgeschäft um die Koordination des gesamten „virtuellen Forschungsteams“, die regelmäßige Analyse der Ergebnisse und die Festlegung der nächsten Schritte zur Identifizierung und Optimierung potenzieller Wirkstoffe.

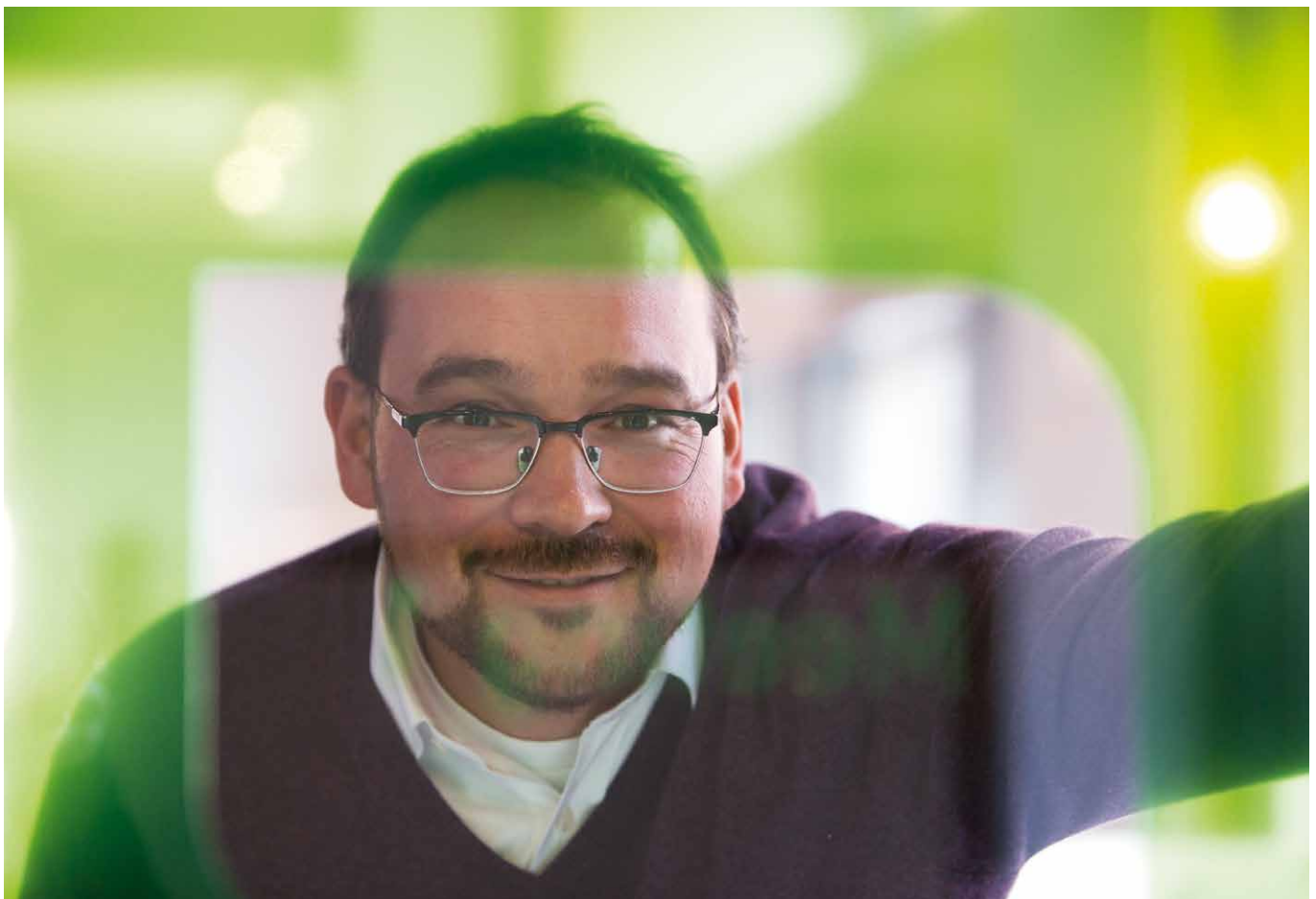
Die Biotechnologie gilt als Branche, die es nicht leicht hat, Startkapital zu mobilisieren, wie haben Sie es dennoch geschafft?

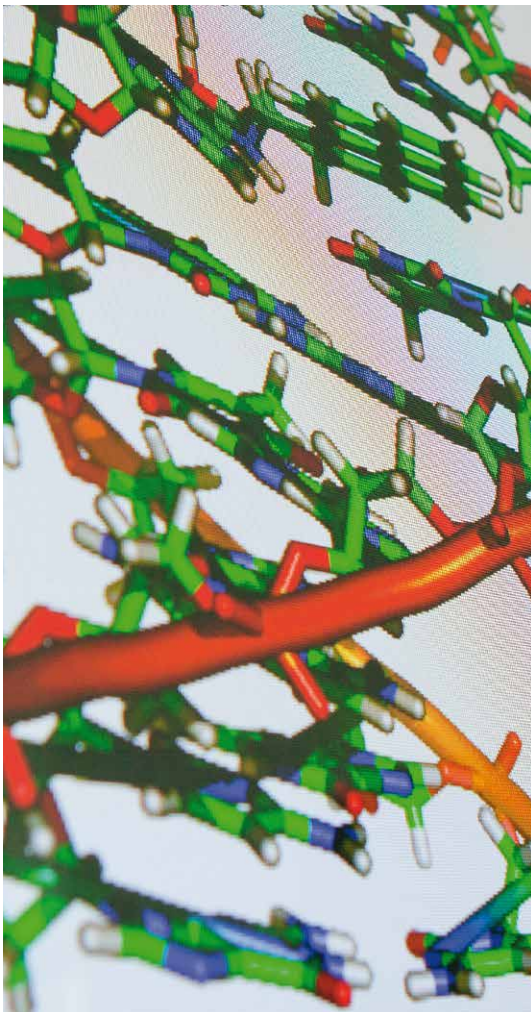
Wir bearbeiten ein sehr interessantes innovatives Target und stellen ein exzellentes wissenschaftliches Team, welches schnell die Aufmerksamkeit namhafter Investoren und Pharma-Unternehmer auf sich gezogen hat. Die Finanzierung erhielten wir in einer sehr frühen Phase und schätzen uns glücklich, dass wir ein hochkarätiges Konsortium von Privatinvestoren und der IBB Beteiligungsgesellschaft hierfür mobilisieren konnten.

Wissen Sie, dass es in Berlin das Cluster Gesundheitswirtschaft gibt, und welche Vorteile haben Sie davon?

Derzeit forschen wir noch „unter dem Radarschirm“, also unter Ausschluss der breiteren Öffentlichkeit, daher wollen wir das Cluster bisher noch nicht so aktiv nutzen. Allerdings hätten wir ohne den starken Cluster-Vorteil am Standort Berlin und ohne eine aktive Investorenlandschaft die Gründung nicht nach Berlin gelegt.

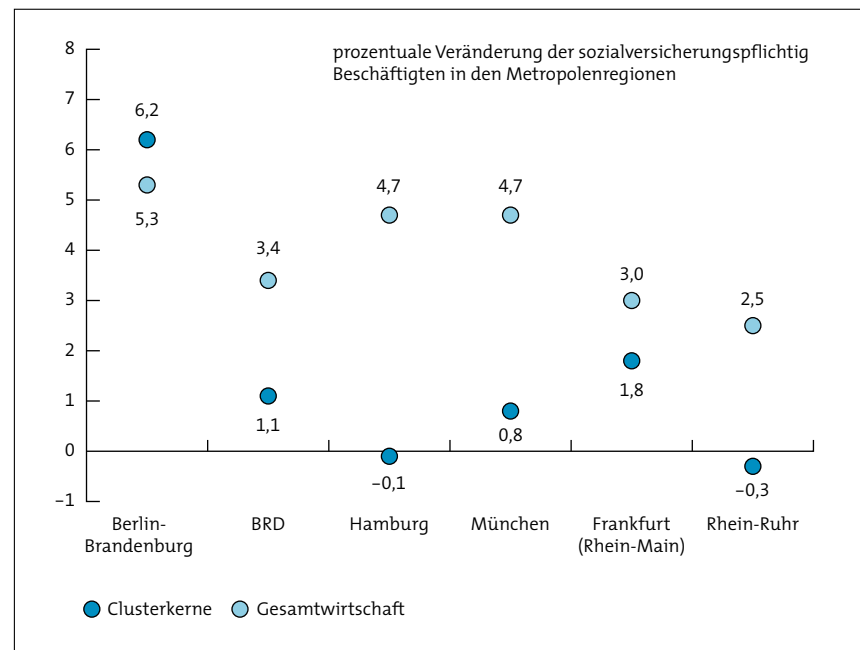
www.eternygen.com





zeigt, dass die Hauptstadtregion mit der Festlegung der länderübergreifenden Cluster auf die richtigen Felder gesetzt hat, in denen sie über Wachstumspotenzial verfügt.

Beschäftigungsentwicklung 2008–2011



Um die Berlin-Brandenburger Cluster strukturiert weiterzuentwickeln und diese Entwicklung zu kontrollieren, wurde im Rahmen von „innoBB“ für jeden Cluster ein Masterplan erarbeitet und ein Cluster-Management benannt. Die Masterpläne definieren Handlungsfelder innerhalb der Cluster und benennen Meilensteine zur Entwicklung dieser Handlungsfelder, für die eine Stärken-Schwächen-Analyse erstellt wurde. Dabei zeigt sich, dass einige Cluster sehr komplex sind. So gehören zum Cluster IKT, Medien und Kreativwirtschaft so unterschiedliche Teilmärkte wie die Musikwirtschaft, die Architektur, der Werbemarkt oder der Bereich Informations- und Kommunikationstechnik mit zum Teil gegenläufigen Entwicklungen. Zum Cluster Energiewirtschaft zählen insgesamt 58 und zum Clusterkern noch immer 25 Wirtschaftszweige. Die Gesundheitswirtschaft umfasst die Medizintechnik und die Biotechnologie ebenso wie Kliniken und Praxen.

Das Clustermanagement hat mit den Masterplänen Konzepte vorgelegt, mit denen Wertschöpfungsketten ergänzt, Forschungseinrichtungen vernetzt werden können und der Wissens- und Technologietransfer befördert werden kann. Zum Teil wurden die Cluster evaluiert. Zur Förderung der inneren Identität, Priorisierung der Aufgaben und zur Profilierung nach außen wurden in 2012 für nahezu alle Cluster Konferenzen durchgeführt sowie Workshops und Seminare angeboten.

Die IBB widmet den Clusterunternehmen nach wie vor eine besondere Aufmerksamkeit. So ist das Beteiligungsangebot der IBB Beteiligungsgesellschaft vollständig auf die Unternehmen in den Berlin-Brandenburger Clustern ausgerichtet, die auch innerhalb des Technologieförderprogramms „Pro FIT“ im Fokus stehen. Insgesamt entfielen in 2012 gut 70 % der Finanzierungszusagen auf Clusterunternehmen, die auch eine besonders intensive Beratung und Betreuung erhalten.

Die Berliner Kompetenzfeldstrategie hat seit Ende der neunziger Jahre durch die Schaffung von vernetzten Strukturen deutliche Akzente für eine Weiterentwicklung der Berliner Wirtschaft und die Stärkung wissensbasierter Wirtschaftsbereiche gesetzt und dürfte einen nicht unerheblichen Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Berlins geleistet haben. Die gemeinsame Strategie „innoBB“ der Länder Berlin und Brandenburg kann nun einen ebenso wichtigen Beitrag zur Schaffung eines länderübergreifenden gemeinsamen Wirtschaftsraumes leisten. Es handelt sich dabei aber um einen dynamischen Prozess, der kontinuierlich evaluiert und weiterentwickelt werden muss, um die Region langfristig erfolgreich aufzustellen.

Dabei sind der erhebliche Förderaufwand und der organisatorische Aufwand für das Clustermanagement zu bedenken. Immerhin entfallen schon seit Jahren rund zwei Drittel der IBB-Finanzierungszusagen auf die Unternehmen in den Clustern, die lediglich auf einen Anteil von einem Drittel am Berliner Unternehmensbestand kommen. Auch die Berlin Partner GmbH gibt an, dass drei Viertel ihrer Arbeitsplatzeffekte aus dem Ansiedlungs- und Bestandsmanagement auf die Cluster entfallen. Das erzeugt längerfristig schon Erwartungen in die Entwicklungsdynamik in den Clustern, die gegenwärtig noch nicht in allen Bereichen sichtbar wird.





InvenSor GmbH Niels Braunschweig

Die InvenSor GmbH entwickelt und produziert Kältemaschinen, die mit Wärme angetrieben werden.

Sie haben für Ihre Kältemaschinen zahlreiche Preise gewonnen, was ist das Besondere an Ihrem Unternehmen und Ihrer Technik?

Die InvenSor GmbH ist einer der weltweit führenden Hersteller von Kältemaschinen, die nach dem Prinzip der Adsorptionstechnologie arbeiten. Das Besondere an unserer Technik ist, dass unsere Maschine mit Wärme angetrieben wird und nicht mit Strom. Dabei kann die Abwärme aus einem Blockheizkraftwerk oder aus industriellen Prozessen genauso genutzt werden wie Solarthermie oder Fernwärme. Im Gegensatz zu herkömmlichen Klimaanlageanlagen sparen unsere Kunden durch diese Technik bis zu 70 % und mehr Strom ein.

Was sind aus Ihrer Sicht die größten technischen Herausforderungen Ihrer Lösungen?

Unsere Adsorptionskältemaschine ist ein Produkt, das spezielle Kenntnisse, z. B. hinsichtlich Thermodynamik und Regelungstechnik, erfordert. In diesen Bereichen sehen wir für die Zukunft noch ein großes Potenzial über die bisherigen Anwendungen hinaus, weshalb wir hier innovative Forschungs- und Entwicklungsprojekte verfolgen. Neben dem stationären

werden auch im mobilen Bereich noch deutliche Schritte hin zu noch kompakteren Lösungen zu erwarten sein. Eine weitere Herausforderung liegt im Bereich der Systemintegration. Wir achten hier sehr auf eine optimale Systemleistung und eine möglichst hohe CO₂-Einsparung.

Wofür werden Ihre Kältemaschinen hauptsächlich eingesetzt und wo sind Ihre wichtigsten Absatzmärkte?

Unsere Adsorptionskältemaschinen werden sehr vielfältig eingesetzt. Sie kühlen z. B. Rechenzentren, Verkaufsräume, Lager, Hotels, kommunale Gebäude und industrielle Prozesse. Unsere Hauptabsatzmärkte sind derzeit Deutschland und Europa, wir haben aber auch Projekte in Brasilien, Australien und Asien.

Ihre Betriebsstätte liegt in einem Gewerbehof auf dem alten AEG-Gelände in Wedding, wie lebt und arbeitet es sich hier?

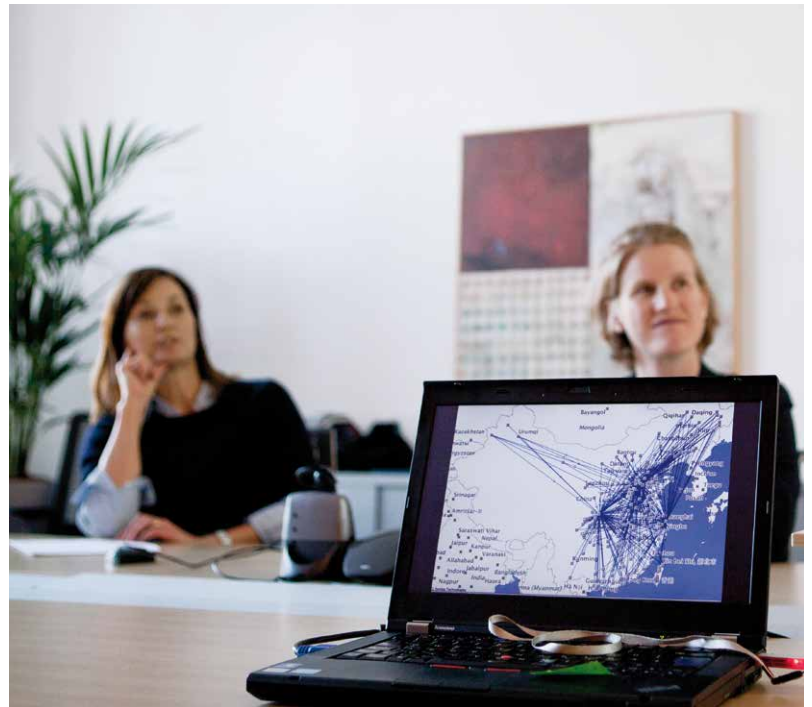
Wir haben hier unsere Produktion und den F&E-Bereich angesiedelt. Das Gelände liegt sehr zentral und bietet uns eine interessante Nachbarschaft von Unternehmen. So haben wir hier für mehrere Projekte sogar Kooperations- und Entwicklungspartner gefunden.

www.invensor.com

Die Wirtschaftsförderung 2012 in Zahlen

Programme	Unternehmensgründung			Bestandsunternehmen		
	Volumen (in Mio. EUR)			Volumen (in Mio. EUR)		
		Darlehen und Beteiligungen, Bürgschaften	Zuschüsse		Darlehen und Beteiligungen, Bürgschaften	Zuschüsse
Stand: 31.12.2012	Anzahl			Anzahl		
Berlin Start	54	4,1	0,0	2	0,1	0,0
Berlin Kredit	23	4,4	0,0	143	21,5	0,0
Berlin Kredit Innovativ	1	0,2	0,0	10	5,6	0,0
Berlin Kapital	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Berlin Infra	0	0,0	0,0	1	30,0	0,0
Gemeinschaftsaufgabe (GRW)	34	0,0	10,9	149	0,0	78,5
KMU-Fonds	2	0,4	0,0	3	0,6	0,0
KMU-Fonds Mikrokredite bis 25 TEUR	143	2,7	0,0	33	0,6	0,0
Wachstums- und Konsortialkredite	0	0,0	0,0	16	132,9	0,0
Pro FIT	35	10,5	3,0	59	7,8	13,1
Innovationsassistent	46	0,0	0,9	70	0,0	1,4
Zwischenfinanzierung Film	1	0,2	0,0	18	2,1	0,0
MOE-Netzwerke	0	0,0	0,0	1	0,0	0,3
Neue Märkte erschließen	0	0,0	0,0	29	0,0	1,2
Liquiditätshilfen	0	0,0	0,0	3	0,3	0,0
Zwischensumme Förderprogramme	339	22,3	14,8	537	201,6	94,5
Globaldarlehen	0	0,0	0,0	2	55,0	0,0
Sonderfinanzierungen (aus Berlin Infra)	0	0,0	0,0	1	700,0	0,0
Summe	339	22,3	14,8	540	956,6	94,5
Nachrichtlich:						
IBB-Beteiligungsgesellschaft	47	12,1	0,0	0	0,0	0,0
darunter Kompetenzfelder	146	15,6	11,4	350	159,9	59,0

Anzahl	Insgesamt Volumen (in Mio. EUR)		Summe	Programme
	Darlehen und Beteiligungen, Bürgschaften	Zuschüsse		
56	4,1	0,0	4,1	Berlin Start
166	25,9	0,0	25,9	Berlin Kredit
11	5,8	0,0	5,8	Berlin Kredit Innovativ
0	0,0	0,0	0,0	Berlin Kapital
1	30,0	0,0	30,0	Berlin Infra
183	0,0	89,4	89,4	Gemeinschaftsaufgabe (GRW)
5	1,0	0,0	1,0	KMU-Fonds
176	3,3	0,0	3,3	KMU-Fonds Mikrokredite bis 25 TEUR
16	132,9	0,0	132,9	Wachstums- und Konsortialkredite
94	18,2	16,1	34,3	Pro FIT
116	0,0	2,3	2,3	Innovationsassistent
19	2,3	0,0	2,3	Zwischenfinanzierung Film
1	0,0	0,3	0,3	MOE-Netzwerke
29	0,0	1,2	1,2	Neue Märkte erschließen
3	0,3	0,0	0,3	Liquiditätshilfen
876	223,9	109,3	333,2	Zwischensumme Förderprogramme
2	55,0	0,0	55,0	Globaldarlehen
1	700,0	0,0	700,0	Sonderfinanzierungen (aus Berlin Infra)
879	978,9	109,3	1.088,2	Summe
Nachrichtlich:				
47	12,1	0,0	12,1	IBB-Beteiligungsgesellschaft
496	175,5	70,4	246,0	darunter Kompetenzfelder



„4flow arbeitet sehr international, denn Logistik ist letztlich nichts anderes als die Steuerung globaler Wertschöpfungsnetze.“





4flow AG Dr. Stefan Wolff

4flow ist Experte für Logistikberatung, Logistiksoftware und Logistikmanagement.

Wenn man von den Erfolgsfaktoren für Unternehmen spricht, dann fällt der Begriff „Logistik“ eher selten. Handelt es sich dabei mehr um einen weichen Erfolgsfaktor?

Die Logistik ist heute ein ganz wesentlicher Erfolgsfaktor in den Unternehmen. Aber vordergründig präsent ist sie meistens erst dann, wenn mal etwas nicht funktioniert. Oder anders herum: Wenn die Logistik perfekt läuft, dann ist einfach alles so, wie es sich der Kunde wünscht.

Dass Sie als Logistikunternehmen den Standort Berlin gewählt haben, ist ja kein schlechtes Zeichen. Wo liegen die logistischen Standortvorteile für Ihr Unternehmen in Berlin?

4flow optimiert die Logistik von großen und mittelständischen Unternehmen. Das bedeutet, dass wir für unsere Arbeit immer beim Kunden vor Ort sein müssen, und das kann irgendwo auf der Welt sein. Wir sind stolz darauf, dass wir jedes Jahr um 30–50 Prozent wachsen, aber deshalb ist die Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter entscheidend. Hier bietet Berlin viel: eine hervorragende Logistikausbildung, vor allem an der TU

Berlin, und eine lebenswerte Stadt für Bewerber aus anderen Regionen. Daneben hat Berlin eine Wissenschaftslandschaft, die sich für erfolgreiche Forschungskooperationen hervorragend eignet.

Welche Bedeutung haben die ausländischen Märkte für Ihr Unternehmen?

4flow arbeitet sehr international, denn Logistik ist letztlich nichts anderes als die Steuerung globaler Wertschöpfungsnetze. Wir erbringen etwa 40–50 Prozent unserer Leistung außerhalb Deutschlands. Daran sind unsere europäischen Standorte genauso beteiligt wie unsere beiden asiatischen Büros in Shanghai und Hongkong.

Ist Logistik international wie „Esperanto“ oder gibt es da auch nationale und kulturelle Eigenheiten?

Auf jeden Fall ist es auch bei der Logistik erfolgsentscheidend, lokale Besonderheiten zu beachten. Ein Beispiel: Es gibt Länder und Regionen, in denen Flexibilität wichtiger ist als Effizienz – und das führt eher zu manuellen als zu automatisierten Logistiklösungen.

www.4flow.de

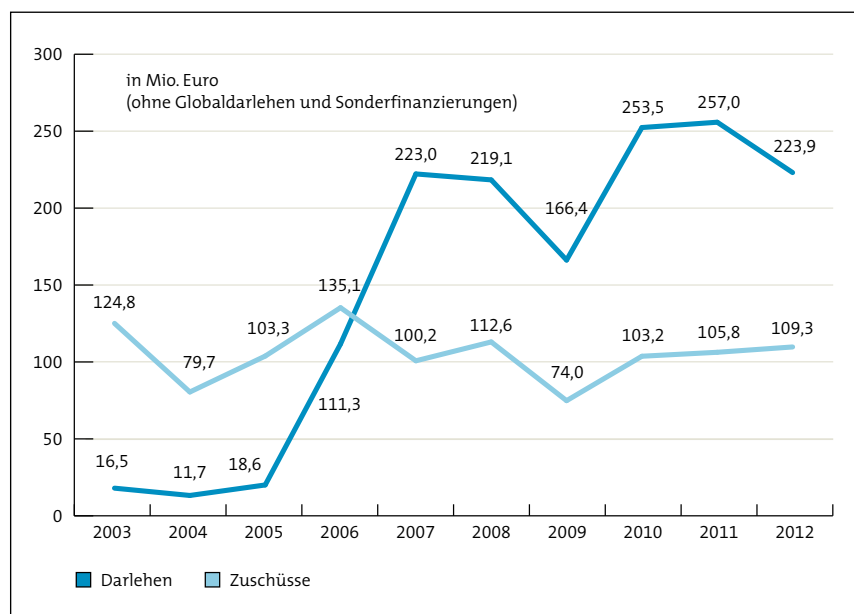
Wirtschaftsförderung

Entwicklung der Wirtschaftsförderung 2012

Finanzierungsvolumen weiterhin auf hohem Niveau

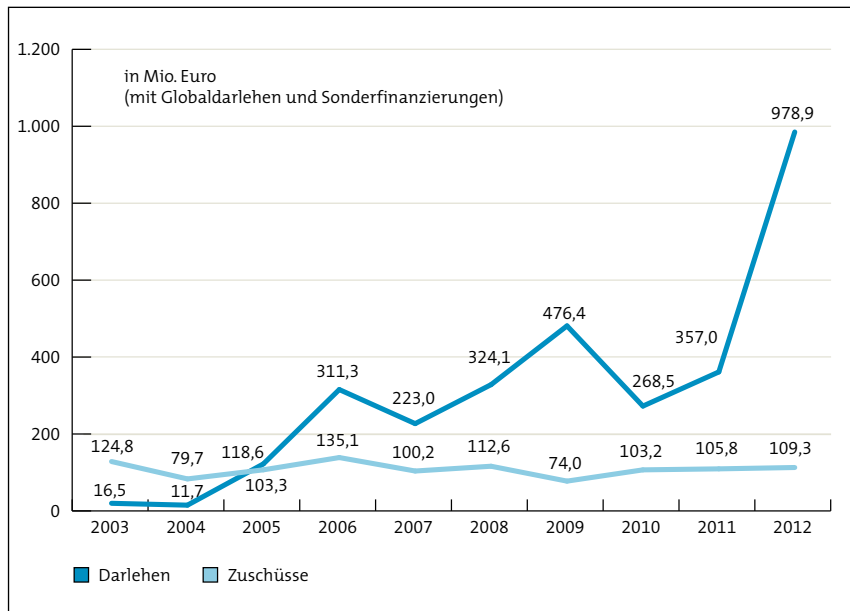
Mit Finanzierungszusagen in Höhe von 333,2 Mio. Euro im Rahmen der Förderprogramme konnte nach dem krisenbedingten Rückgang in 2009 im Berichtsjahr zum dritten Mal in Folge ein überdurchschnittliches Finanzierungsergebnis erzielt werden. Wegen der im zweiten Halbjahr schwächeren Nachfrage liegt das Ergebnis um rund 8 % unter dem Vorjahreswert von 362,8 Mio. Euro, aber knapp über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre.

Finanzierungszusagen in der Wirtschaftsförderung 2003–2012



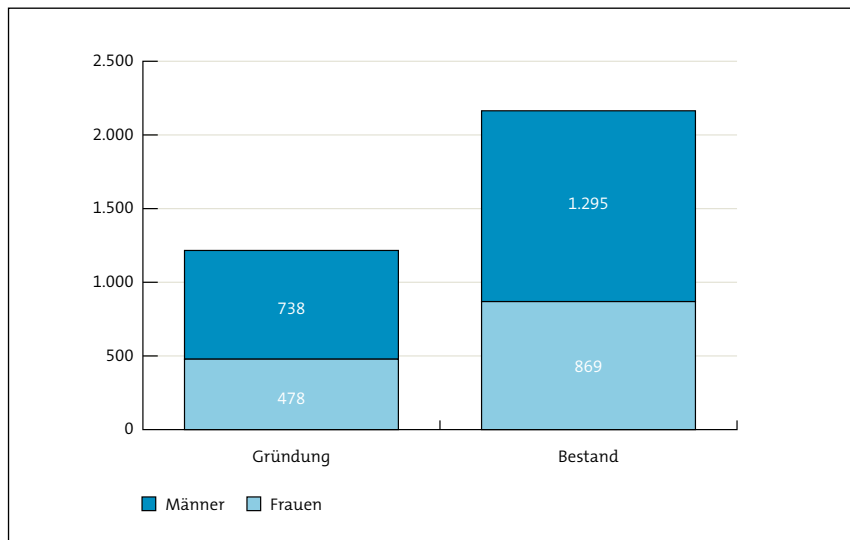
Das Gesamtfinanzierungsergebnis in der Wirtschaftsförderung war geprägt von einer Sonderfinanzierung zum Rückkauf von Anteilen an den Berliner Wasserbetrieben durch das Land Berlin in Höhe von 700 Mio. Euro. Diese Sonderfinanzierung, die im Rahmen von „Berlin Infra“ bearbeitet wurde, eingerechnet, verzeichnet der Geschäftsbereich Wirtschaftsförderung das bisher höchste Finanzierungsergebnis aller Zeiten.

Finanzierungszusagen in der Wirtschaftsförderung 2003–2012



Mit den bewilligten Förderanträgen verband sich die Absicht zur Schaffung von 3.380 Arbeitsplätzen in Berlin, von denen rund 1.350 als Frauenarbeitsplätze geplant sind.

Geschaffene Arbeitsplätze 2012



Auf Einzelprogrammebene betrachtet liegen die größten Zuwächse gegenüber dem Vorjahr mit 31,4 Mio. Euro bei den Wachstums- und Konsortialkrediten, bei der Gemeinschaftsaufgabe GRW (+ 6,4 Mio. Euro) und bei „Berlin Kredit Innovativ“ (+ 5,8 Mio. Euro), das erst zum Anfang des Jahres eingeführt wurde. Rückgänge gab es vor allem bei „Berlin Kredit“ (- 12,2 Mio. Euro), „Berlin Start“ (- 2,7 Mio. Euro) und bei „Neue Märkte

erschließen“ (- 2,5 Mio. Euro). Auch bei den Globaldarlehen, die wir an Geschäftsbanken zur Weiterleitung an Berliner KMU vergeben, verzeichnen wir einen Rückgang von 100 auf 55 Mio. Euro. Eine besondere Situation ergibt sich beim Programm „Berlin Infra“: Unter Berücksichtigung des Sondergeschäftes ergibt sich zum Vorjahr ein Plus von 645 Mio. Euro.

Anteil der Gründungsförderung am Finanzierungsvolumen gesunken

Während im Vorjahr noch 54,7 Mio. Euro für die Finanzierung von 424 Gründungsvorhaben eingesetzt wurden, waren es im Berichtsjahr 37,1 Mio. Euro für 339 Vorhaben. Das Finanzierungsvolumen für Gründungsvorhaben ging damit um rund ein Drittel zurück, der Gründeranteil am Gesamtportfolio sank gegenüber dem Vorjahr von 15 % auf gut 11 %. Die geringere Nachfrage von Gründern und jungen Unternehmen wird auch deutlich am Antragseingang für unser Gründerprogramm „Berlin Start“, der mit 78 Anträgen um rund 28 % unter dem Vorjahr lag. Das korrespondiert auf den ersten Blick nicht mit der nach wie vor hohen Zahl an Gewerbeanmeldungen in Berlin. Von den insgesamt 48.716 Gewerbeanmeldungen waren aber nur 8.751 Betriebsgründungen, die einen Arbeitsplatzeffekt haben und bei denen ein gewisser Finanzierungsbedarf erwartet werden kann. Den insgesamt kleinen Finanzierungsbedarf der Gründungsunternehmen zeigt auch der KMU-Report 2012 von IBB und Creditreform, wo nicht einmal 30 % der befragten Unternehmen einen Finanzierungsbedarf von mehr als 25 TEUR benennen.

Dagegen konnten im Rahmen der Mikrokredite, die sehr häufig für kleinere Gründungsvorhaben genutzt werden, mehr Anträge (176 gegenüber 165) und ein größeres Volumen (3,3 gegenüber 3,0 Mio. Euro) bewilligt werden als im Vorjahr. Auch die 47 Finanzierungszusagen über 12,1 Mio. Euro der IBB Beteiligungsgesellschaft kommen ausschließlich neu gegründeten Unternehmen in den Berliner Clustern zugute, so dass sich unter Einrechnung dieser Beteiligungen insgesamt Finanzierungszusagen in Höhe von 49,2 Mio. Euro für Berliner Gründungsunternehmen ergeben.

Programmerweiterung von „Pro FIT“ für Finanzierungen in der Frühphase

Konnten aus „Pro FIT“ bisher nur Ausgaben für konkret abgegrenzte Forschungs- und Entwicklungs- sowie Markteinführungsprojekte gefördert werden, stehen Darlehen und Zuschüsse seit dem 1. Oktober 2012 auch neu gegründeten kleinen Unternehmen für unternehmensbezogene Ausgaben in der Frühphase zur Verfügung.

Mit dieser Erweiterung soll eine Finanzierungslücke in der ersten Aufbau-phase eines Unternehmens geschlossen und den jungen Unternehmen Planungssicherheit gegeben werden. Die Fördermittel können bis zu 500 TEUR betragen. Fördervoraussetzung ist ein konkretes Innovationsprojekt. Auch muss die finanzielle Beteiligung eines Mentors nachgewiesen werden. Dieser kann aus dem Kreis der Business Angels kommen. Der Business Angels Club Berlin Brandenburg kooperiert mit der IBB bei der Bewertung und Auswahl der förderfähigen Vorhaben.

Die Finanzierungszusagen im Programm „Pro FIT“ stiegen im Berichtsjahr um 4 % auf 34,3 Mio. Euro. Die Nachfrage nach der Frühphasenfinanzierung war sehr groß, hatte – da erst im Oktober eingeführt – jedoch noch keine größeren Auswirkungen auf das Ergebnis 2012.

Erweiterung des Finanzierungsspielraums bei „Berlin Start“

Im April 2012 hat die IBB den Darlehensrahmen für Gründungen im Programm „Berlin Start“ von 100 TEUR auf 250 TEUR erweitert und gleichzeitig den Kreis der berechtigten Unternehmen auf bis zu fünf Jahre nach Gründung (bisher: 3 Jahre) ausgedehnt. „Berlin Start“ wird damit als Angebot auch für größere Gründungsvorhaben mit einem überdurchschnittlichen Finanzierungsbedarf positioniert. Das Programm hat den Vorteil, dass es in einem integrierten Antragsverfahren grundsätzlich mit einer Bürgschaft der BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg bis zu 80 % des Kreditbetrages verknüpft ist. „Berlin Start“ war im Jahr 2006 eingeführt worden. Seither wurden mit diesem Programm, das sowohl für gewerbliche Gründungen als auch im freiberuflichen Bereich eingesetzt werden kann, 629 Gründungsvorhaben mit 35,5 Mio. Euro finanziert. Das entspricht einem Durchschnittsbetrag von 56.000 Euro, der im Zuge der Erhöhung des Kreditbetrages auf bis zu 250.000 Euro in 2012 auf 73.000 Euro angestiegen ist.

Mehr Geld für innovative Nachwuchskräfte

Das Programm Innovationsassistent/-in bietet innovativen kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit, eine Förderung für die Anstellung von qualifizierten Universitäts- und Hochschulabsolventen/-innen zu erhalten. Das Beschäftigungsverhältnis muss eine wissenschaftliche Know-how-Lücke im Unternehmen schließen, die Kernkompetenz des Unternehmens ergänzen und auf Innovationsprozesse in technologischer oder betriebswirtschaftlicher Hinsicht ausgerichtet sein. Die Förderung wird über einen Zeitraum von 12 Monaten gewährt.

In 2012 wurde der maximale Zuschussbetrag in diesem Programm von 18.450 Euro auf 20.000 Euro erhöht und die Förderquote von 45 % auf 50 % heraufgesetzt. Im Zuge dieser Erhöhung stiegen die Finanzierungszusagen in diesem Programm, das schon seit Jahren erfolgreich am Markt etabliert ist, um gut 10 % auf 2,3 Mio. Euro.

„Berlin Kredit Innovativ“ geht nach erfolgreicher Pilotphase in die Verlängerung

Im Herbst 2011 startete die IBB die Pilotphase für das Förderprogramm „Berlin Kredit Innovativ“, die bis zum Jahresende 2012 befristet war. Nach erfolgreichem Abschluss der Testphase, in der die Sollvorgaben erreicht wurden, geht das Programm nun zunächst befristet in die Verlängerung bis zum Jahresende 2013. Die Befristung ist erforderlich, weil im Jahr 2014 die neue EU-Förderperiode beginnt.

Das Angebot richtet sich speziell an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in den Berliner Clustern. Darüber hinaus können Berliner KMU aus allen Branchen das Programm für Internationalisierungsvorhaben in Anspruch nehmen. Finanziert werden können Kredite für Investitionen und Betriebsmittel bis max. 500.000 Euro. Der Antrag auf „Berlin Kredit Innovativ“ erfolgt über die Hausbank.

Neben attraktiven Konditionen zeichnet sich das Produkt durch eine Haftungsfreistellung der Hausbank in Höhe von 60 % durch die IBB aus, die den Kredit auch zu 100 % refinanziert. Die Haftungsfreistellung wird an den Endkunden weitergegeben. Das Programm wird durch eine Rückbürgschaft aus dem Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) der Europäischen Union (EU) unterstützt. Optional können die finanzierten Unternehmen mit einem subventionierten Coaching durch die IBB Business Team GmbH begleitet werden.

Bündelung von Beratung und Coaching bei der IBB Business Team GmbH

Seit dem Jahresanfang 2012 werden die Beratungs- und Coachingangebote der IBB bei der IBB Business Team GmbH gebündelt. Es handelt sich dabei um ein Tochterunternehmen der Investitionsbank Berlin, das auch entsprechende Servicemaßnahmen aus dem Geschäftsbereich Immobilien- und Stadtentwicklung durchführt. Einen Bericht über die dem Bereich Wirtschaftsförderung zuzuordnenden Angebote finden Sie nachstehend:

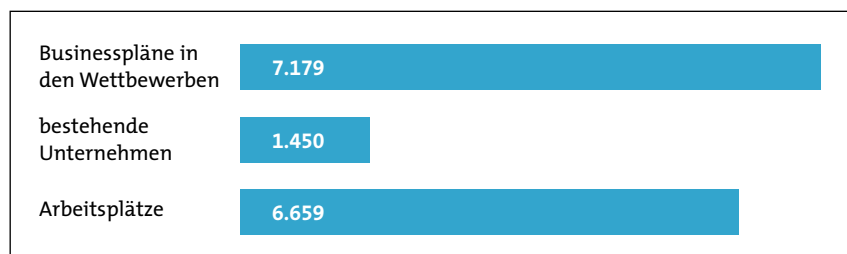
Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg

Der BPW, mit dem nachhaltige Unternehmensgründungen in Berlin und Brandenburg initiiert werden, konnte in seiner 17. Auflage 2.415 Gründungsinteressierte mobilisieren, die die kostenlosen Unterstützungsangebote zur Entwicklung eines tragfähigen Geschäftskonzeptes nutzten. Insgesamt wurden 687 Businesspläne von 1.351 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingereicht. Mit diesem Ergebnis und mit seinem Netzwerk aus über 650 Experten, die den Gründerinnen und Gründern mit Rat und Tat zur Seite stehen, ist der BPW, der gemeinsam mit der Investitionsbank des Landes Brandenburg und der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. organisiert wird, der bundesweit größte regionale Existenzgründerwettbewerb Deutschlands.

In 2012 hatten Absolventinnen und Absolventen aus dem BPW, die ein Unternehmen gegründet haben, die Möglichkeit, ihre betriebswirtschaftlichen Kenntnisse im Rahmen des Projektes BPW-Business, das durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wurde, zu erweitern. Von den 6 Business Schools und 6 Webinaren profitierten 433 Unternehmerinnen und Unternehmer.

Aus den Wettbewerben der Jahre 1996 bis 2011 sind 1.450 Unternehmen mit 6.659 Arbeitsplätzen gegründet worden, die heute noch bestehen:

Ergebnisse der Wettbewerbe 1996–2011



Deutsche Gründer- und Unternehmertage (deGUT)

Die Deutschen Gründer- und Unternehmertage (deGUT) fanden am 27. und 28. Oktober 2012 im Hangar 2 des Flughafens Tempelhof zum 28. Mal statt. Es beteiligten sich 138 Aussteller und über 6.000 Besucherinnen und Besucher. Die Ausstellung wurde ergänzt durch ein umfangreiches Begleitprogramm mit Seminaren, Workshops, Beraterforen, einem Marktplatz und Speeddating sowie einer Social Network Lounge.

Transfer BONUS

Im Programm Transfer BONUS profitierten 60 kleine und mittlere Berliner Unternehmen (KMU) von der Bewilligung von Zuschüssen in Höhe von 622 TEUR, mit denen Kooperationsprojekte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in der angewandten Forschung und Entwicklung gefördert wurden.

Technologie Coaching Center (TCC) und Kreativ Coaching Center (KCC)

Über die durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) subventionierten Projekte TCC und KCC konnten insgesamt 280 Technologie- und Kreativunternehmen mit betriebswirtschaftlichen Beratungsleistungen durch externe, hochqualifizierte Coaches gefördert werden. Insgesamt wurden die Unternehmerinnen und Unternehmer mit 1.197 Beratertagen unterstützt. Außerdem wurden 54 Seminare und Workshops mit 635 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Zielgruppe durchgeführt.

Ausblick auf die Wirtschaftsförderung 2013

Die wirtschaftliche Ausgangslage für 2013 ist der des Vorjahres nicht unähnlich. War das deutsche Geschäftsklima im Herbst 2011 wegen der Staatsschuldenkrise eingetrübt worden, so waren es im Herbst des vergangenen Jahres erneut die Befürchtungen um den Euro und die Weltkonjunktur, die das Geschäftsklima nach einer Erholung im Frühjahr belasteten. Trotz erster Erfolge der Peripherieländer bleiben die Wachstumsaussichten unverändert schwach. Während an den Finanzmärkten eine deutliche Entspannung erkennbar ist, fehlt der Realwirtschaft nach wie vor der Schwung.

Nach einer Erholung im Frühjahr ist der Geschäftsklimaindex der IHK und der Handwerkskammer Berlin im September 2012 wieder auf das Niveau vom Herbst 2011 zurückgefallen und im Januar 2013 hat die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose im Rahmen des Jahreswirtschaftsberichtes, der im Vorjahr noch von optimistischen 2,3 % ausging, massiv von 1 % auf 0,4 % zurückgesetzt. Für Berlin gehen wir aber erneut davon aus, dass wir das Bundeswachstum übertreffen werden und bei rund 1,8 % landen könnten. Da dieses Wachstum aber zu einem großen Teil von Wirtschaftsbereichen wie dem Tourismus und den Dienstleistungen getragen wird, die nicht zu der Kernklientel der Investitionsförderung der IBB gehören, und weil wir eine verhaltene Investitionsstimmung bei den Unternehmen, die auch der IHK-Bericht sehr deutlich wiedergibt, registrieren, erscheint es fraglich, ob die IBB ihr Fördervolumen von 2012 in 2013 wieder erreichen oder sogar steigern kann.

Erweiterung und Straffung des Angebotes der IBB Business Team GmbH

Zum Jahresanfang 2012 hat die IBB die IBB Business Team GmbH gegründet. Die neue Gesellschaft hat die Stelle der TCC Technologie Coaching Center GmbH eingenommen und soll alle Beratungs- und Dienstleistungsangebote der IBB auf sich vereinigen. Im Berichtsjahr waren die Projekte Technologie Coaching Center (TCC) und Kreativ Coaching Center (KCC), der Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg (BPW) und die Durchführung der Deutschen Gründer- und Unternehmertage (deGUT) sowie das Förderprogramm Transfer BONUS bei der IBB Business Team GmbH gebündelt. Mit der Einführung des Angebotes „Coaching BONUS“ zum 1.1.2013 hat die IBB Business Team GmbH ihr Angebot erweitert und gestrafft.

„Coaching BONUS“ fasst die Angebote von TCC und KCC zusammen und erweitert das Spektrum auf Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft

Zum Jahresanfang 2013 wurden die bisherigen Projekte Technologie Coaching Center und Kreativ Coaching Center in dem neuen Programm „Coaching BONUS“ zusammengeführt. Für das Programm sind jährlich Fördermittel von rund 1 Mio. Euro vorgesehen. Außerdem können sich ab sofort auch Unternehmen ohne ausgeprägten Technologie- oder Kreativbezug über die IBB Business Team GmbH coachen lassen, sofern sie eine Internationalisierung anstreben.

Für die KMU-Förderung ist die Unterstützung von Internationalisierungsprozessen von hoher Priorität, da diese Wachstum und Diversifizierung regionaler Unternehmen vorantreiben. Dabei geht es nicht nur um die Orientierung auf Exportmärkte, sondern auch um internationale Kooperationen bei der Entwicklung und Produktion sowie beim Aufbau von Vertriebswegen. Aber vor allem große Unternehmen nutzen Internationalisierungseffekte. KMU mit geeigneten Geschäftsmodellen scheitern oft davor zurück, weil ihnen das Know-how für die Umsetzung fehlt und sie nicht in der Lage sind, Kosten und Aufwand zu beurteilen. Hier soll das erweiterte Beratungsangebot auch für Unternehmen außerhalb der Technologieszene Abhilfe schaffen.

Durch die Zusammenführung der drei Komponenten TCC, KCC und Internationalisierung innerhalb eines Produktes „Coaching BONUS“ mit einheitlichen Richtlinien soll die Transparenz für die Kunden erhöht sowie der Bearbeitungsaufwand und die damit verbundenen Kosten gesenkt werden.

Neuer EFRE-Bürgschaftsfonds geht 2013 an den Start

Im ersten Halbjahr 2013 wird die IBB mit einem neuen Bürgschaftsangebot, dem „EFRE-Bürgschaftsfonds“, an den Start gehen. Das neue Bürgschaftsprogramm hat der Senat im Januar 2013 beschlossen.

Das von der IBB entwickelte Konzept soll eine Lücke im Bürgschaftsangebot des Landes schließen und von Unternehmen des produzierenden Gewerbes bzw. der produktionsnahen Wirtschaftsbereiche für die Besicherung von Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen in Anspruch genommen werden können. Das Angebot zielt vor allem auf Technologieunternehmen in den Berliner Clustern und auf die Besicherung von Investitionen zwischen 1,25 und 5 Mio. Euro und schließt damit nahtlos an das Angebot der BBB Bürgschaftsbank Berlin-Brandenburg an, die Bürgschaften bis zur Höhe von 1,25 Mio. Euro übernimmt.

Mit dem neuen Angebot sollen im Kontext steigender Eigenkapitalanforderungen an die Banken und in der Folge wachsender Anforderungen an Kreditsicherheiten Finanzierungsnachteile von KMU ausgeglichen werden, die sich erfolgreich am Markt betätigen, aber noch nicht über ausreichende Sicherheiten verfügen. Auch die Vorfinanzierung von Aufträgen ist mit dem neuen Programm möglich. Insgesamt können 60 % bis 80 % des Investitionsvolumens über die Bürgschaft abgesichert werden.

Das Volumen des neuen Fonds liegt bei 16 Mio. Euro und wird je zur Hälfte aus dem EFRE-Fonds und aus Mitteln der Investitionsbank Berlin gespeist. Das soll im Zeitraum von 2013 bis 2015 ein Gesamtbürgschaftsvolumen von 50 Mio. Euro ermöglichen.

Beteiligungen

In ihrer Rolle als Förder- und Strukturbank des Landes Berlin engagiert sich die IBB seit Jahren für Institutionen mit jeweils abgegrenzten Zuständigkeiten im Umfeld der Berliner Wirtschaftsförderung. Dazu zählen hundertprozentige Tochtergesellschaften wie die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH oder die IBB Business Team GmbH ebenso wie Gesellschaften, an denen Kapitalanteile zusammen mit Partnern gehalten werden (Berlin Partner GmbH, ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin Tourismus & Kongress GmbH). Es handelt sich dabei nicht um rein finanzielle Beteiligungen, sondern es steht allein die Zusammenarbeit im Rahmen der Berliner Wirtschaftsförderung und damit die Stärkung des Standortes im Fokus.

IBB Beteiligungsgesellschaft mbH: Venture Capital auch 2012 auf Rekordniveau

Für junge Berliner Unternehmen mit hohem Wachstumspotenzial bietet die IBB Beteiligungsgesellschaft seit 1997 Venture-Capital-Finanzierungen an. Die durch die IBB Beteiligungsgesellschaft gemanagten VC Fonds Technologie Berlin und VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin haben in 2012 Finanzierungen mit einem Volumen von über 12 Mio. Euro abgeschlossen, die sich unter Einrechnung der Investitionen der privaten Investitionspartner auf einen Gesamtbetrag an Risikokapital in Höhe von 63 Mio. Euro addierten.

Mit insgesamt 47 Finanzierungsrunden wurde das Rekordniveau des Vorjahres um 20 % übertroffen. Neben 13 neuen Beteiligungen (Vorjahr 16) erfolgten 34 Folgefinanzierungen (Vorjahr 23). Die IBB Beteiligungsgesellschaft gehörte damit auch im Jahr 2012 zu den aktivsten deutschen Venture-Capital-Investoren. Das Beteiligungsportfolio ist von 62 auf 69 Unternehmen gewachsen (+ 11 %).

Durch die Finanzierung von Wachstumsunternehmen unterstützt die IBB Beteiligungsgesellschaft die wirtschaftliche Entwicklung Berlins in besonders nachhaltiger und effizienter Weise: Bei erfolgreicher Entwicklung entstehen hochqualifizierte Arbeitsplätze und die IBB Beteiligungsgesellschaft profitiert durch ihre Beteiligung am Wertzuwachs der finanzierten Unternehmen. Aus Beteiligungsverkäufen zurückfließende Mittel können so wieder zur Finanzierung neuer junger Unternehmen genutzt werden. Die Kofinanzierung der VC Fonds durch Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ist hierfür ein wertvoller Beitrag. Auch für die kommenden Jahre ist eine aktive Investitionstätigkeit zur Finanzierung potenzialreicher Unternehmen sichergestellt.

Seit Gründung der IBB Beteiligungsgesellschaft im Jahr 1997 konnten den Portfoliounternehmen gemeinsam mit privaten und öffentlichen Ko-Investoren insgesamt 850 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

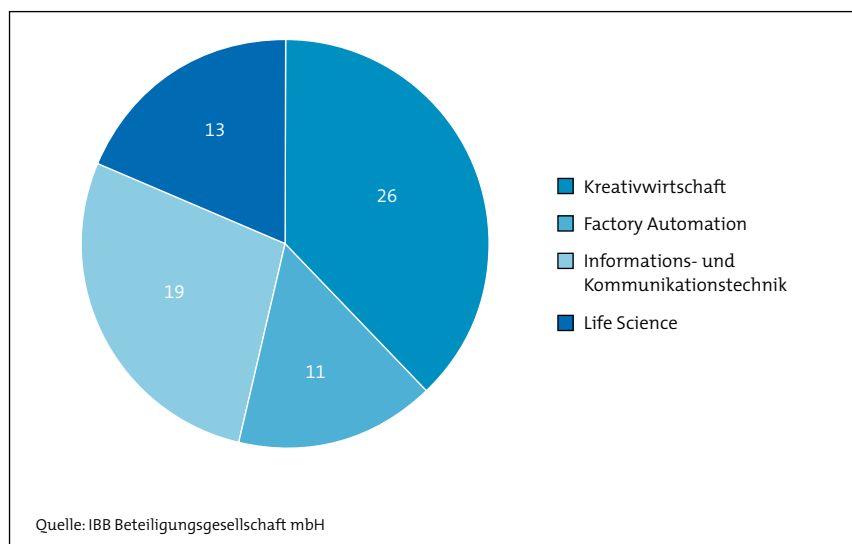
Außer der Feier zum 15-jährigen Jubiläum der IBB Beteiligungsgesellschaft fand in 2012 auch der European Venture Summit in der IBB statt. An dieser Veranstaltung nahmen mehr als 250 Investoren und Kapital-suchende aus 18 europäischen Ländern teil. Die Veranstaltung ist damit Beleg für die gestiegene Bedeutung Berlins in der internationalen VC-Szene.

Profil

Investitionen 2012	12,1 Mio. Euro
Finanzierungsrunden 2012 (Anzahl)	47
Beteiligungskapital 2012 (mit Finanzierungspartnern)	63,1 Mio. Euro
Portfoliounternehmen am 31.12.2012 (Anzahl)	69
Gesamtumsatz der Portfoliounternehmen 2012	164 Mio. Euro
Gesamtes Beteiligungskapital seit 1997 (mit Finanzierungspartnern)	850 Mio. Euro
Gesamtanzahl der Arbeitsplätze in den Portfoliounternehmen	1.730

Der größte Anteil der 69 Portfoliounternehmen ist im Bereich Kreativwirtschaft tätig – in diesem Bereich konnte in 2012 auch der größte Zuwachs realisiert werden.

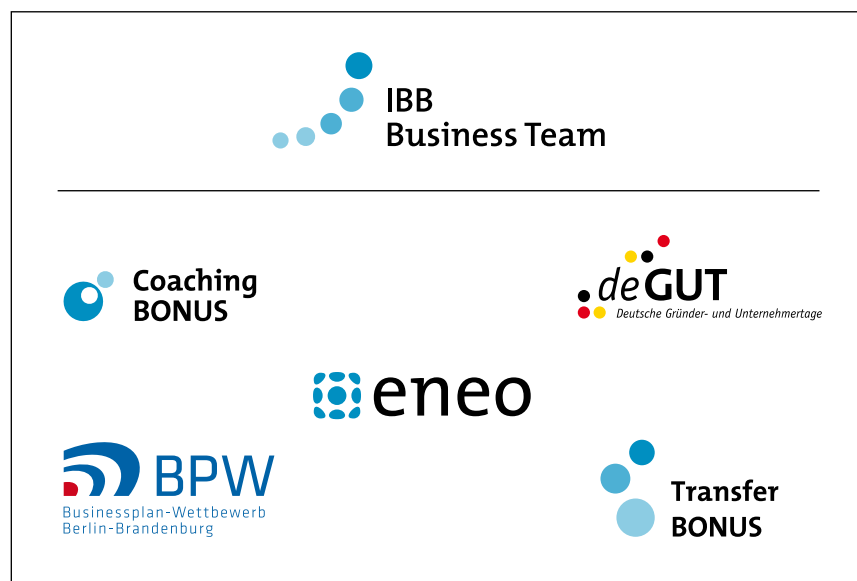
Beteiligungsportfolio, Anzahl nach Wirtschaftsbereichen



IBB Business Team GmbH: Beratung und Coaching für Gründer und Unternehmen in Berlin

Die IBB Business Team GmbH (vormals TCC Technologie-Coaching-Center GmbH) ist eine hundertprozentige Tochter der Investitionsbank Berlin. Mit den Projekten Technologie Coaching Center (TCC) und Kreativ Coaching

Center (KCC), dem Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg (BPW), der Messe Deutsche Gründer- und Unternehmertage (deGUT) und dem Förderprogramm Transfer BONUS hat die IBB hier die Förderung von Beratungsleistungen für Gründerinnen und Gründer sowie Technologie- und Kreativunternehmen seit dem 1. Januar 2012 unter einem Dach gebündelt. Zum Jahresanfang 2013 wurden die Projekte TCC und KCC sowie die Förderung von Internationalisierungsvorhaben in dem neuen Produkt „Coaching BONUS“ zusammengefasst und die Förderung der Internationalisierung wurde auf Unternehmen ohne ausgeprägten Technologiebezug ausgedehnt. Im 1. Halbjahr 2013 soll die Energieberatung ENEO unter dem Dach der IBB Business Team GmbH etabliert werden.



ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin und IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds: Verwertungserlöse erstmalig über 1 Mio. Euro

Die ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH (ipal) ist ein gemeinsames Unternehmen der Investitionsbank Berlin und der Berliner Hochschulen. Die ipal schützt und vermarktet seit 2002 die Erfindungen der Berliner Hochschulen sowie einer Anzahl renommierter Forschungseinrichtungen. Damit unterstützt die ipal die Entwicklung von innovativen marktfähigen Produkten am Forschungsstandort Berlin und leistet einen wichtigen Beitrag zum Technologietransfer aus der Berliner Wissenschaft in die Wirtschaft.

Im Jahr 2012 hat die ipal für die Berliner Hochschulen und ihre Kooperationspartner 65 Patente angemeldet und schloss für neun Erfindungen Lizenz- oder sonstige Verwertungsverträge. Insgesamt betrugen die Verwertungserlöse in 2012 rund 1,2 Mio. Euro.

Gemeinsam mit dem 2011 operativ gestarteten IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds wurden im Berichtsjahr in vier besonders vielversprechende Projekte Mittel bis zu je 500 TEUR investiert, um deren Vermarktungs- und Erlöspotenziale zu steigern.

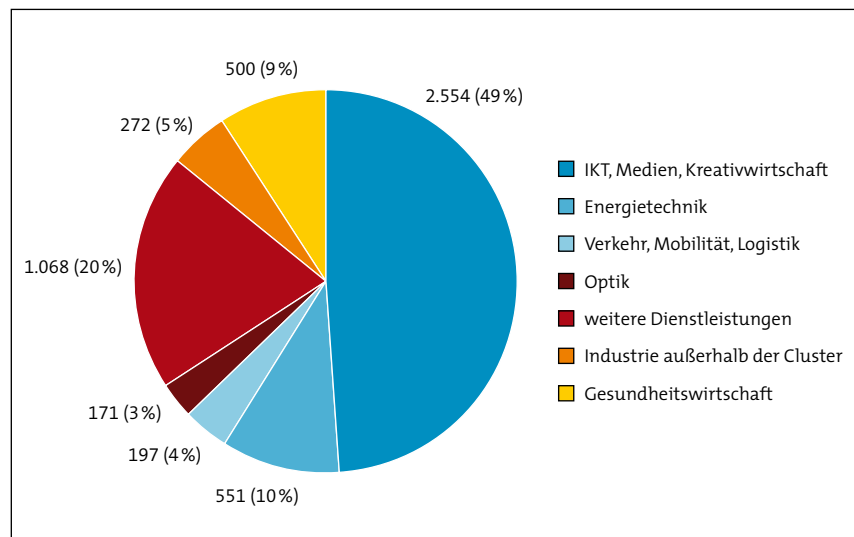
Berlin Partner GmbH: Wirtschaftsförderung für Berlin

Die Berlin Partner GmbH ist die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Standortmarketing des Landes Berlin. Mit dem Unternehmensservice unterstützt Berlin Partner in enger Zusammenarbeit mit der IBB Investoren bei der Ansiedlung und steht Berliner Unternehmen bei der Expansion, Internationalisierung und Standortsicherung zur Seite. Berlin Partner vermarktet die Stärken und Zukunftschancen von Berlin regional, national und international und macht die Hauptstadt mit „be Berlin“ zu einer starken Marke. Als Public Private Partnership wird die Gesellschaft von zahlreichen Partnern – insgesamt 237 Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und weiteren Institutionen, dem Netzwerk der „Berlin-Partner“ – unterstützt. Die IBB ist an der Berlin Partner GmbH als Hauptgesellschafter mit 45 % beteiligt und unterstützte die Gesellschaft in 2012 im Rahmen des Berlin-Beitrags mit Zuweisungen in Höhe von 8,6 Mio. Euro.

Mit der Unterstützung von Berlin Partner haben sich im Jahr 2012 insgesamt 151 Unternehmen in Berlin neu angesiedelt oder ihren Berliner Standort entsprechend erweitert. Sie wollen dabei insgesamt etwa 5.300 neue Arbeitsplätze schaffen und knapp 300 Mio. Euro in der Hauptstadt investieren. Immer dann, wenn hier finanzieller Förderbedarf gegeben war, war auch die IBB in die Vorhaben einbezogen. Etwa drei Viertel der neu geschaffenen Arbeitsplätze entstanden bzw. entstehen dabei in den Zukunftsklustern Gesundheitswirtschaft, IKT, Medien und Kreativwirtschaft, Verkehr, Mobilität und Logistik, Energietechnik und Optik. Ein Drittel der Arbeitsplätze wurde in der Industrie geschaffen. Damit wurde der Industriestandort Berlin weiter gestärkt.

Im Jahr 2013 soll die Berlin Partner GmbH mit der TSB Innovationsagentur Berlin GmbH fusioniert werden. Mit dem Zusammenschluss von Wirtschafts- und Technologieförderung sollen in Zukunft technologieintensive und innovationsstarke mittelständische Unternehmen in Berlin gezielt gefördert sowie nationale und internationale Technologieunternehmen für den Standort Berlin gewonnen werden.

Geschaffene Arbeitsplätze 2012 nach Clustern in Berlin



Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH: Internationales Profil für den Film-, Medien- und Kreativstandort Berlin-Brandenburg

Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH organisiert die Filmförderung und das Marketing für den Film- und Medienstandort Berlin-Brandenburg.

Der Geschäftsbereich Filmförderung vergab rund 21,9 Mio. Euro an 263 Projekte. Im Geschäftsbereich Standortmarketing fördert das Medienboard Standortprojekte, digitale Inhalte, Games und Web-Content. Im Jahr 2012 wurden hier insgesamt 4,9 Mio. Euro an 89 Projekte vergeben.

Die erfolgreiche Arbeit des Medienboard trägt dazu bei, dass sich die Hauptstadtregion in den vergangenen Jahren zur deutschen Filmhauptstadt, zur Kreativmetropole und zum Zentrum der digitalen Gründerszene entwickelt hat, die dem internationalen Vergleich mit Medien- und Kreativhochburgen wie London, Paris und New York standhält.

Berlin Tourismus & Kongress GmbH (visitBerlin): Berlin weltweit auf Platz 4 der Kongressmetropolen

„Wir kennen Berlin.“ Mit diesem Motto wirbt die Berlin Tourismus & Kongress GmbH, die unter der Marke visitBerlin agiert, seit 1993 weltweit für die Reisedestination Berlin. Das Berlin Convention Office von visitBerlin vermarktet die deutsche Hauptstadt als Kongressmetropole.

Der Anstieg der Touristenzahlen in der deutschen Hauptstadt blieb auch im Jahr 2012 ungebrochen. Von Januar bis Dezember wurden rund 12 Mio. Gäste und 24,8 Mio. Übernachtungen gezählt. Damit gehört der Tourismus weiterhin zu den wichtigsten Wachstumsbranchen in Berlin.

Das Berlin Convention Office (BCO) von visitBerlin vermarktet die deutsche Hauptstadt weltweit als Tagungs- und Kongressmetropole, akquiriert aktiv Veranstaltungen und unterstützt Kunden bei der Planung und Organisation vor Ort. Als internationale Kongressmetropole liegt Berlin auch in 2012 weltweit auf Platz 4. Das zeigt die aktuelle Statistik der „International Congress & Convention Association (ICCA)“. Mit 147 Verbandskongressen liegt Berlin dabei hinter Wien (181), Paris (174) und Barcelona (150) und vor Metropolen wie Singapur (142), London (115) und Rom (92).

Gemeinsam ist es der Messe Berlin, visitBerlin und der Charité – Universitätsmedizin Berlin gelungen, den World Health Summit, einen von der Charité ins Leben gerufenen Weltgesundheitskongress mit internationaler Strahlkraft, noch enger an Berlin zu binden. Um den hochkarätigen, internationalen Medizingipfel zu fördern und Berlin als Kongressmetropole weiter zu etablieren, haben sich die Messe Berlin und visitBerlin als Mehrheitsgesellschafter (je 42,5 %) der World Health Summit Foundation GmbH klar in Richtung Standortbindung des Kongresses an Berlin positioniert.

Als Reiseveranstalter bietet das Unternehmen diverse Reisepauschalen und ist Herausgeber des offiziellen Touristentickets, der Berlin Welcome-Card und City Tour Card. visitBerlin geht seit dem Jahr 2012 im Bereich Berlin-Pauschalen neue Wege. In Kooperation mit der Deutschen Bahn wird der „Bahnhit“ angeboten.

Immobilien- und Stadtentwicklung

Die Immobilienförderung 2012 in Zahlen

Berichtsjahr	Neubewilligungen in Mio. EUR	
	2011	2012
Sanierung und Modernisierung von Wohnimmobilien		
IBB Energetische Gebäudesanierung	66,0	92,5
IBB Altersgerecht Wohnen	12,3	3,3
IBB Wohnraum Modernisieren	—	5,6
KfW Wohnraum Modernisieren	43,1	8,7
KfW Energieeffizient Sanieren	15,4	1,7
weitere KfW-Programme	—	0,8
Zwischensumme 1	136,8	112,6
Interbankengeschäft		
Konsortialgeschäft	76,6	142,9
Globaldarlehen	80,0	100,0
Zwischensumme 2	156,6	242,9
Sonstiges		
Berlin Infra	199,4	171,6
Förderergänzungsdarlehen	92,7	105,7
Zuschussprogramme	16,9	7,0
Sanierungsdarlehen	63,6	93,7
frühere Programme	4,4	—
Zwischensumme 3	377,0	378,0
Summe Neugeschäft (einschließlich Zuschüssen)	670,4	733,4
Umfinanzierungen	73,7	182,4
Summe	744,2	915,8

Tätigkeitsschwerpunkte im Bereich Immobilien

IBB als Förderpartner im Immobilienbereich immer gefragter

Das Finanzierungsvolumen im Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung beträgt im Berichtsjahr 915,8 Mio. Euro und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 23,1% gestiegen. Insbesondere bei den Konsortialfinanzierungen konnte das Vorjahresergebnis deutlich übertroffen werden. Hier wurden Zusagen in Höhe von 142,9 Mio. Euro ausgesprochen; in 2011 betrug das Volumen 76,6 Mio. Euro. Aber auch beim Eigenprogramm „IBB Energetische Gebäudesanierung“ registrierte die IBB im Berichtsjahr eine deutlich gestiegene Nachfrage, die zu einer Erhöhung der Finanzierungszusagen gegenüber dem Vorjahr um gut 40 % auf 92,5 Mio. Euro führte.

Die wichtigere Rolle der IBB bei der Immobilienfinanzierung in Berlin wird auch in der Anzahl der bewilligten Anträge deutlich. Insgesamt wurden im Berichtsjahr im Bereich der Immobilienförderung 316 (Vorjahr 173) Förderverträge mit 199 Kunden (Vorjahr 90) geschlossen, davon allein 181 Verträge im Zusammenhang mit der Modernisierung und Sanierung von Bestandsimmobilien.

Neue IBB-Produkte erfolgreich am Markt eingeführt

Zum 1. März 2012 wurde das neue Programm „IBB Wohnraum Modernisieren“ eingeführt und damit der Wegfall des KfW-Programms „Wohnraum Modernisieren“ ausgeglichen. Mit Finanzierungszusagen über 5,6 Mio. Euro ist das Programm gut gestartet und bestätigt die IBB in der Annahme, dass für dieses Angebot in Berlin auch auf weitere Sicht ein erheblicher Bedarf gegeben ist.

Gleichzeitig ist das Produkt „IBB Förderergänzungsdarlehen“ als eigenständiges Programmangebot auf den Markt gebracht worden. Diese Darlehen dienen der Schließung von Finanzierungslücken bei gleichzeitiger Inanspruchnahme eines Immobilien-Förderprogrammes und führen in einigen Fällen dazu, dass Bauprojekte überhaupt kurzfristig umgesetzt werden können. Sie können aber auch von Kunden der IBB genutzt werden, die eine Neustrukturierung ihrer bestehenden Förderung benötigen.

Für die Finanzierung von selbstgenutztem Wohneigentum bietet die IBB ebenfalls seit März 2012 die Durchleitung der Programme „KfW-Energieeffizient Bauen“ und „KfW-Wohneigentumsprogramm“ an.

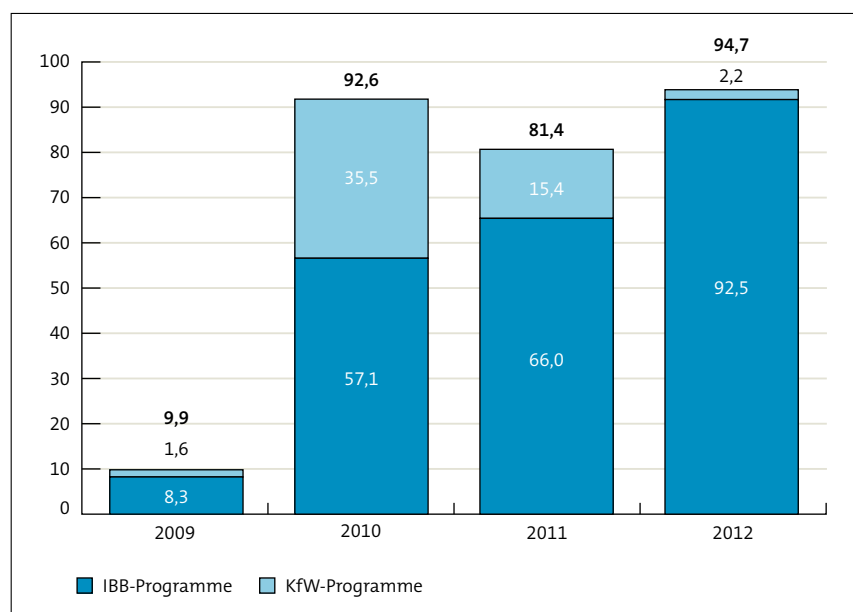
Pilotprogramm zur Finanzierung von Wohneigentümergeinschaften erfolgreich abgeschlossen

Zum Jahresende 2012 wurde der Pilotversuch zur WEG-Finanzierung der IBB erfolgreich abgeschlossen. Mit diesem Programm verfügt die IBB jetzt über ein Angebot zur Finanzierung von Maßnahmen von Wohneigentümergeinschaften. Mit dem Programm fördert die IBB Einzeleigentümer im Rahmen von Eigentümergeinschaften bei der Finanzierung von allgemeinen Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen, Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und Maßnahmen zur barrierefreien Sanierung ihrer Wohnungen mit einem zinsgünstigen Kredit bis zu 100 % des gesamten Finanzierungsbedarfs. Das Programm zeichnet sich durch eine schnelle und unkomplizierte Antragsbearbeitung aus. So kann z. B. bis zu einer Darlehenshöhe von 50 TEUR auf die Eintragung einer Grundschuld verzichtet werden. Bislang wurden im Rahmen dieses Programmes 59 Förderverträge geschlossen.

Finanzierungszusagen für die energetische Sanierung auf hohem Niveau

Die Finanzierungsangebote für die energetische Gebäudesanierung hatte die IBB in 2008 eingeführt. In 2009 sind diese Angebote zunächst langsam angelaufen, um 2010 mit Finanzierungszusagen über 92,6 Mio. Euro auf ein Niveau zu steigen, das in 2012 noch leicht übertroffen werden konnte. Das auf dem KfW-Produkt basierende IBB-Programm „IBB Energetische Gebäudesanierung“ zeigt dabei einen kontinuierlichen Anstieg.

Finanzierungszusagen für die energetische Gebäudesanierung 2009–2012 in Mio. EUR



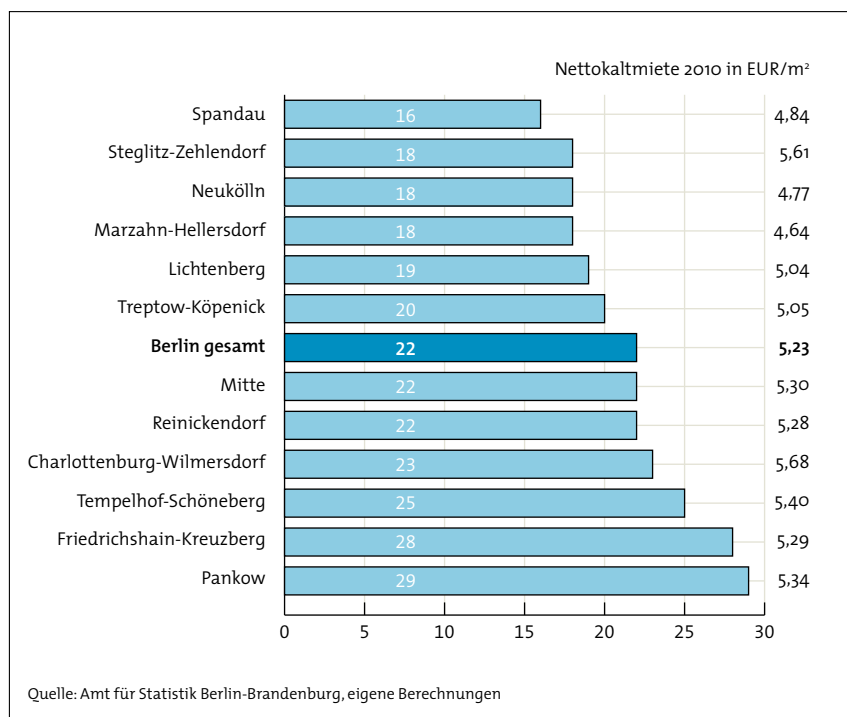
Der Berliner Markt für Wohnimmobilien

Der IBB Wohnungsmarktbericht 2012 beinhaltet als Schwerpunktthema eine Analyse der Marktentwicklungen seit 2002 auf Basis des Mikrozensus und wie immer eine Betrachtung der aktuellen Marktsituation.

Die 2012 veröffentlichte Sonderauswertung zum Mikrozensus 2010 bietet die Möglichkeit, einen aktuellen Blick auf die Wohnsituation der Berliner Haushalte zu werfen und die Entwicklung im letzten Jahrzehnt zu beleuchten. Die dort ermittelten Mietwerte haben den Vorteil, dass sie das ganze Spektrum des Mietwohnungsmarktes umfassen, anders als die Angebotsmieten, die sich ausschließlich auf gerade zur Vermietung stehende Wohnungen beziehen, oder die Mietspiegelmieten, die nur die Mieten berücksichtigen, die innerhalb der letzten vier Jahre vor der Erhebung vereinbart wurden.

Im Ergebnis zeigt sich, dass der Anstieg der Bestandsmieten in Berlin im Zeitraum von 2002 bis 2010 insgesamt eher moderat verlief. Die Nettokaltmieten stiegen durchschnittlich um ca. 22 % auf 5,23 Euro je Quadratmeter. Zwischen den Bezirken bestehen jedoch große Unterschiede. So weist Pankow mit 29 % seit 2002 die höchste Steigerungsrate auf. In Spandau hingegen stiegen die Mieten seit 2002 nur um 16 %. Insgesamt gesehen liegt Berlin aber auch bei den aktuellen Angebotsmieten noch deutlich unter dem Niveau der größten deutschen Städte.

Anstieg der Nettokaltmieten 2002–2010 in %



Auch wenn sich die Nettokaltmieten insgesamt nur moderat erhöhten, stieg jedoch die Mietbelastung der Haushalte an. Die Mietbelastung ergibt sich hier aus dem Anteil der Nettokaltmiete (ohne Heiz- und Betriebskosten) am Nettoeinkommen der Haushalte. 2002 betrug die so definierte durchschnittliche Mietbelastung der Berliner Haushalte ca. 20 % des Nettohaushaltseinkommens. Bis 2010 erhöhte sich der Anteil auf rund 23 %. Offenkundig war der Anstieg der durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen in diesem Zeitraum nicht ausreichend, um die gestiegene Mietbelastung zu kompensieren. Die höchste Mietbelastungsquote haben dabei erwartungsgemäß die Erwerbslosen mit 31 % des Haushaltsnettoeinkommens. Auch Single-Haushalte, die in Berlin überdurchschnittlich oft vorkommen, haben mit 26 % eine deutlich über dem Durchschnittshaushalt liegende Mietbelastung, die sich unter Zurechnung der Heiz- und Betriebskosten noch erhöht.

Bereits seit den letzten fünf Jahren steigen in Berlin die Zahl der Beschäftigten und die Wirtschaftsleistung stärker als im Bundesdurchschnitt. Damit geht eine wachsende Anspannung des Wohnungsmarktes einher. Steigende Zuwanderungszahlen, insbesondere aus dem Ausland, tragen dazu bei. Nach der aktuellen Einwohnerprognose vom Dezember 2012 wird die Einwohnerzahl Berlins bis 2030 um rund 254.000 (ca. 7 %) auf ca. 3.755.000 anwachsen. Dieser Zuwachs entspricht in etwa der Einwohnerzahl eines Berliner Bezirks bzw. Großstädten wie Kiel oder Aachen. Damit wird auch die Wohnungsnachfrage weiter erheblich steigen. Diese kurz- und mittelfristig steigende Wohnungsnachfrage wirkt sich bereits jetzt in einer Verringerung des Wohnungsangebots und einem Anstieg der Angebotsmieten und -preise aus. Innerhalb des Stadtgebiets bestehen jedoch weiterhin große Unterschiede hinsichtlich der Stärke und Dynamik der Wohnungsnachfrage. Der stärkste Druck liegt auf den zentralen Stadtgebieten. Hier sind Steigerungen der Angebotsmieten und Kaufpreise nun auch in Bereichen wie Kreuzberg und Neukölln-Nord festzustellen, die bislang im Windschatten der Entwicklung lagen. Auch die einzelnen Teilmärkte sind differenziert zu betrachten:

Ein- und Zweifamilienhäuser

Während die Dynamik der Preisentwicklung für Eigentumswohnungen und der Anstieg der Angebotsmieten in den letzten drei Jahren stark zunahmen, erhöhten sich die Angebotspreise für Ein- und Zweifamilienhäuser nur leicht. Der Markt für Ein- und Zweifamilienhäuser in Berlin unterliegt einem stärkeren Wettbewerbsdruck aus dem Umland und steht nicht im Fokus von Kapitalanlegern, so dass deutliche Preiserhöhungen nur in ausgesuchten Lagen möglich waren.

Eigentumswohnungen

Eigentumswohnungen werden derzeit in erster Linie im Stadtzentrum und in traditionell guten Wohnlagen angeboten. Die Kapitalflucht in Immobilien, als vermeintlich sichere Geldanlage und die daraus folgende starke Nachfrage führen zu steigenden Angebotspreisen im Bestand wie

im Neubau. Die Angebote konzentrieren sich zudem stärker auf Neubauobjekte und das Luxussegment, was das Preisniveau entsprechend beeinflusst.

Mietwohnungen

Die steigende Nachfrage auf dem Mietwohnungsmarkt lässt bei Neuvermietung Erhöhungen der Angebotspreise zu, die zu Zeiten eines entspannten Wohnungsmarktes nicht durchsetzbar waren. Festzustellen ist, dass der Preisauftrieb der Angebotsmiete zunehmend die gesamte Stadt erreicht hat. Die mittlere Angebotsmiete (Median) stieg innerhalb eines Jahres um gut 14 % von 6,49 Euro/m² auf 7,40 Euro/m².

Angesichts dieser Marktsituation werden jetzt wieder mehr Neubauwohnungen für eine breitere Nachfrageschicht projektiert. Kommunale Wohnungsunternehmen engagieren sich verstärkt im Wohnungsneubau, die Öffentliche Hand stellt Flächen und Mittel zur Verfügung, um den Bau von Wohnungen zu befördern. Diese Entwicklung bildet sich auch bereits in den Baugenehmigungen, aber noch nicht in den Fertigstellungen ab: 2011 wurden Baugenehmigungen für rund 5.600 Neubauwohnungen erteilt, rund 30 % mehr als im Vorjahr. Zur Deckung der steigenden Nachfrage werden in Berlin in den nächsten Jahren jedoch 10.000 bis 12.000 neue Wohnungen jährlich benötigt.

Die Politik reagiert auf die Verknappung des Wohnungsangebots mit einer Vielzahl von Maßnahmen. Zu den wichtigsten gehört das „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“. Im September 2012 vereinbarten die kommunalen Wohnungsunternehmen mit dem Land Berlin, bis 2016 den kommunalen Wohnungsbestand von derzeit 270.000 Wohnungen auf 300.000 Wohnungen durch Zukauf und Neubau zu erweitern, den Wohnungsbestand bedarfsgerecht anzupassen und den Mietanstieg in den kommunalen Beständen zu begrenzen. Darüber hinaus haben sich die städtischen Wohnungsunternehmen verpflichtet, 50 % der innerhalb und 33 % der außerhalb des S-Bahn-Rings zur Wiedervermietung anstehenden Wohnungen an Haushalte zu vermieten, die die Berliner Einkommensgrenzen für einen Wohnberechtigungsschein einhalten. Damit wird das Versorgungspotenzial einkommensschwächerer Haushalte bei den städtischen Wohnungsunternehmen deutlich erhöht. Darüber hinaus wird der Einsatz verschiedener Steuerungsinstrumente vorbereitet bzw. geprüft, so die Wiedereinführung einer Zweckentfremdungsverbotsverordnung oder eine durch Senatsbeschluss herbeigeführte Umwandlungsverordnung in Milieuschutzgebieten. Damit soll die Umnutzung von Wohnungen zu gewerblichen Zwecken in Stadtbereichen mit Gefährdung der Wohnraumversorgung sowie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten verhindert werden.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2013

Förderung des Wohnungsneubaus

Vor dem Hintergrund der schon jetzt angespannten Situation auf dem Berliner Mietwohnungsmarkt und der Einschätzung der Entwicklung der Anzahl der Haushalte, die von mehr als 100.000 zusätzlichen Haushalten bis zum Jahr 2020 ausgeht, wird auf Initiative des Senats derzeit der „Stadtentwicklungsplan Wohnen“ (StEP Wohnen) erarbeitet. Mit dem „StEPWohnen“ soll die Planungsgrundlage für die Neubau- und Bestandsentwicklung von Wohnungen in Berlin bis zum Jahre 2025 geschaffen werden. Ein Element des „StEP Wohnen“ sind Planungen für ein Förderprogramm, das die Bereitstellung von Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung zum Ziel hat. Kern dieses Programmes ist die Reduzierung der Mietermiete auf ein für die breite Bevölkerung bezahlbares Maß. Einiges spricht gegenwärtig dafür, dass die Planungen in diesem Jahr so weit abgeschlossen werden, dass ein solches Neubauprogramm ab 2014 eingeführt werden könnte. Die IBB ist an der Erarbeitung des Stadtentwicklungsplanes beteiligt und darauf vorbereitet, ein entsprechendes Förderprogramm umzusetzen.

Eröffnung der Energieberatung ENEO im 1. Halbjahr 2013 geplant

Zur Erreichung der Klimaschutzziele des Landes Berlin sind schnellere Fortschritte bei der energetischen Gebäudesanierung unabdingbar. Obwohl es ein umfangreiches Förderangebot für solche Maßnahmen gibt und die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahmen in Kombination mit zusätzlichen Modernisierungsinvestitionen deutlich gesteigert werden kann, schrecken viele Bauherren vor entsprechenden Vorhaben zurück, weil ihnen das notwendige Wissen über Technologien, Kosten und Finanzierung fehlt. Dem soll ENEO durch die Beratung über effiziente bauliche Maßnahmen, den optimierten Einsatz von Fördermitteln und die Erstellung von entsprechenden wirtschaftlichen Analysen abhelfen. Die IBB wurde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit der Einrichtung von ENEO und mit der Durchführung eines entsprechenden Pilotversuches bis Ende 2015 beauftragt und wird das Beratungsangebot unter dem Dach der IBB Business Team GmbH im ersten Halbjahr 2013 etablieren. Die Energieberatung ENEO wird themenbezogen und anbieterneutral mit den Berliner Netzwerkpartnern kooperieren.

Personalbericht

Mit dem im letzten Jahr gestarteten Projekt zur Neuausrichtung der Investitionsbank Berlin in Richtung Vertriebsorientierung und prozessorientierte Organisation waren umfangreiche Änderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation verbunden. Diese wurden von Maßnahmen des modernen Personalmanagements, wie der langfristigen Planung des Qualifikations- und Ressourcenbedarfs und der Personalentwicklung, flankiert.

Personalstruktur

Der Personalbestand der Investitionsbank Berlin blieb mit 640 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert:

Personalstruktur* am 31.12.2012

	Angestellte		Auszubildende		Insgesamt	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Mitarbeiterinnen	362	354	18	19	380	373
Mitarbeiter	245	250	16	17	261	267
Insgesamt	607	604	34	36	641	640

* ohne Vorstand

Altersstruktur 2012

Mitarbeiterinnen	Alter	Mitarbeiter
4	über 60 Jahre	6
102	51–60 Jahre	85
161	41–50 Jahre	101
58	31–40 Jahre	39
44	21–30 Jahre	26
4	unter 21 Jahre	10
44,0	Durchschnittsalter	44,9
373	Gesamtanzahl	267

Im Vergleich zum Ende des Vorjahres ist das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen um 0,2 Jahre und das der Mitarbeiter um 0,3 Jahre angestiegen.

Eine der wichtigsten Führungsaufgaben ist die Identifikation von Potenzialen und von Förder- und Entwicklungsbedarfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die langfristige Planung des Qualifikations- und Ressourcenbedarfs für den eigenen Verantwortungsbereich. Zur Stärkung der Führungskompetenz wurde im Frühjahr 2012 mit einer Potenzial- und Führungskräfteentwicklung auf allen Managementebenen begonnen, bei der die Weiterentwicklung des Potenzials und der persönlichen Ressourcen der Führungskräfte im Fokus steht. Dieses Programm wird in 2013 fortgeführt.

Ein großer Teil des Qualifizierungsbedarfs im abgelaufenen Geschäftsjahr beruhte auf der neuen Strategie der Vertriebs- und Prozessorientierung. Durch eine Vielzahl von strategischen Teamworkshops und Fach- und Teamentwicklungsseminaren konnten die Abteilungen und Teams während der Veränderungsprozesse intensiv unterstützt werden. Zur Verbesserung der Kundenorientierung im Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung wurde ein Qualifizierungskonzept zur Betreuung der Privatinvestoren umgesetzt und zahlreiche Vertriebsschulungen wurden durchgeführt.

Für das Projektmanagement entwickelte die Investitionsbank Berlin ein umfangreiches Schulungsprogramm, das seit Mitte 2012 angewendet wird.

Schließlich gab es im abgelaufenen Geschäftsjahr individuelle Coachings. Angebote zu Fach- und Präsentationsseminaren wurden vielfach genutzt.

Die berufliche Chancengleichheit für Frauen und Männer ist ein erklärtes Ziel der Personalpolitik und integraler Bestandteil der Personalentwicklung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr trat der zweite Frauenförderplan der Investitionsbank Berlin für die Jahre 2012 bis 2017 in Kraft.

Erstausbildung

Die Nachwuchsförderung hat seit jeher einen hohen Stellenwert in der Investitionsbank Berlin. In der beruflichen Erstausbildung befanden sich Ende 2012 sieben angehende Bankkaufleute und 29 Dual-Studierende von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Von diesen werden 19 in der Fachrichtung Bank, sieben in der Fachrichtung Immobilienwirtschaft sowie drei in der Fachrichtung Informatik ausgebildet. Die Quote der beruflichen Erstausbildung lag im Jahresdurchschnitt bei 5,4 %.

Die Übernahme von Nachwuchskräften in ein Angestelltenverhältnis erfolgt leistungs- und bedarfsorientiert. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden acht Dual-Studierende und ein Auszubildender nach dem erfolgreichen Abschluss der Ausbildung als Angestellte übernommen.

Danksagung

Für ihr Engagement und ihre große Bereitschaft, den Wandel in der IBB im abgelaufenen Geschäftsjahr aktiv und konstruktiv mit gestaltet zu haben, möchte der Vorstand der Investitionsbank Berlin seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danken.

Der Vorstand dankt gleichermaßen der Personalvertretung und der Frauenvertreterin für die kooperative Zusammenarbeit.

Lagebericht

Grundlagen

Geschäftsmodell

Als Förderbank des Landes konzentriert sich die Investitionsbank Berlin (IBB) auf die Finanzierung und Beratung von Gründern und Unternehmen in Berlin sowie die Förderung und Finanzierung von Wohnimmobilien. Daneben leistet die Investitionsbank Berlin über die IBB Business Team GmbH und weitere Beteiligungen, wie die Berlin Partner GmbH, die Berlin Tourismus & Kongress GmbH, die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH und die ipal Gesellschaft für Patentverwertung mbH, sowie durch die Unterstützung der Technologiestiftung Berlin erhebliche Beiträge zur nicht monetären Wirtschafts- und Technologieförderung in Berlin. Die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH und die von ihr gemanagten VC Fonds für Technologie und Kreativwirtschaft sind Tochterunternehmen der IBB und beteiligen sich erfolgreich an entsprechenden Berliner Wachstumsunternehmen.

In der Wirtschaftsförderung unterstützt die IBB Unternehmensgründungen und mittelständische Unternehmen (KMU) über Darlehen, Beteiligungen und Zuschüsse sowie Beratungsleistungen. Zukunftsfähige Unternehmen in den Berlin-Brandenburger Clustern (Gesundheitswirtschaft, Energietechnik, Verkehr/Mobilität/Logistik, Optik sowie IKT/Medien und Kreativwirtschaft) genießen hierbei eine besondere Aufmerksamkeit.

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung leistet die Investitionsbank Berlin über ihre Finanzierungsangebote Beiträge zur nachhaltigen energetischen Sanierung und Modernisierung als auch zur altersgerechten und barrierearmen Anpassung des Wohnungsbestandes. Außerdem kommt sie ihrem förderpolitischen Auftrag mittelbar durch die Vergabe von Global- und Konsortialdarlehen über Geschäftsbanken nach und bietet Lösungen bei Fragen des Förderaltbestandes. Sie ist direkter Ansprechpartner für alle Förder- und Finanzierungsfragen. Dies gilt für einzelne Objekte ebenso wie für das gesamte Finanzierungsportfolio eines Unternehmens.

Weiterentwicklung des Geschäftsmodells

Seit 2010 werden zahlreiche Umsetzungsmaßnahmen mit den übergeordneten Zielen „Förderauftrag optimal erfüllen“, „Komplexität reduzieren“, „Ressourcen optimal einsetzen“ sowie „Kundenzufriedenheit erhöhen“ bankweit durchgeführt. Diese Maßnahmen sind in eine bis 2015 ff. angelegte strategische Planung eingebettet. Im Rahmen regelmäßiger Reviews wird sichergestellt, dass die Umsetzung der geplanten Maßnahmen wie geplant erfolgt bzw. frühzeitig in geeigneter Weise gesteuert

wird. In 2012 ergab eine Überprüfung, dass der überwiegende Teil der Optimierungen bis 2015 planmäßig umgesetzt werden kann. In 2013 wird eine Reihe von weiteren Optimierungsinitiativen in verschiedenen Bereichen der Bank durchgeführt.

Steuerungssysteme der Bank

Die Steuerungssysteme der IBB betreffen betriebswirtschaftliche, handelsrechtliche und aufsichtsrechtliche Aspekte. Darunter fallen insbesondere die Festlegung der strategischen Ausrichtung der Geschäfts- und Risikostrategie, die operative Planung, die Fragen der Eigenkapitalausstattung und Fristentransformation, die Entscheidung über einzusetzende Steuerungsinstrumente sowie die Kernsteuerungsfunktionen Rechnungswesen, das Ergebnis- und Risikocontrolling und das Meldewesen.

Als erfolgsorientierte Steuerungsgrößen bzw. Leistungsindikatoren der IBB dienen dabei insbesondere:

- das wirtschaftliche Ergebnis und
- die Cost-Income-Ratio/Förder-Cost-Income-Ratio.

Das wirtschaftliche Ergebnis ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich des Berlin-Beitrages (im Vorjahr Förderleistung) der IBB. Im Berlin-Beitrag werden die für die IBB wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt.

Die Cost-Income-Ratio ergibt sich als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Bruttoertrag, wobei der Bruttoertrag definiert ist als die Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis abzüglich des Berlin-Beitrages der IBB. Sofern der Berlin-Beitrag im Bruttoertrag nicht abgezogen wird, ergibt sich daraus die Förder-Cost-Income-Ratio.

Die Geschäftssteuerung der Bank erfolgte im zurückliegenden Jahr im Rahmen der in der Geschäftsstrategie verankerten Strategien für die Geschäftsfelder Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Treasury. Dabei wird die Konkretisierung auf Basis der aktuell gültigen Mittelfristplanung der Bank vorgenommen. Die Funktionalstrategien, insbesondere die Risikostrategie, werden aus der Geschäftsstrategie abgeleitet. Die Steuerung erfolgt primär auf Ebene der Geschäftsfelder. Die Risikosteuerung wird detailliert im Risikobericht beschrieben.

Die strategischen Vorgaben und Ziele werden jährlich bzw. anlassbezogen überprüft und ggf. angepasst.

Die Operationalisierung der Ziele erfolgt auf Gesamtbankebene jährlich im Rahmen der operativen Planung mit einem Planungshorizont von einem Jahr und in jedem zweiten Jahr auf strategischer Ebene mit einem Planungshorizont von fünf Jahren im Rahmen der Mittelfristplanung. Diese basiert ebenfalls auf den Rechnungslegungsvorschriften des HGB.

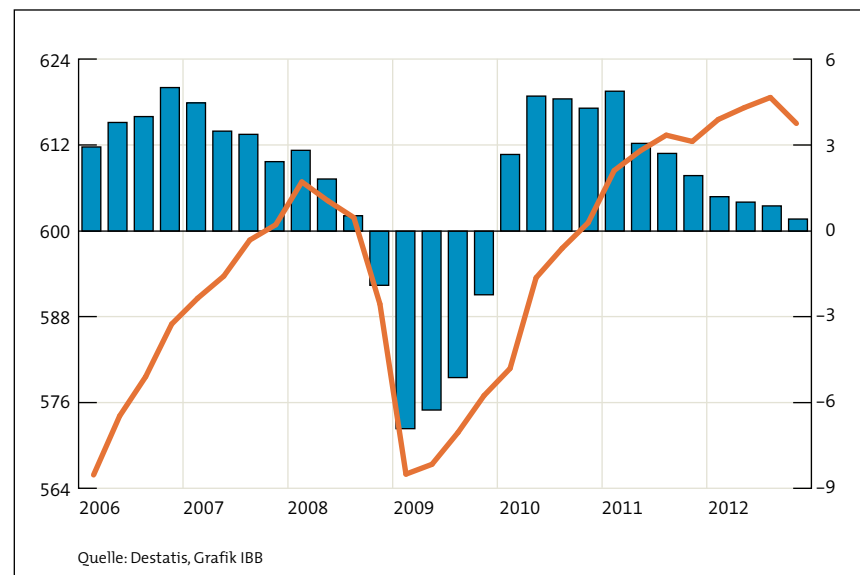
Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Wirtschaftsverlauf in Deutschland hat sich trotz der seit 2011 anhaltenden globalen Konjunkturschwäche und der Krise im Euroraum zunächst als robust erwiesen. Gleichwohl wurden im weiteren Jahresverlauf die Krisenfolgen vor allem im Auftragsgeschehen zunehmend sichtbar, so dass konjunkturelle Dämpfer durch eine rückläufige Investitionstätigkeit nicht ausblieben.

BIP-Entwicklung in Deutschland

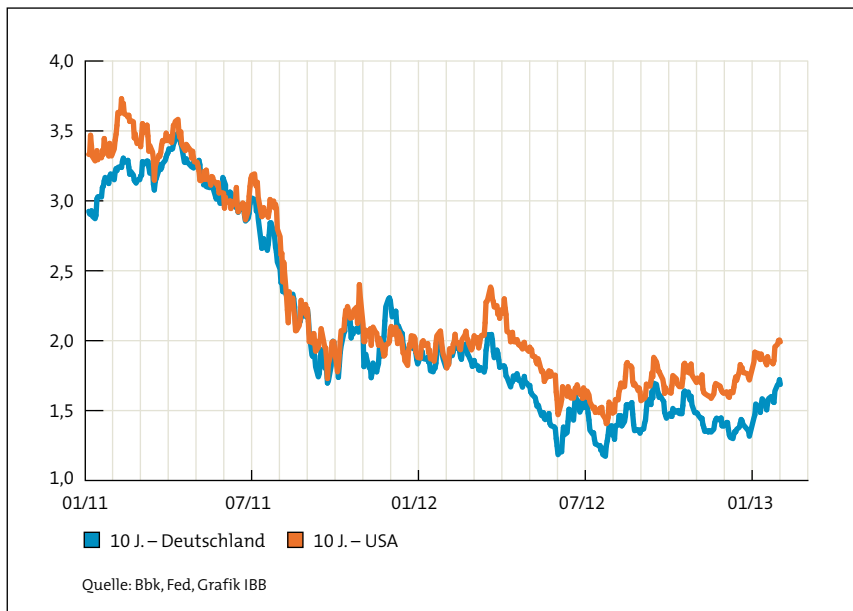
Mrd. EUR, in Preisen von 2005, Wachstumsraten ggü. Vorjahr in % (rechte Skala)



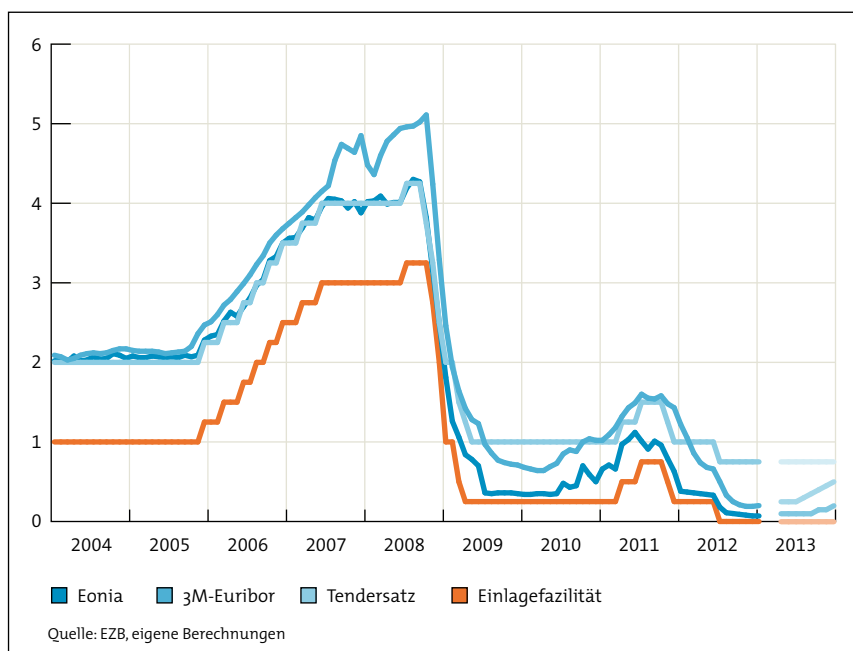
Die Euro-Krise hatte sich im Verlauf des Jahres 2012 zunächst weiter verschärft. Nachdem die großvolumigen Langfristoperationen der Europäischen Zentralbank (EZB) die Kapitalmärkte nur kurzzeitig beruhigen konnten und die europäische Finanzpolitik im ersten Halbjahr vertrauensfördernde Impulse vermissen ließ, sah sich die EZB im Sommer 2012 schließlich veranlasst, ihre Bereitschaft zu Anleihekäufen zu erklären. Auch ohne tatsächlichen Vollzug der Anleihekäufe sorgte die grundsätzliche Bereitschaft der EZB zunächst für eine Rückbildung der Risikoaufschläge.

Bundesanleihen waren aber weiterhin durch außerordentlich niedrige Renditen gekennzeichnet, denn der stabilisierende Einfluss möglicher EZB-Eingriffe wurde auch als Vorsorge gegen deutsche Haftungsrisiken im Zuge der Euro-Rettungsmaßnahmen verstanden.

Kapitalmarkttrenditen USA/Deutschland



Geldmarktzinsen Euroland



In diesem durch Verunsicherung gekennzeichneten Marktumfeld hielt die unterschiedliche Entwicklung der europäischen Finanzinstitute weiter an. Während schwächere Marktteilnehmer vorrangig auf die Liquiditätszuteilungen der EZB angewiesen blieben, beließen stärkere Finanzinstitute Mittelzuflüsse vorwiegend ohne jede Verzinsung im Euro-System. Die geforderte Stärkung der Eigenkapitalausstattung wurde zu wesentlichen Teilen über den Abbau risikogewichteter Aktiva umgesetzt.

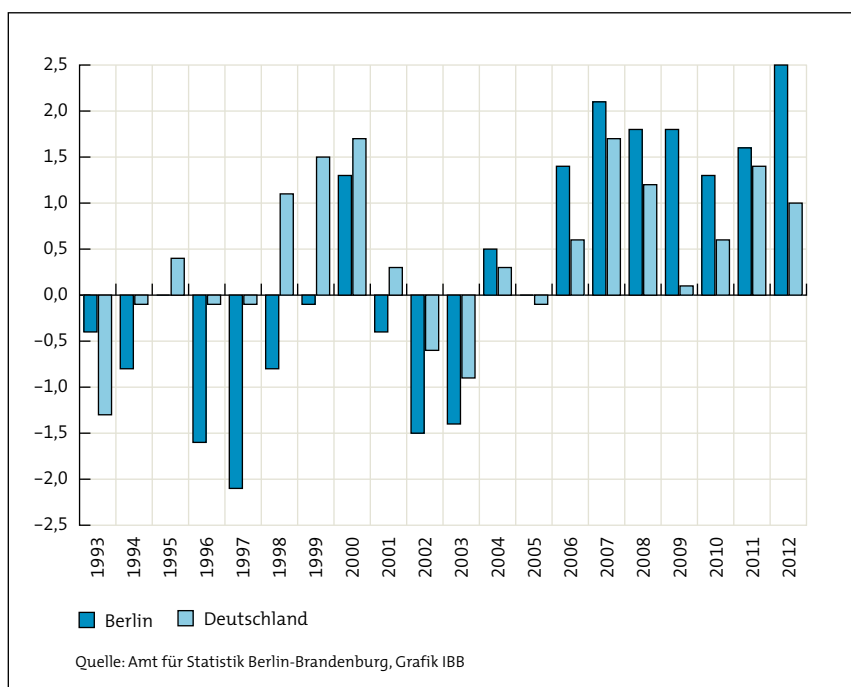
Der Wirtschaftsstandort Berlin ist 2012 relativ unbeschadet durch die Euro-Krise gekommen. Denn grundsätzlich ist die Wirtschaft der deutschen Hauptstadt weniger von den krisenanfälligen Industriebranchen abhängig als die Wirtschaftsstandorte in den südlichen Bundesländern. Die Berliner Konjunktur entwickelt sich im aktuellen Umfeld daher stabiler als im Bundesdurchschnitt.

Die schwierige Absatzlage in den rezessionsgeplagten südeuropäischen Ländern wie Spanien und Italien konnte in Berlin zumindest teilweise durch Exporterfolge in die USA und in die Schwellenländer kompensiert werden. Getrübt wurde die Konjunktur lediglich von der rückläufigen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe. Insbesondere die Aufträge aus dem Inland sind hier stark zurückgegangen. Dabei ging die Schwäche vor allem von den Investitionsgüterproduzenten im Bereich Maschinenbau und Elektrische Ausrüstungen aus. Demgegenüber profitierten die eher auf private Verbraucher orientierten Unternehmen – vor allem die Hersteller langlebiger Konsumgüter – von der bis zuletzt wachsenden Erwerbstätigkeit in der Hauptstadt, den Lohnzuwächsen und den Tourismusrekorden.

Die Touristen waren auch 2012 eine starke Stütze der Berliner Konjunktur. Hier hielt der außerordentlich positive Trend nach wie vor an. Beim Berliner Einzelhandel und im Gastgewerbe sorgte dies für deutlich steigende Umsätze.

Erwerbstätige in Berlin und Deutschland

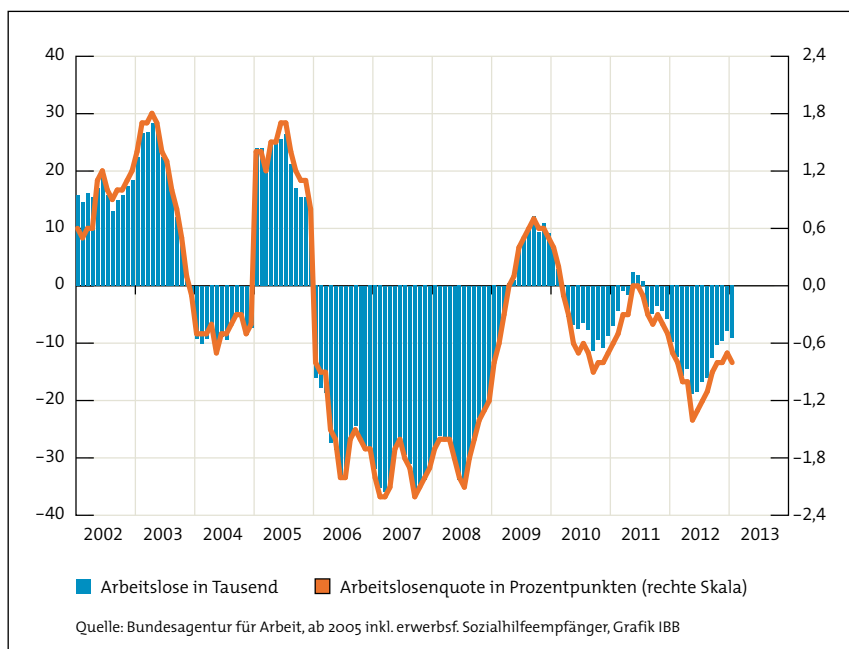
Veränderung zum Vorjahr in %



Die Zahl der Beschäftigten nimmt in Berlin im Bundesländervergleich bereits seit längerer Zeit überdurchschnittlich zu. Allerdings steigt die Beschäftigung in Berlin insbesondere durch Zuwanderungen und Pendler aus dem Umland, so dass die Arbeitslosenquote nicht im gleichen Maße sinkt. Gleichwohl standen den Erwerbslosen im Jahresdurchschnitt rund 18.000 gemeldete offene Stellen gegenüber. Dabei erwiesen sich vor allem die Dienstleistungsbranchen als Jobmotor, insbesondere im Gastgewerbe, im Handel, in der Information und Kommunikation, im Bereich Erbringung von freiberuflichen und wissenschaftlichen Dienstleistungen sowie in der Abfallentsorgung ist die Nachfrage nach Arbeitskräften groß.

Veränderung der Arbeitslosigkeit in Berlin

ggü. Vorjahresmonat



Trotz dieser dynamischen Entwicklung ist der Sockel an Arbeitslosigkeit in Berlin nach wie vor hoch. Im Bundesländervergleich lag Berlin auch 2012 mit einer Arbeitslosenquote von im Schnitt über 11% immer noch auf dem letzten Platz. In den südlichen Bundesländern sieht es dagegen deutlich besser aus. An der Spitze stehen Bayern und Baden-Württemberg mit Arbeitslosenquoten von unter 4%.

Dennoch befindet sich Berlin in einer Position der Stärke. Die verschärfte Wirtschaftskrise in Europa trifft auf eine wettbewerbsfähige Industrie. Diese hatte den Einbruch 2008/2009 bereits im Jahr 2010 wieder aufgeholt. Neustrukturierungen der Produktionsprozesse, die günstige Entwicklung bei den realen Lohnstückkosten und qualitativ hochwertige Produkte haben dazu beigetragen, die internationale Wettbewerbsposition der Berliner Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in den letzten Jahren zu stärken. So lag der Anteil des Auslandsumsatzes im Durch-

schnitt des vergangenen Jahres über Bundesniveau. Dennoch kann sich die Berliner Industrie von der ausgeprägten Schwäche der wichtigen europäischen Absatzmärkte nicht gänzlich abkoppeln. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Wertschöpfungsanteil der Berliner Industrie mit rund 11 % sehr gering ist. Die deutsche Hauptstadt ist von einer stark dienstleistungsorientierten Wirtschaft geprägt. So sind denn auch diese Wirtschaftszweige die wesentliche Stütze der Berliner Konjunktur.

Die relativ robuste Entwicklung im Bereich Unternehmensdienstleistungen, die steigenden Löhne und vor allem der durch die stark expandierenden Touristenströme wachsende Konsum wirken stabilisierend.

Berlin ist Gründerhauptstadt und erzielt im Vergleich der Bundesländer bei den Gründungen pro Einwohner den höchsten Wert. In den letzten Jahren hat sich die deutsche Hauptstadt auch immer mehr zum Gründungszentrum der Internetwelt entwickelt. Die Gründe liegen auf der Hand: Berlin bietet viel und ist günstig: gut ausgebildetes Personal, viele Nationalitäten – die Lebenshaltungskosten sind vergleichsweise niedrig, ebenso wie die Lohnstruktur. Zahlreiche Gründungen gibt es auch in den Zukunftsbereichen Medien, Kreativwirtschaft, Gesundheit, Energie, Verkehr und Optik.

Alles in allem entstanden im Saldo aus Neuerrichtungen und Stilllegungen überdurchschnittlich viele Betriebe in einem der fünf länderübergreifenden Cluster. Die gemeinsame Innovationsstrategie für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg „innoBB“ umfasst dabei die folgenden Cluster:

- Gesundheitswirtschaft,
- Energietechnik,
- Verkehr, Mobilität und Logistik,
- IKT, Medien und Kreativwirtschaft sowie
- Optik (einschl. Mikrosystemtechnik).

Vor allem im Bereich „Information und Kommunikation“ wurden im vergangenen Jahr nach Abzug der Abmeldungen deutlich mehr Unternehmen registriert – hier vor allem im Bereich „Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie“. Aber es gibt auch nach wie vor Gründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus, häufig in den Bereichen Gastgewerbe, Handel und Baugewerbe.

Auch von der in Berlin nach wie vor starken Baukonjunktur – nicht zuletzt durch das im Zuge der Finanzkrise wachsende Interesse an Sachwerten – gehen Impulse für die hiesige Wirtschaft aus. So zogen insbesondere im Wohnungsbau – aber nicht nur dort – die Auftragseingänge im Jahresverlauf 2012 weiter an und liegen nach wie vor auf dem höchsten Wert seit 2002.

Geschäftsverlauf 2012

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Belebung Berlins als auch die nachhaltig positive Entwicklung des Wohnimmobilienmarktes spiegeln sich auch im Geschäftsverlauf 2012 der IBB wider. Mit einem wirtschaftlichen Ergebnis von 72,3 Mio. EUR konnte die IBB das Vorjahresergebnis von 55,5 Mio. EUR bei weitem übertreffen.

Der Zinsüberschuss ist nach wie vor wichtigster Ergebnisbestandteil. Der prognostizierte Rückgang des Zinsergebnisses im Vergleich zum Vorjahr fiel dabei aufgrund der weiterhin günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank sowie der für die Bank günstigen Zinsstrukturkurve geringer aus als erwartet.

Außerdem musste in 2012 in erheblich geringerem Maße Risikovorsorge, insbesondere im Zusammenhang mit der europäischen Schulden- und Finanzkrise, berücksichtigt werden. Sie führte im Vergleich zum Vorjahr zu einem erheblich geringeren Bewertungsbedarf von -19,8 Mio. EUR (Vorjahr -82,2 Mio. EUR).

Dem Land stellte die IBB auch in diesem Jahr vorab einen Berlin-Beitrag der IBB (im Vorjahr Förderleistung) zur Unterstützung der Förderpolitik zur Verfügung. Dieser lag mit 32,8 Mio. EUR bei etwa knapp der Hälfte des wirtschaftlichen Ergebnisses.

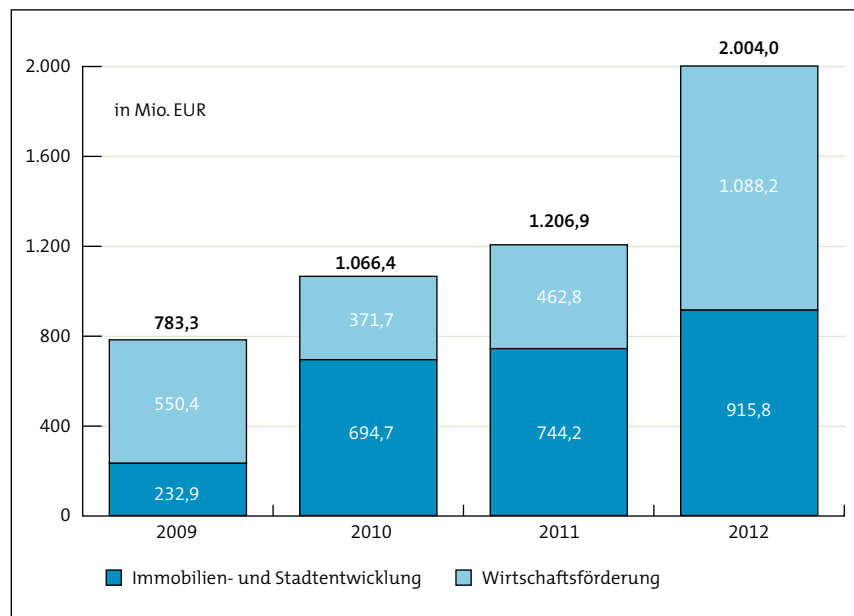
Dabei umfasst der Berlin-Beitrag Aktivitäten der Bank auf Veranlassung des Landes Berlin, die nach Berücksichtigung sämtlicher für die Durchführung anfallender Kosten sowie sämtlicher dabei erwirtschafteter Erträge für die IBB defizitär sind.

Die IBB kann somit auch in 2012 von einem sehr erfolgreichen Jahr berichten. Die Bank verfügt neben der guten Ertragslage auch über eine stabile Vermögens- und Finanzlage. Die Bilanzsumme reduzierte sich planmäßig um 1,5 % auf 19,9 Mrd. EUR. Der im Rahmen der De-Risking-Strategie umgesetzte Bestandsabbau an Wertpapieren wurde durch ein höheres Kundenkreditvolumen weitgehend aufgefangen.

Fördervolumen für das Neugeschäft in der Wirtschafts- und Immobilienförderung steigt erstmals auf über 2,0 Mrd. EUR

Im Geschäftsjahr 2012 hat die IBB trotz der noch nicht bewältigten Finanz- und Schuldenkrise einen bedeutsamen Beitrag zur Sicherung der Finanzierung Berliner Unternehmen geleistet. Das Neugeschäftsvolumen in der Wirtschafts- und Immobilienförderung stieg im Vorjahresvergleich um 66,0 % erstmals auf über 2,0 Mrd. EUR. Damit konnte der Planwert um mehr als 100 % überschritten werden.

Entwicklung des Neugeschäftsvolumen für Darlehen, Avale und Zuschüsse



Finanzierung der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe im Programm „Berlin Infra“ prägt das Rekordergebnis in der Wirtschaftsförderung

Im Geschäftsjahr 2012 hat sich der Bereich Wirtschaftsförderung als kompetenter Finanzdienstleister für das Land Berlin präsentiert. Im Auftrag des Senats hat die Investitionsbank Berlin im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe mit einem Finanzierungsrahmen von 700,0 Mio. EUR begleitet.

Doch auch der Berliner Mittelstand konnte intensiv gefördert werden, was sich an einer deutlichen Volumensteigerung im IBB-Wachstumsprogramm zeigt.

Die Produktpalette wurde in 2012 weiter nachfrageorientiert angepasst. Für das Programm „Berlin Start“ wurde eine Erhöhung der Darlehenshöchstgrenze von 100 TEUR auf 250 TEUR und des Unternehmensalters von 3 auf 5 Jahre vereinbart, wodurch Gründer mehr Spielraum für ihre Finanzierungen erhalten. Das Programm „Pro FIT“ wurde um ein neues Pro FIT-Modul Frühphasenfinanzierung erweitert. Das noch junge Programm „Berlin Kredit Innovativ“, welches sich speziell an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) richtet, konnte im Berichtsjahr zunächst bis Ende 2013 verlängert werden.

Insgesamt wurden den Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung Mittel in Form von Darlehen, Avalen und Zuschüssen in Höhe von 1.088,2 Mio. EUR (Vorjahr 462,8 Mio. EUR) bewilligt.

Positive Entwicklung des Finanzierungsvolumens im Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung

Auch im Geschäftsjahr 2012 erwies sich die Investitionsbank Berlin durch ihre stabile Kredit- und Liquiditätsversorgung als gefragter Förderpartner der Berliner Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Mit einem Finanzierungsvolumen von insgesamt 908,9 Mio. EUR (ohne Sondergeschäfte und Zuschüsse) konnte der Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung ein sehr gutes Ergebnis erzielen. Dies geht einher mit einer im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Stückzahl von Geschäftsabschlüssen.

Als Förderbank unterstützt die Investitionsbank Berlin u. a. Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Im Programm IBB Energetische Gebäudesanierung wurden für derartige Investitionsvorhaben zinsgünstige Darlehen in Höhe von 92,5 Mio. EUR zugesagt. Weitere Schwerpunkte setzte die IBB durch die Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken und die Förderung von kommunalen Wohnungsunternehmen sowie durch eine aktive und zielgerichtete Betreuung der Bestandskunden.

Im Geschäftsjahr 2012 konnte das Produkt „IBB Wohnraum Modernisieren“ als Ersatzprodukt für das weggefallene „KfW-Modernisierungsprogramm“ ebenso erfolgreich wie das Programm „IBB WEG-Finanzierung“ eingeführt werden. Zudem erweiterte die IBB ihre Produktpalette um die Durchleitung der KfW-Programme „KfW-Wohneigentumsprogramm“ und „KfW-Energieeffizient Bauen“ für die Eigenheimkunden.

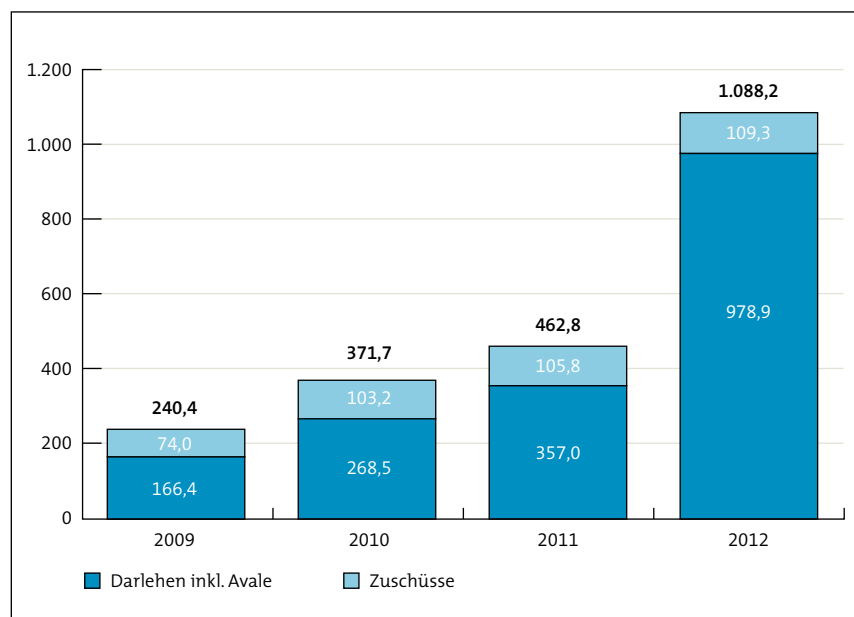
Entwicklung in den Segmenten

Wirtschaftsförderung

Das Geschäftsjahr 2012 gestaltete sich aus Sicht der Wirtschaftsförderung sehr erfreulich. Der Gesamtbestand an Darlehen und Avalen stieg von 1,3 Mrd. EUR um 0,8 Mrd. EUR. Damit kann in der Wirtschaftsförderung erstmals ein Bestand von mehr als 2,0 Mrd. EUR ausgewiesen werden. Einen großen Anteil daran hat die Begleitung des Rückerwerbes der Berliner Wasserbetriebe durch das Land Berlin in einem Finanzierungsrahmen in Höhe von 700,0 Mio. EUR im IV. Quartal 2012.

Das Neugeschäft zeigt in den vergangenen vier Jahren einen kontinuierlichen Aufwärtstrend. Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Finanzierungszusagen mehr als verdoppelt werden. Das Neugeschäftsvolumen in 2012 überschreitet den Planwert deutlich und stieg von 462,8 Mio. EUR um 135,1 % auf 1.088,2 Mio. EUR.

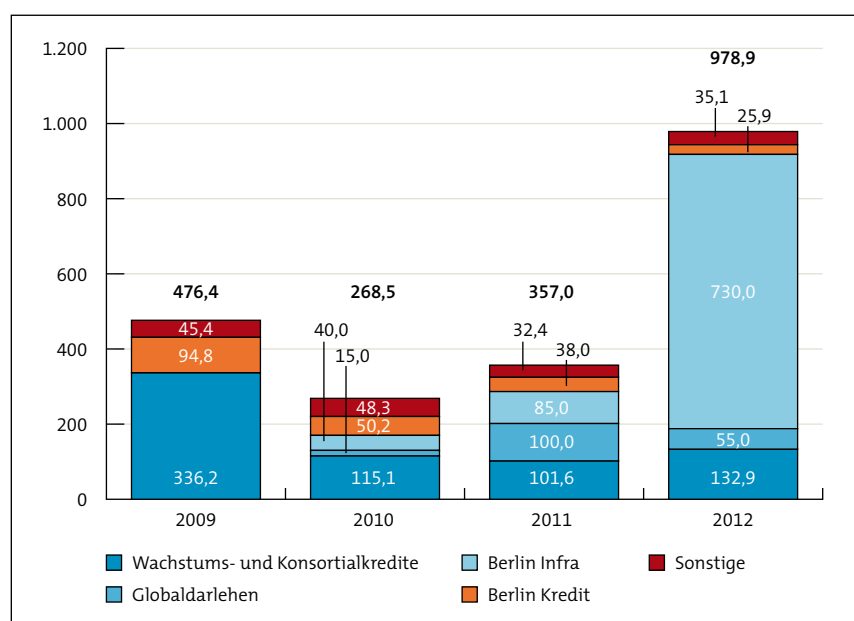
Neugeschäftsentwicklung Wirtschaftsförderung in Mio. EUR



Die Neugeschäftsentwicklung ist maßgeblich durch das Programm „Berlin Infra“ geprägt, das die Begleitung der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe in Höhe von 700,0 Mio. EUR beinhaltet.

Eine positive Entwicklung zeigt sich auch im „IBB-Wachstumsprogramm“, das mittelständische Unternehmen in Berlin mit Darlehen für Investitionen, Um-, Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen unterstützt. Hier konnten mit Neugeschäftszusagen in Höhe von 132,9 Mio. EUR sowohl der Vorjahreswert als auch der Planwert deutlich überschritten werden.

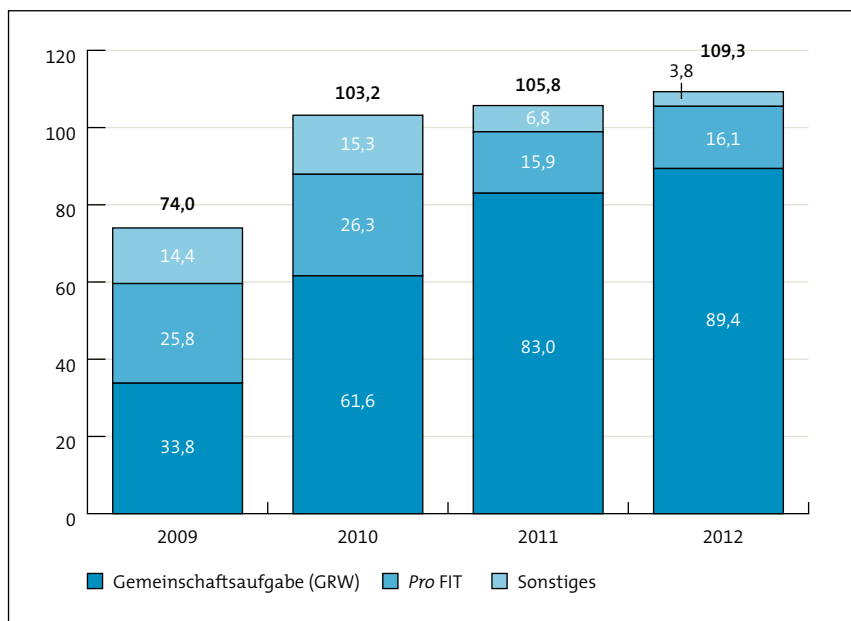
Neugeschäft Darlehen und Avale in Mio. EUR



„Globaldarlehen“ wurden in diesem Jahr in Höhe von 55,0 Mio. EUR vergeben. Die Geschäftsbanken stellen durch die Globaldarlehen den in Berlin tätigen Unternehmen vermehrt Kredite zur Verfügung und geben ihren durch uns erworbenen Refinanzierungsvorteil zur Stärkung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit an mittelständische Unternehmen weiter.

Im Zuschussgeschäft wurden mit 109,3 Mio. EUR mehr Mittel zugesagt als geplant. Auch der Vorjahreswert konnte erneut übertroffen werden. Den größten Anteil an den Zuschüssen liefert weiterhin die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Mit GRW-Zuschüssen werden Investitionsvorhaben von bestehenden Unternehmen und Existenzgründern zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen gefördert.

Neugeschäft Zuschüsse in Mio. EUR



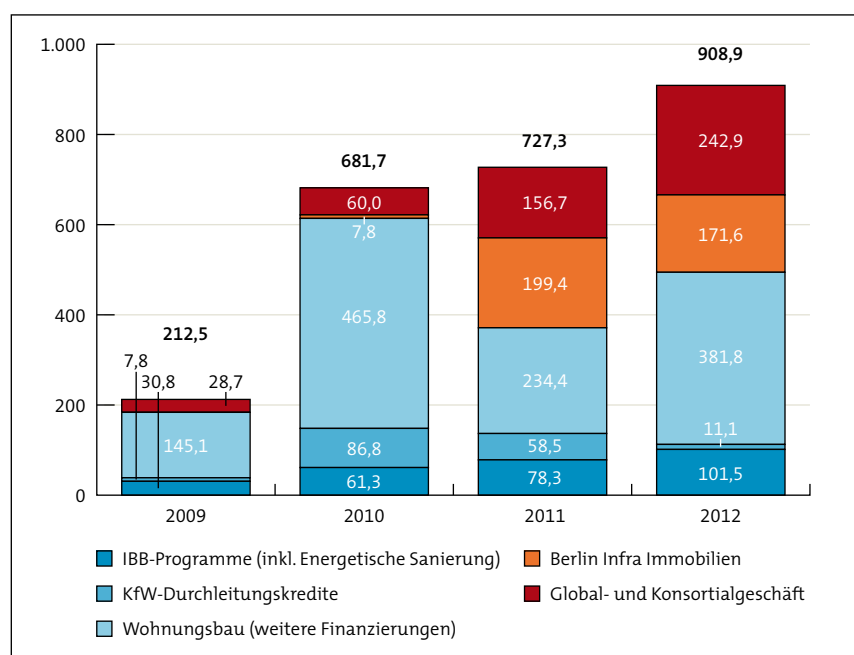
Das Segment Wirtschaftsförderung weist im Berichtsjahr 2012 Erträge in Höhe von 23,0 Mio. EUR aus und liegt damit erwartungsgemäß unter Vorjahresniveau (34,6 Mio. EUR). Das Vorjahresergebnis war u. a. geprägt durch einen Einmaleffekt. Im Verwaltungsaufwand haben die unterjährigen Einsparungen einen positiven Effekt auf das Segmentergebnis gehabt. Belastet wurde das Ergebnis im Rahmen der Risikovorsorge durch die weiterhin angespannte Lage in der Solarbranche. Das entsprechende Exposure wurde fast vollständig wertberichtigt. Das wirtschaftliche Ergebnis beträgt -8,4 Mio. EUR (Vorjahr 1,3 Mio. EUR).

Immobilien- und Stadtentwicklung

Im Segment Immobilien- und Stadtentwicklung wurden in 2012 Finanzierungszusagen (ohne Sondergeschäfte und Zuschüsse) in Höhe von

908,9 Mio. EUR ausgesprochen. Dieses Ergebnis übersteigt sowohl das für 2012 erwartete Bewilligungsvolumen als auch den Vorjahreswert (727,3 Mio. EUR).

Finanzierungszusagen in Mio. EUR



Ein wichtiger Förderschwerpunkt der IBB ist unverändert die Vergabe von zinsvergünstigten KfW-refinanzierten Darlehen im Eigenprogramm „IBB Energetische Gebäudesanierung“ für die Finanzierung von Baumaßnahmen an Wohngebäuden zur Energieeinsparung. Im Vergleich zu 2011 erhöhte sich das Bewilligungsvolumen von 66,0 Mio. EUR um 26,5 Mio. EUR auf 92,5 Mio. EUR. Positiv zu vermerken ist, dass eine stark steigende Anzahl von Kunden Interesse an energetischen Modernisierungen ihrer Wohnimmobilien zeigt und auf die bereitgestellten Fördermittel zurückgreift. Durch Aufstockung der Fördermittel konnten mehr Förderanträge im Programm bewilligt werden, was den Rückgang der KfW-Durchleitungskredite ohne zusätzliche Zinsverbilligung erklärt.

Im Geschäftsjahr 2012 konnte die IBB im Rahmen des Förderprogramms „Berlin Infra“ Infrastrukturinvestitionen von kommunalen Unternehmen in Höhe von 171,6 Mio. EUR (Vorjahr 199,4 Mio. EUR) finanzieren.

Zudem hat die IBB die Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken intensiviert und durch die Vergaben von Darlehen im Global- und Konsortialgeschäft den Berliner Wohnungsbestand mittelbar gestärkt. Insgesamt konnte die IBB den Hausbanken mittels Globaldarlehen zinsgünstige Refinanzierungsmittel in Höhe von 100,0 Mio. EUR (Vorjahr 80,0 Mio. EUR) bereitstellen und Konsortialfinanzierungen in Höhe von 142,9 Mio. EUR (Vorjahr 76,7 Mio. EUR) vornehmen.

Darüber hinaus unterstützt die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken bei Inanspruchnahme aktueller Förderprodukte. Zur Vermeidung von Bürgschafts- und Förderdarlehensausfällen für das Land Berlin engagiert sich die IBB zudem bei der Unterstützung von Sanierungsprojekten. Insgesamt konnte die IBB im Rahmen dieser weiteren Wohnungsbaufinanzierungen Bewilligungen in einer Gesamthöhe von 381,8 Mio. EUR aussprechen und somit sowohl den Vorjahreswert (234,4 Mio. EUR) als auch den Planwert deutlich übertreffen.

Der Gesamtbestand an Darlehen und Avalen beträgt zum Jahresende ohne Berücksichtigung von Nebenforderungen 11,4 Mrd. EUR (Vorjahr 11,6 Mrd. EUR). Die Darlehensvalutierungen betrugen ohne Sondergeschäfte 874,9 Mio. EUR (Vorjahr 779,1 Mio. EUR).

Das Segment Immobilien- und Stadtentwicklung konnte auch im Berichtsjahr 2012 die Planwerte für das wirtschaftliche Ergebnis deutlich übertreffen. Zum Jahresende wird ein Ergebnis von 56,9 Mio. EUR ausgewiesen, das um 1,1 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau liegt. Hauptertragsquelle ist weiterhin das Zinsergebnis mit 70,8 Mio. EUR (Vorjahr 66,8 Mio. EUR). Der Rückgang im sonstigen betrieblichen Ergebnis um -9,7 Mio. EUR auf -3,7 Mio. EUR ist im Wesentlichen durch Sondereffekte des Vorjahres aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen geprägt. Die Portfoliostruktur hat sich insgesamt deutlich verbessert, was zu entsprechenden Auflösungen von Vorsorgepositionen führte. Der positive Saldo aus Vorsorgemaßnahmen für das Kreditgeschäft verbesserte sich von 7,4 Mio. EUR im Vorjahr auf 16,1 Mio. EUR in 2012. Durch die ebenfalls unter Plan liegenden Verwaltungsaufwendungen wird das wirtschaftliche Ergebnis zusätzlich positiv beeinflusst.

Treasury

Zur Erfüllung der Förderaufgaben steuert das Segment Treasury die Liquidität und Refinanzierung der IBB. Neben der Mittelbereitstellung durch das Land erfolgt die Refinanzierung durch die Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen in allen Laufzeiten. Zusätzlich erfolgen Mittelaufnahmen am Geldmarkt und die Inanspruchnahme von Refinanzierungsmitteln der KfW und der EIB. Das Bilanzstrukturmanagement erfolgt als umfassendes Aktiv-/Passivmanagement. Geschäftsabschlüsse werden an den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten getätigt.

Durch eine intensive Marktpflegeaktivität gewährleistet die IBB die Liquidität ihrer Anleihen auf dem Sekundärmarkt und erhöht somit die Attraktivität der Titel für Investoren. Als eine mit Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin ausgestattete Förderbank verfügt die Bank über die gleiche hohe Bonität wie das Land Berlin. Die Bonität des Landes Berlin wird aktuell von zwei Ratingagenturen bewertet,

die Einstufung von Moody's wird aktuell mit Aa1 (negativer Ausblick) vorgenommen, die Einstufung von Fitch mit AAA (stabiler Ausblick).

Im Segment Treasury entspricht das wirtschaftliche Ergebnis mit 31,2 Mio. EUR im Berichtsjahr 2012 den Erwartungen. Wegen der weiter durchgeführten De-Risking-Strategie fiel der Vorsorgebedarf für Wertpapiere mit -20,4 Mio. EUR in diesem Jahr deutlich geringer aus als im Vorjahr (-75,9 Mio. EUR). Gleichzeitig reduzierte sich auch das Zinsergebnis im Vergleich zum Vorjahr von 71,7 Mio. EUR um 20 % auf 57,2 Mio. EUR. Der Rückgang ist insbesondere zurückzuführen auf die planmäßige Bestandsreduzierung in diesem Segment.

Corporate Center

Im Segment Corporate Center werden die nicht den Marktbereichen (Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Treasury) zugeordneten Steuerungsfunktionen der Bank (hoheitliche Funktionen) sowie die nicht den Marktbereichen zurechenbaren Ergebnisbestandteile abgebildet.

Im Segment Corporate Center wird im Berichtsjahr ein wirtschaftliches Ergebnis von -7,4 Mio. EUR (Vorjahr 7,4 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen aus dem geringeren Zinsergebnis, das den kalkulatorischen Zinsanspruch für unverzinsliche Bestände beinhaltet. In 2012 waren die entsprechenden Geld- und Kapitalmarktzinsen deutlich niedriger als im Vorjahr. Außerdem wurde das Zinsergebnis durch die Aufzinsung von Rückstellungen und Wertberichtigungen belastet.

Lage der Bank

Ertragslage

In der nachfolgend dargestellten Ergebnisrechnung wurden einzelne in der handelsrechtlichen GuV-Rechnung ausgewiesene Beträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgegliedert bzw. ergänzt. Dies betrifft zum einen die Aufwendungen der Bank, die als Berlin-Beitrag dem Land als im Sinne einer Vorabausschüttung zur Verfügung gestellt werden. Zahlungen der Bank, die unter dem GuV-Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ (14,0 Mio. EUR, Vorjahr 13,8 Mio. EUR) und Risikovorsorge (3,7 Mio. EUR, Vorjahr 3,0 Mio. EUR) enthalten sind, werden ebenso als Berlin-Beitrag dargestellt wie auch die unentgeltlich erbrachten Leistungen der Bank (15,1 Mio. EUR, Vorjahr 16,4 Mio. EUR), die ausschließlich kalkulatorisch berücksichtigt werden. Diese nicht liquiditätswirksamen Leistungen werden in der Ergebnisrechnung als betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag abgebildet. Ebenso verändert abgebildet wird der Verwaltungsaufwand der Bank. So werden Personalkosten für Mitarbeiter, die an Konzerntöchter entsendet wurden (0,4 Mio.

EUR), nicht im Personalaufwand, sondern im Saldo des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen sowie die Aufwendungen für die im Rahmen der Umsetzung der Projektergebnisse zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen wie im Vorjahr im außerordentlichen Ergebnis berücksichtigt.

Der Vorjahresvergleich der Ergebnisrechnung des Geschäftsjahres 2012 ist geprägt von den Sonderfaktoren in den Erträgen des Vorjahres sowie den in 2011 berücksichtigten Auswirkungen der europäischen Schulden- und Finanzkrise auf die Risikovorsorge des vorangegangenen Geschäftsjahres.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Bank konnte insbesondere aufgrund der deutlich geringer erforderlichen Vorsorgeaufwendungen um 30,4 % oder 16,8 Mio. EUR auf 72,3 Mio. EUR gesteigert werden.

Ergebnisrechnung in Mio. EUR	2012	2011	Veränderung	
			absolut	in %
Zinsüberschuss	147,9	161,6	-13,7	-8,5
Provisionsüberschuss	10,7	11,4	-0,7	-6,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	12,9	39,8	-26,9	-67,6
Summe Erträge	171,4	212,7	-41,3	-19,4
Verwaltungsaufwand	-76,6	-73,9	-2,6	-3,6
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungen	94,9	138,8	-43,9	-31,7
Risikovorsorge/Bewertungen	-19,8	-82,2	62,4	75,9
Außerordentliches Ergebnis	-2,8	-1,1	-1,6	<-100
Wirtschaftliches Ergebnis	72,3	55,5	16,8	30,4
Berlin-Beitrag	-32,8	-33,2	0,4	1,1
Jahresüberschuss	39,5	22,3	17,2	77,3

Hauptertragsquelle der Bank ist der Zinsüberschuss, der sich gegenüber dem Vorjahr um 8,5 % auf 147,9 Mio. EUR reduzierte. Der Rückgang ist insbesondere zurückzuführen auf die planmäßige Bestandsreduzierung im Segment Treasury. Mit einem Anteil in Höhe von 47,9 % (Vorjahr 41,4 %) ist der Zinsüberschuss aus dem Segment Immobilien- und Stadtentwicklung der maßgebende Teil im Gesamtzinsüberschuss.

Der Provisionsüberschuss (10,7 Mio. EUR), der weiterhin maßgeblich von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen aus der Immobilienförderung bestimmt wird, liegt aufgrund auslaufender Förderungen erwartungsgemäß unter Vorjahresniveau (11,4 Mio. EUR).

Das sonstige betriebliche Ergebnis reduziert sich deutlich gegenüber dem durch Sondereinflüsse bestimmten Vorjahreswert in Höhe von 39,8 Mio. EUR und erreicht einen Wert in Höhe von 12,9 Mio. EUR.

Verwaltungsaufwand leicht über Vorjahr

Der Verwaltungsaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäß um 2,7 Mio. EUR erhöht und beträgt 76,6 Mio. EUR (Vorjahr 73,9 Mio. EUR). Dabei erhöhten sich die Personalaufwendungen um 1,9 Mio. EUR auf 49,3 Mio. EUR (Vorjahr 47,4 Mio. EUR), der Sachaufwand erhöhte sich um 1,2 Mio. EUR auf 23,3 Mio. EUR (Vorjahr 22,1 Mio. EUR).

Die als Relation zwischen den Verwaltungsaufwendungen und der Summe der Erträge definierte Förder-Cost-Income-Ratio erhöhte sich v. a. bedingt durch Einmaleffekte im Vorjahresergebnis auf 44,6 % (Vorjahr 34,7 %).

Risikovorsorge/Bewertungen

Die Ergebnisrechnung wird mit einem Bewertungsergebnis in Höhe von 19,8 Mio. EUR (Vorjahr 82,2 Mio. EUR) belastet. Die gegenüber dem Vorjahr deutliche Verringerung ist auf die in 2011 erforderlichen Bewertungsmaßnahmen infolge der europäischen Schulden- und Finanzkrise, die im Vorjahr eine Abwertung der im Bestand befindlichen griechischen Staatsanleihe erforderlich machte, zurückzuführen. Im Kreditgeschäft wurden durch die weiterhin nach konservativen Bewertungsmethoden gebildeten Einzel- und Portfoliowertberichtigungen, die in Anlehnung an IAS 39 berechnet werden, sowie Rückstellungen alle erkennbaren Risiken im Förderkreditgeschäft berücksichtigt.

Außerordentliches Ergebnis

Im Rahmen des außerordentlichen Ergebnisses wurden Aufwendungen für die im Rahmen der Umsetzung der Projektergebnisse zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen berücksichtigt. Für Zwecke der betriebswirtschaftlichen Sichtweise werden diese Posten abweichend zum handelsrechtlichen Ausweis der Gewinn- und Verlustrechnung nicht im Personalaufwand dargestellt.

Wirtschaftliches Ergebnis und Jahresüberschuss

Das wirtschaftliche Ergebnis in Höhe von 72,3 Mio. EUR übertrifft den Vorjahreswert (55,5 Mio. EUR) um 30,4 %. Nach Abzug des aus der Ergebnisrechnung erbrachten Berlin-Beitrages in Höhe von 32,8 Mio. EUR (Vorjahr 33,2 Mio. EUR) verbleibt ein um 17,2 Mio. EUR gestiegener Jahresüberschuss in Höhe von 39,5 Mio. EUR (Vorjahr 22,3 Mio. EUR), welcher zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr als Bilanzgewinn ausgewiesen wird.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr um 294,7 Mio. EUR auf 19,9 Mrd. EUR reduziert. Das Geschäftsvolumen, in dem zusätzlich die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten sind, reduzierte sich um 309,3 Mio. EUR auf 21,0 Mrd. EUR.

Die zusätzlich zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken zum Jahresende bestehenden Derivate, im Wesentlichen Swapgeschäfte, weisen zum Jahresende ein Nominalvolumen in Höhe von 14,2 Mrd. EUR (Vorjahr 14,4 Mrd. EUR) aus.

Geschäftsvolumen in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.714,0	1.890,2	-176,2	-9,3
Forderungen an Kunden	14.217,1	13.732,4	484,7	3,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.556,2	4.146,7	-590,4	-14,2
Anteile an Spezialfonds	150,0	150,0	0,0	0,0
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	100,3	99,1	1,1	1,1
Sonstige	197,9	211,8	-13,9	-6,6
Bilanzsumme	19.935,5	20.230,2	-294,7	-1,5
Eventualverbindlichkeiten	109,3	178,4	-69,0	-38,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	975,6	921,1	54,5	5,9
Geschäftsvolumen	21.020,4	21.329,7	-309,3	-1,5

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich gegenüber dem Vorjahr durch geringere Tages- und Termingelder um 0,2 Mrd. EUR auf 1,7 Mrd. EUR reduziert. Der Zuwachs bei den Kundenforderungen (0,5 Mrd. EUR) gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Begleitung des Rekommunalisierungsvorhabens (Berliner Wasserbetriebe) des Landes zurückzuführen.

Als Reaktion auf die europäische Schulden- und Finanzkrise wurde bereits in 2009 eine De-Risking-Strategie beschlossen und im Geschäftsjahr weiter umgesetzt. Der Bestand an Wertpapieren reduzierte sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd. EUR auf 3,5 Mrd. EUR.

Die Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen veränderten sich um 1,1 Mio. EUR auf 100,3 Mio. EUR (Vorjahr 99,1 Mio. EUR). Die Investitionsbank Berlin hatte bereits in 2011 die IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG (TEF) gegründet. Das eingezahlte Kapital der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr um 0,6 Mio. EUR auf 1,6 Mio. EUR erhöht. Die Beteiligungsbuchwerte erhöhten sich durch die Kapitalaufstockung bei der Peppermint CBF1 GmbH & Co KG um 0,5 Mio. EUR, die Beteiligungsquote der IBB beträgt unverändert 19,92 %.

Die Struktur der Refinanzierungsseite ist im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Vorjahr geblieben. Finanziert wird das Geschäftsvolumen zu 22 % (Vorjahr 20 %) über Mittelaufnahmen bei Kreditinstituten sowie über die Emission von verbrieften Verbindlichkeiten am Kapitalmarkt zu 31 % (Vorjahr 33 %). Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, blieben mit 8,1 Mrd. EUR (Vorjahr 8,2 Mrd. EUR) nahezu konstant bei einem Refinanzierungsanteil in Höhe von 41 % (Vorjahr 40 %).

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 1,4 Mrd. EUR durchgeführt.

Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren Faktoren dafür, dass die IBB auch im Jahr 2012 jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio konnte jederzeit sichergestellt werden, dass keine Liquiditätsengpässe entstanden. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreserve.

Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität

Das bilanzielle Eigenkapital der IBB erhöhte sich im vergangenen Geschäftsjahr um 39,5 Mio. EUR auf 697,0 Mio. EUR. Das gezeichnete Kapital betrug unverändert 300,0 Mio. EUR, alleiniger Eigentümer der IBB ist das Land Berlin.

Eigenkapitalveränderungsrechnung der IBB in Mio. EUR	Grundkapital	Zweckrücklagen	Bilanzgewinn	Summe
Stand 31.12.2011	300,0	313,1	44,3	657,5
Jahresüberschuss			39,5	39,5
Stand 31.12.2012	300,0	313,1	83,9	697,0

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 22,3 Mio. EUR wurde nach Beschluss des Senats von Berlin als Gewinnvortrag im Eigenkapital der Bank belassen.

Nach Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr und des Jahresüberschusses 2012 in Höhe von 39,5 Mio. EUR wird im Eigenkapital ein Bilanzgewinn in Höhe von 83,9 Mio. EUR (Vorjahr 44,3 Mio. EUR) ausgewiesen. Dieser soll in Höhe von 39,0 Mio. EUR der Zweckrücklage zugeführt werden. Über die Verwendung des Restbetrages beschließt der Senat von Berlin.

Zum Bilanzstichtag weist die Bank ein haftendes Eigenkapital gemäß Kreditwesengesetz in Höhe von 873,0 Mio. EUR (Vorjahr 872,5 Mio. EUR) aus. Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt.

in Mio. EUR/in %	2012	2011
Risikoposition gemäß SolvV	4.533,3	4.734,3
Eigenmittelquote	19,3 %	18,4 %
Kernkapitalquote	16,7 %	16,0 %

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden von der IBB bis zum 31. Dezember 2012 jederzeit eingehalten.

Nachtragsbericht

Nach dem Abschluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2012 haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

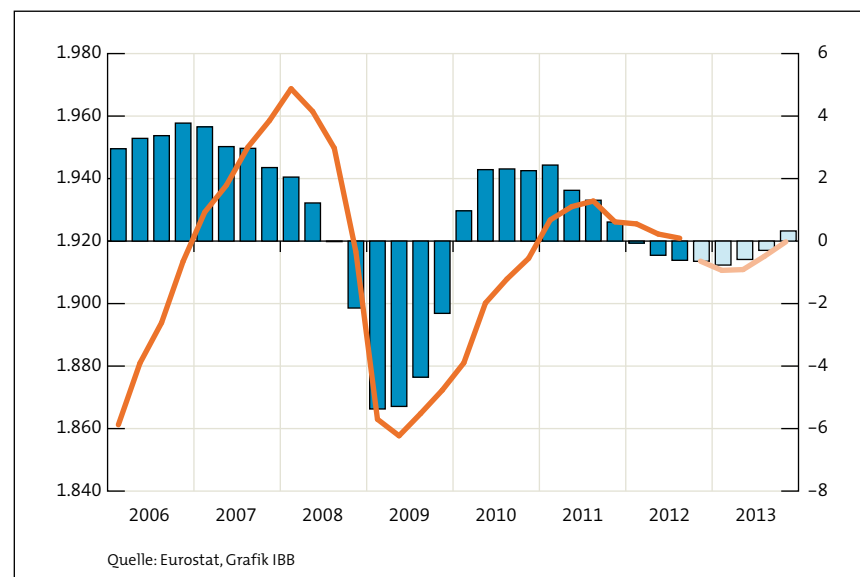
Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt labil. Europa verzeichnet eine durch Konsolidierungspakete initiierte Rezession. Sie verläuft im Unterschied zu 2008/09 jedoch glimpflich, weil die Liquiditätsbedingungen großzügig bemessen bleiben, zyklische Übertreibungen bereits in den Vorjahren korrigiert worden sind und die schwache Binnennachfrage durch Verbesserungen im Außenbeitrag entscheidend abgemildert wird.

BIP-Entwicklung in Euroland

Mrd. EUR, in Preisen von 2000, Wachstumsraten ggü. Vorjahr in % (rechte Skala)

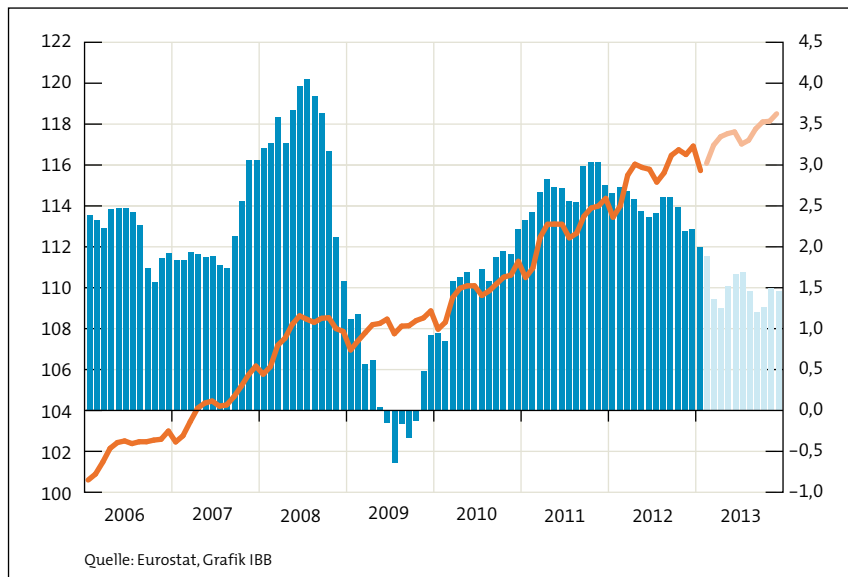


Auch in Deutschland haben sich die konjunkturellen Perspektiven eingetrübt. Die Unternehmen reduzieren ihre Investitionen und schaffen weniger neue Stellen. Ausschlaggebend hierfür ist neben der Rezession in den europäischen Krisenländern auch die Verlangsamung der globalen Konjunktur. Dennoch wird nicht mit einer länger anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase gerechnet. Eine Rückkehr auf einen stabilen Wachstumskurs ist bereits kurzfristig möglich. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufnimmt und der Reformprozess in den Euroländern weiter voranschreitet.

Alles in allem wird Deutschland auch 2013 nur einen moderaten Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt verzeichnen können. Mit vergleichsweise komfortablen Auftragspolstern, einer immer noch stabilen Beschäftigungslage, hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft und einer nach wie vor guten preislichen Wettbewerbsfähigkeit hebt sich die Entwicklung jedoch positiv vom übrigen Euroraum ab.

Inflation in Euroland

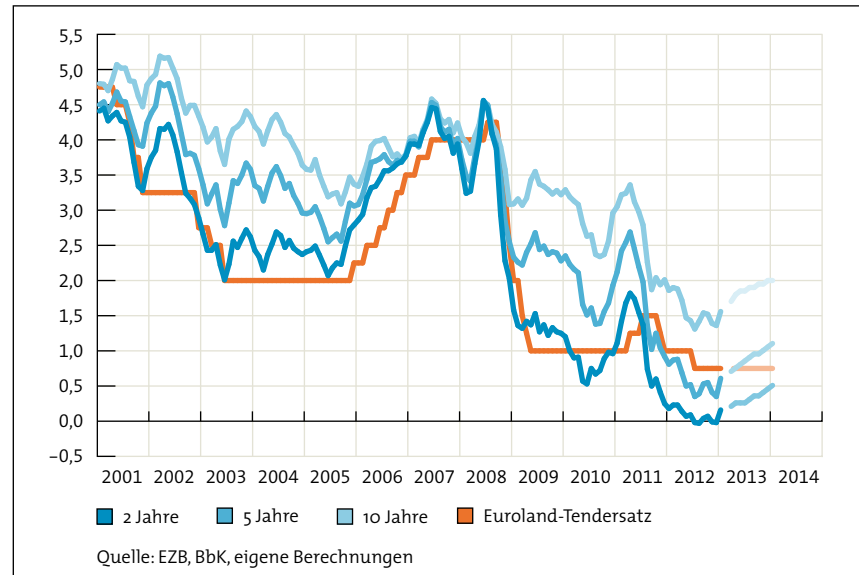
Index, Veränderung ggü. Vorjahr in % (rechte Skala)



Diese Prognosen basieren auch auf Annahmen über die künftigen Aktivitäten der Europäischen Zentralbank (EZB). Die EZB wird weiterhin Rücksicht nehmen auf die Verschuldungssituation in den Ländern an der europäischen Peripherie und damit ihren stützenden Kurs – auch mit Blick auf die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor – beibehalten. Trotz üppiger Liquidität wird das Inflationsrisiko überschaubar bleiben. Konflikte um die künftige Ausgestaltung des gemeinsamen Währungsraums werden weiterhin das politische Geschehen bestimmen. In zugespitzten Marktphasen reagiert die europäische Politik jedoch pragmatisch. Marktinterventionen und die Fortführung von international abgestimmten Auffanglösungen sollen den Zerfall des Euroraums verhindern. Eine nachhaltige Entschärfung der Staatsschuldenproblematik gelingt auf diese Weise aber nicht. Von erhöhten Risikoaufschlägen für wettbewerbsschwächere Länder und einer robusten Nachfrage nach deutschen Anleihen ist folglich weiter auszugehen.

Zinssätze Euroland

Monatsdurchschnitte in %



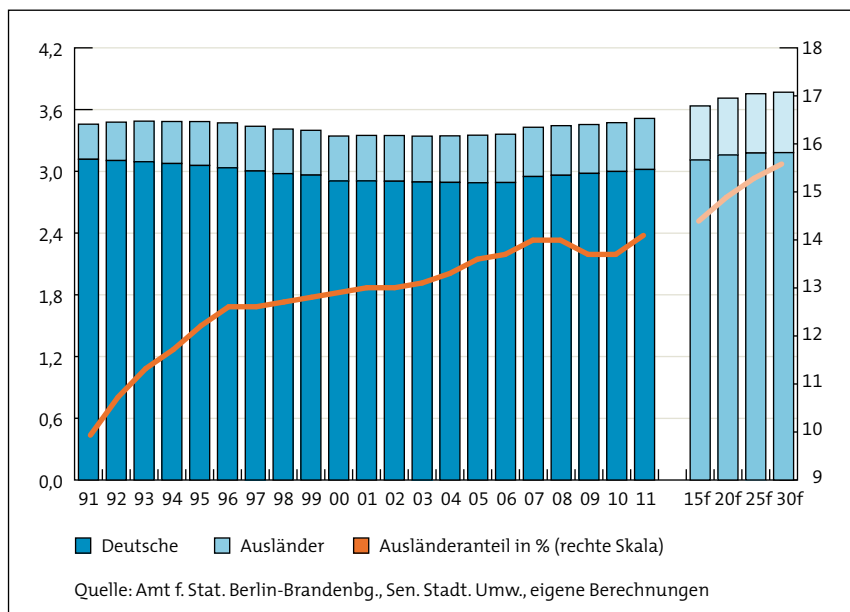
Das Kreditgewerbe bewegt sich in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld. Höhere Anforderungen an das Eigenkapital werden kaum allein per Thesaurierung gedeckt werden können. Darüber hinaus sind die verschärften Anforderungen an die Liquidität zu berücksichtigen. Im Verhältnis zu den niedrigen Leitzinsen bleibt die Zinskurve flach und das Renditeniveau in den wenigen risikoarmen Asset-Klassen nicht ausreichend. Gleichzeitig trägt das labile Marktumfeld zu anhaltend hoher Risikovorsorge der Institute bei. Die Einengung der Risikoaufschläge zwischen Banken ist maßgeblich an das Interventionsversprechen der Europäischen Zentralbank geknüpft. Zweifel an deren Umsetzbarkeit sind aber an den Märkten nicht ausgeräumt, so dass eine neuerliche Ausweitung einkalkuliert werden muss.

Die deutsche Hauptstadt Berlin bleibt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch eine überwiegende Zahl von Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen geprägt. Bei einer insgesamt labilen Wirtschaftslage hebt sich das Geschehen aber eher positiv vom Bundesdurchschnitt ab. Im Trend ist folglich von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Dies ist letztlich dem Berliner Branchenmix zuzuschreiben, der stark auf den Dienstleistungsbereich ausgerichtet ist. Vor allem der anhaltende Tourismusboom und die damit verbundene Stärkung des Einzelhandels und des Gastgewerbes sowie die überdurchschnittliche Entwicklung bei den unternehmensnahen Dienstleistungen werden für weitere Impulse sorgen. Vor dem Hintergrund der großen Nachfrage auf dem Berliner Wohnimmobilienmarkt sollte aber auch die Baukonjunktur bei günstigen Finanzierungskonditionen und gesteigertem Interesse an Sachwerten robust bleiben.

Das große Interesse an Berliner Wohnimmobilien wird auch in der Preisentwicklung sichtbar. Die Teuerung auf dem Berliner Markt für neu angebotene Wohnungen ist deutlich spürbar. Gleichzeitig werden auch deutliche Mietpreissteigerungen bei Neuvermietungen registriert. Die Kaufpreisentwicklung überstieg den durch Mieterhöhungen bedingten Wertzuwachs. Vor dem Hintergrund der in Berlin über lange Zeit weitgehend stagnierenden Wohnungspreise lässt sich daraus aber nicht zwangsläufig eine entstehende Blase auf dem Berliner Immobilienmarkt ableiten, da den steigenden Kaufpreisen höhere Anforderungen an den Eigenkapitaleinsatz gegenüberstehen.

Im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt nimmt die Bevölkerung in der deutschen Hauptstadt weiter zu. Berlin besitzt gerade für junge Menschen und Beschäftigte in den kreativen Branchen eine sehr hohe Attraktivität. Dadurch kann Berlin langfristig weiter von überregionalen Wanderungsgewinnen und von dem Zuzug hochqualifizierter Beschäftigter profitieren. Hinzu kommt, dass aufgrund des Anstiegs der Singlehaushalte auch die Zahl der privaten Haushalte weiter zunehmen wird.

Bevölkerung in Berlin in Mio.



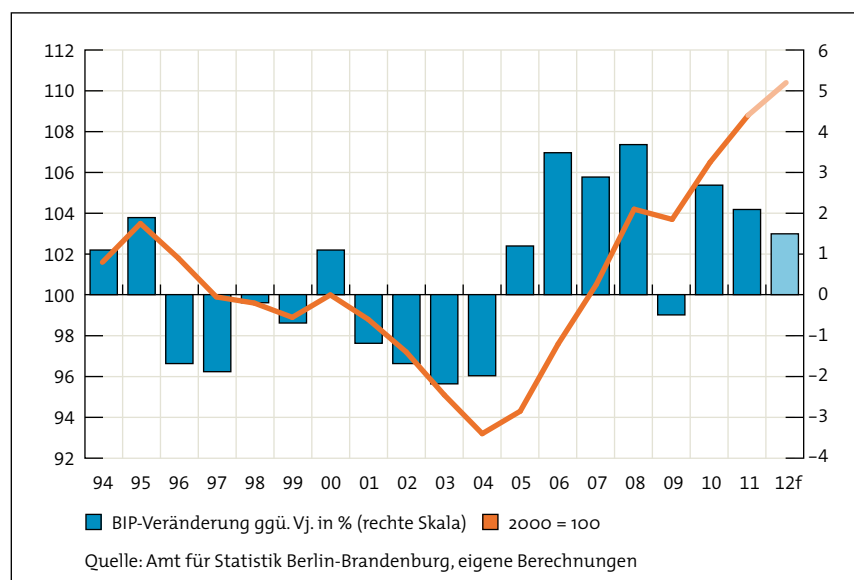
Alles in allem ist Berlin eine attraktive Stadt mit insgesamt guten Perspektiven. Deshalb dürften die Preise für Wohnimmobilien bei einer möglichen Korrektur des Marktes künftig nicht, allenfalls nur geringfügig, fallen. Für 2013 erwarten wir eine abnehmende Preisdynamik auf hohem Niveau. Sollten sich entgegen dieser Annahme negative Preisentwicklungen ergeben, sehen wir hierdurch keine negativen Auswirkungen auf die Berliner Volkswirtschaft im Allgemeinen und die Kreditrisiken im Bankensektor im Speziellen, da die Banken entgegen den Praktiken der letzten Preiswelle keine expansive Kreditpolitik betrieben haben. Sollte es

zu einer Preisbereinigung kommen, wäre hiervon im Wesentlichen das erhöht eingebrachte Eigenkapital betroffen.

Insgesamt passen die Entwicklung der Kreditvergabe und die verstärkte Eigenkapitalfinanzierung in das derzeitige volkswirtschaftliche Bild. Schließlich sind die Investoren aufgrund der Euro-Krise verunsichert und suchen einen sicheren Hafen für ihre Kapitalanlage.

Im Ergebnis sind die Perspektiven für die Berliner Wirtschaft im nächsten Jahr grundsätzlich positiv. Berlin wird auch 2013 wieder eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen können.

Bruttoinlandsprodukt in Berlin



Die vorliegenden Prognosen sind jedoch durch ein hohes Maß an Unsicherheit charakterisiert. Sollte etwa das weltwirtschaftliche Wachstum hinter den Erwartungen zurückbleiben oder sich die Schuldenkrise erneut verschärfen, wäre eine schwächere Entwicklung als prognostiziert wahrscheinlich. Es ist aber auch vorstellbar, dass sich einige europäische Krisenländer schneller erholen und sich die Weltwirtschaft stärker beschleunigt. Dann wird auch die deutsche bzw. die hauptstädtische Wirtschaft davon profitieren.

In Anbetracht dieser gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden in den einzelnen Geschäftsfeldern der Bank unterschiedliche Entwicklungen im wirtschaftlichen Ergebnis erwartet.

Insgesamt rechnet die IBB für 2013 vor allem aufgrund der Reduzierung der Risiken im Wertpapierportfolio und der zu erwartenden geringfügig steigenden Zinssätze mit einem leicht rückläufigen Zinsüberschuss.

Weiterhin ist es Ziel der IBB, den Verwaltungsaufwand im nächsten Jahr trotz einer erwarteten Preissteigerungsrate von 2,0 % durch ein konsequentes Kostenmanagement nahezu konstant zu halten. Negativen Einfluss auf den Verwaltungsaufwand werden jedoch die umfangreichen Projektaktivitäten zur Umsetzung regulatorischer Themen haben.

Die Förder-Cost-Income-Ratio wird sich aufgrund der leicht rückläufigen Erträge und der nahezu konstanten Verwaltungskosten leicht erhöhen.

Mit Blick auf die sich stetig verbessernde Bonitätsstruktur unserer Kunden im Förderkreditgeschäft sowie im Hinblick auf den bereits deutlichen Abbau von Risiken im Wertpapierportfolio wird ein deutlicher Rückgang in der Risikovorsorge erwartet.

Die zu erwartende Bilanzsumme wird sich in Kompensation zu der erwarteten Ausweitung der Neugeschäftsaktivitäten im Fördergeschäft und der planmäßigen Reduzierung des Wertpapierportfolios leicht über den Werten des Berichtsjahres darstellen.

Insgesamt werden sich keine grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Bank ergeben. Die Bank wird weiterhin Förderprogramme und Prozesse verbessern und optimieren. Die Schwerpunkte liegen dabei in der Wahrung der Förderkontinuität in den Bereichen der Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung des Standortes Berlin. Für die Neugeschäftstätigkeit wird ein konstantes Wachstum unterstellt. In den Geschäftsfeldern der Wirtschafts- und Immobilienförderung wird weiterhin an einer bedarfsorientierten Optimierung und Stärkung des Produktportfolios gearbeitet.

In der Wirtschaftsförderung wird mit einer weiterhin hohen Nachfrage im Bereich der Wachstums- und Investitionsfinanzierungen gerechnet. Dafür sprechen zum einen die stabilen Rahmenbedingungen der Berliner Wirtschaft und zum anderen ein zurückhaltendes Kreditvergabeverhalten der Geschäftsbanken aufgrund verschärfter Eigenkapitalerfordernisse.

Vor diesem Hintergrund wird die IBB verstärkt das IBB-Wachstumsprogramm in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen und Berliner Unternehmen in Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken maßgeschneiderte Finanzierungen für eine erfolgreiche unternehmerische Zukunft anbieten. Für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) bietet die IBB maßgeblich darlehensbasierte Produkte an, die darauf ausgerichtet sind, dass sich Unternehmen nach der Phase der Gründung weiter am Markt etablieren können. Jungen Startups mit innovativen Geschäftsideen aus der boomenden digitalen Wirtschaft steht die IBB-Beteiligungsgesellschaft mit Venture Capital zur Seite.

Der Schwerpunkt in der Zuschussförderung liegt unverändert in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Ziel ist es, Investitionsvorhaben zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen mit nicht rückzahlbaren Mitteln zu fördern.

Im Fokus der Technologieförderung steht weiterhin die Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den von den Ländern Berlin und Brandenburg in der gemeinsamen Innovationsstrategie „innoBB“ definierten Clustern IKT/Medien und Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Energietechnik und Optik.

In den nächsten beiden Geschäftsjahren soll das Produktangebot mit Haftungsübernahmen weiter ausgebaut werden. So verhandelt die IBB mit dem Senat darüber, „Berlin Kredit Innovativ“ über die Ende des Jahres 2013 auslaufende Pilotphase hinaus zu verstetigen. Darüber hinaus wurde zu Beginn dieses Jahres der EFRE-Bürgschaftsfonds beschlossen. Dadurch kann die IBB Bürgschaften zwischen 1,25 bis 5 Mio. EUR kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung stellen. Mit dieser Weiterentwicklung ihres Produktportfolios reagiert die IBB auf die Marktsignale und hat weiterhin zum Ziel, Risikopartnerschaften auszubauen. Hingegen sind Zinssubventionen weniger im Fokus der IBB und werden stetig an Bedeutung verlieren.

Das Geschäftsvolumen im Segment Wirtschaftsförderung wird auch 2013 weiterhin maßgeblich durch das Programm „Berlin Infra“ und den Verlauf von Sondergeschäften auf Veranlassung des Landes Berlin beeinflusst werden.

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung liegt der Schwerpunkt der Fördermaßnahmen unverändert in der Unterstützung der klimapolitischen Ziele des Landes Berlin. Aus diesem Grund wird die Erweiterung des Programms IBB Energetische Gebäudesanierung auf den Eigenheimbereich angestrebt, um über den Mietwohnungsbau hinaus Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz sowie zur Reduzierung von CO₂-Emissionen unterstützen zu können.

Im Hinblick auf den demografischen Wandel in der Berliner Bevölkerung bleibt aber auch die Finanzierung von Investitionsvorhaben zur Förderung der Barrierefreiheit und zur Schaffung von neuen Wohnformen im Alter im förderpolitischen Fokus.

Bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Barrierereduzierung erwarten wir im Zuge der erfolgreichen Einführung des Programmes „IBB WEG-Finanzierung“ eine verstärkte Nachfrage von Wohnungseigentümergeinschaften nach der Durchleitung zinsgünstiger KfW-Programme.

Die IBB wird die Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken intensivieren und durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen weitere Eigentümer von Wohnimmobilien mittelbar fördern. Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ wird die IBB Infrastrukturmaßnahmen von kommunalen Unternehmen begleiten.

In den Fokus rückt zudem die Förderung des Wohnungsneubaus. Die IBB wird den prämierten Siegern des genossenschaftlichen Neubauwettbewerbs 2012 zur Realisierung ihrer Bauvorhaben Förderprämien in Form von zinslosen Darlehen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus arbeitet die IBB eng mit dem Land Berlin an einer Konzeption zum Wiedereinstieg in die sozialverträgliche Wohnraumförderung zusammen.

Insgesamt wird im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung für das Geschäftsjahr 2013 ein Bewilligungsvolumen in Vorjahreshöhe erwartet.

Einhergehend mit den volatilen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden die im Geschäftsfeld Treasury begründeten Risiken in den Geld- und Kapitalmarktpositionen weiterhin planmäßig reduziert werden. Diese Entwicklung wird sich positiv auf die Risikotragfähigkeit der Bank auswirken. Wir gehen davon aus, dass die Risikotragfähigkeit jederzeit sichergestellt sein wird.

Mit Blick auf die anstehenden umfangreichen Änderungen im bankaufsichtlichen Meldewesen (Basel III, CRD IV) führt die Bank ein Projekt zur Umsetzung der neuen Anforderungen durch. Die Bank geht davon, dass die neuen Anforderungen fristgerecht erfüllt und die aufsichtsrechtlichen Kennziffern eingehalten werden können.

Ab 2014 beginnt für die EU eine neue Förderperiode 2014 bis 2020. Aus diesem Anlass werden insbesondere die Regularien für die Vergabe von Mitteln aus den so genannten EU-Strukturfonds, z. B. aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), überarbeitet. Den bislang vorliegenden Verordnungsentwürfen mit allgemeinen Vorschriften für die Strukturfonds ist eine Konzentration der künftigen Förderung auf die EU-2020-Ziele zu entnehmen.

Die neue Förderperiode bietet durch die thematische Fokussierung und Betonung der Nachhaltigkeit grundsätzlich die Chance, die von der IBB betreuten, mit EFRE-Mittel kofinanzierten, revolvingenden Fonds weiter auszubauen. Aufgrund der Sparnotwendigkeit der Haushalte ist mit einer deutlichen Reduzierung der insgesamt zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel zu rechnen. Somit besteht für die IBB grundsätzlich die Gefahr, dass die EFRE-Kofinanzierung einzelner Förderprogramme reduziert oder gar entfallen wird. Da die von der IBB betreuten Förderprogramme jedoch absehbar eine wichtige Säule zur Erreichung der EU-2020-Ziele darstellen, sollten die von der IBB betreuten Förderprogramme von den erwarteten Kürzungen weniger stark betroffen sein als andere. Ansonsten ist eine

Kompensation durch Reduzierung von Fördersätzen oder Ersatz durch Landesmittel denkbar. Die Festlegung, wie viele EFRE-Mittel im Einzelnen der IBB zur Verfügung gestellt werden, obliegt dem Land Berlin.

Neben den inhaltlichen Anforderungen und dem finanziellen Rahmen sind auch die administrativen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der EU-Förderung für die Bank von Bedeutung. Aktuell sind die künftigen Berichtsanforderungen und/oder Änderungen hinsichtlich der benötigten IT-Abbildung noch nicht final definiert. Die Bank bereitet sich daher aktiv durch Reservierung entsprechender Entwicklungsressourcen darauf vor, auch kurzfristig eventuell aufkommende Anforderungen fristgerecht umsetzen zu können.

Die Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen wurden erst Anfang Februar 2013 auf EU-Ebene abgeschlossen. Ursprünglich geplant war eine Einigung im November 2012. Da aber nur auf der Basis des im Februar erzielten Ergebnisses die Budgetverhandlungen für die einzelnen Operationellen Programme erfolgen können, ist angesichts der bis zum 1.1.2014 verbleibenden Zeit eine Verschiebung der neuen Förderperiode nicht ausgeschlossen.

Aufgrund der so genannten „n+2“-Regelung, nach der Mittel der EU-Förderperiode 2007–2013 auch in den zwei Folgejahren ausgegeben werden dürfen, ist jedoch bei einem verzögerten Programmstart – wie in der vorangegangenen Periode – aus heutiger Sicht keine Förderlücke zu erwarten. In den Vorbereitungstätigkeiten für die neue Förderperiode setzt die IBB alles daran, das Land auf Programm- und Produktebene zu unterstützen.

Außer den Änderungen in der Strukturfondsförderung werden im Rahmen der neuen Förderperiode auch die EU-beihilferechtlichen Regularien überarbeitet. Ein Großteil dieser Vorschriften ist bis zum 31.12.2013 befristet. Da die Konsultationen auch hier länger andauern als bisher geplant, ist zu erwarten, dass für die Bank wesentliche Regime seitens der EU-Kommission über den 31.12.2013 hinaus verlängert werden.

Zusammenfassend erwartet die Geschäftsleitung somit in 2013 ein zufriedenstellendes Jahr. Die Bank geht davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis in einem weiterhin schwierigen Umfeld gegenüber dem Berichtsjahr leicht reduzieren wird. Im Vergleich zum Vorjahr erwartet sie eine weiterhin stabile Vermögens- und Finanzlage.

Risikobericht

Risikomanagement

Die Investitionsbank Berlin (IBB) ist die Förderbank des Landes Berlin und hat als übergeordnetes Unternehmensziel einen gesetzlich verankerten Förderauftrag. Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Zur Unterstützung einer nachhaltigen, erfolgreichen Geschäftsentwicklung der IBB wurde auch im Geschäftsjahr 2012 eine konzernweite Risikostrategie erstellt. Grundlage der Risikostrategie ist die Geschäftsstrategie der IBB. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie Handlungsempfehlungen zur Sicherstellung eines angemessenen Risikoprofils. Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgte dabei in einer Risikoinventur unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der Bank. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Die Risikostrategie ist ein integraler Bestandteil des Risikomanagementprozesses der Bank, in dem Risiken gezielt begründet, identifiziert, bewertet, aggregiert und überwacht werden. Dadurch kann jederzeit sichergestellt werden, dass alle aus den Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken ertragsorientiert unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals eingegangen werden.

Vor dem Hintergrund sich stetig verändernder interner sowie auch externer Rahmenbedingungen wird dieses System kontinuierlich weiterentwickelt. Die Bank steuert die eingegangenen Risiken mit Hilfe eines Rahmenwerks von Risikogrundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Prozessen zur Risikomessung und -überwachung. Der Prozess des Risikomanagements wird dabei von einem funktional sowie organisatorisch unabhängigen Risikocontrolling begleitet.

Grundsätze im Risikomanagement

Im Rahmen des Risikomanagements handelt die Bank nach folgenden Grundsätzen:

- ↳ Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank.
- ↳ Die bindende Leitlinie für die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit ist die Geschäftsstrategie der IBB.
- ↳ Der Vorstand legt auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation, der Personalkapazität und der technisch-

organisatorischen Ausstattung sowie der Einschätzung der mit dem Geschäftsbetrieb verbundenen Risiken die Risikostrategie fest.

- Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.
- Die Steuerung der Risiken und Prozesse erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung bankinterner Anforderungen und in Angemessenheit der Art, des Umfangs und der Komplexität der Geschäftsaktivitäten der IBB.
- Im Rahmen einer quartalsweise erfolgenden, alle wesentlichen Risiken beinhaltenden Berichterstattung wird das Aufsichtsorgan der IBB umfassend über die Risikolage der Bank informiert.

Organisation des Risikomanagements

Eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risikoüberwachenden Bereichen ist vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt. Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risikocontrolling delegiert, das als Abteilung dem Bereich Controlling zugeordnet ist. Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risikocontrolling sind

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken,
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der relevanten Arten von Risiken,
- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Gesamtbankrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt quartalsweise in Form eines umfassenden Risikoberichtes, der einen Überblick über sämtliche Risiken der Bank gibt. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Im Rahmen des jährlichen Strategie- und Budgetierungsprozesses bestimmt der Vorstand auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie, das Limit für das ökonomische Kapital und allokiert dieses auf

die Risikoarten und die Segmente. Der Vorstand achtet dabei auf ein der Risikostrategie entsprechendes Verhältnis zwischen dem Limit für das ökonomische Kapital und dem Risikodeckungspotenzial.

Der Vorstand der IBB überprüft regelmäßig die Einhaltung der Normen, die methodischen Standards und die Qualität des Risikomanagements der IBB.

Die Revision ist als organisatorisch unabhängige Organisationseinheit direkt dem Vorstand unterstellt und überwacht die Einhaltung der Kriterien und Abläufe zur Risikoüberwachung und -steuerung durch interne Prüfungen. Sämtliche Prozesse und Verantwortlichkeiten der Risikoüberwachung und -steuerung sind in einem Handbuch Risiko schriftlich dokumentiert und im Intranet der Bank veröffentlicht.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Arten von Risiken

Die wesentlichen Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit. Im Risikocontrolling unterscheidet die IBB zwischen den Risikoarten:

- ↳ Adressenausfallrisiko einschließlich des Länderrisikos
 - Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten-, Anteilseigner- und Länderrisiko
- ↳ Spreadrisiko
- ↳ Beteiligungsrisiko
 - Marktpreis- und Kreditrisiko
- ↳ Marktpreisrisiko
 - Zinsänderungsrisiko
- ↳ Operationelles Risiko
- ↳ Sonstiges Risiko (einschließlich Liquiditätsrisiko)

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene der Gesamtbank erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Vom Risikomanagement nicht erfasst sind lediglich Management- und Reputationsrisiken.

Inanspruchnahme von Erleichterungsregelungen

Die IBB nimmt die folgenden, nach KWG und den MaRisk möglichen wesentlichen Erleichterungsregeln in Anspruch:

Das Länderrisiko wird weiterhin nicht separat limitiert, da es für das Förderkreditportfolio unwesentlich ist. Für das Geld- und Kapitalmarktportfolio der Bank wird das Spektrum an Engagements, welche ein Länderrisiko induzieren, im Rahmen der Globalvorlage festgelegt, regelmäßig überprüft und durch den Vorstand der IBB beschlossen. Zur Identifikation von Risikokonzentrationen aus Länderrisiken erfolgt im Risikocontrolling der Bank mindestens einmal jährlich eine Analyse. Eine Berichterstattung an den Vorstand und eine Überprüfung der Angemessenheit der Inanspruchnahme der Erleichterungsregelung bezüglich der Länderrisiken erfolgen mindestens einmal jährlich.

Das Anteilseignerrisiko resultiert aus den strategischen Beteiligungen der IBB. Aufgrund des geringen Verlustrisikos (Anteil am Gesamtbankrisiko < 0,5 %) der strategischen Beteiligungen der IBB wird das Anteilseignerrisiko als nicht wesentliches Risiko klassifiziert. Ungeachtet dessen wird das Anteilseignerrisiko als Bestandteil des Adressenausfallrisikos monatlich ermittelt und bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko der IBB ist als nicht wesentliches Risiko klassifiziert und wird nicht explizit als separate Risikoart in die Risikotragfähigkeit einbezogen. Um sicherzustellen, dass das Liquiditätsrisiko angemessen in den Risikosteuerungs- und -controllingprozessen berücksichtigt wird, erfolgt jedoch bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit eine pauschale Berücksichtigung in der Risikoart „sonstige Risiken“. Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko monatlich quantifiziert und auf der Grundlage von Stressszenarien analysiert. Die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin ermöglicht es der IBB, sich jederzeit an den Geld- und Kapitalmärkten mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten zu versorgen.

Risikotragfähigkeit

Die MaRisk fordern, dass die wesentlichen Risiken der Bank durch das Risikodeckungspotenzial fortlaufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist mit dem Ziel einer dem spezifischen Risikoprofil der Bank angepassten Risiko- und Kapitalsteuerung. Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die

Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil der Bank betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Die IBB misst die Risikotragfähigkeit wertorientiert. Dazu werden die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen. Risikomindernde Diversifikationseffekte werden ausschließlich innerhalb der Adress- und Spreadrisiken gerechnet. Diese werden mit Hilfe des integrierten Adress- und Spreadrisikomodells monatlich neu quantifiziert.

Die Zielfunktion der wertorientierten Risikotragfähigkeit ist die Steuerung des Risikokapitals zur Sicherstellung eines langfristigen Going Concern der Bank. Zur Bestimmung der wertorientierten Risikotragfähigkeit wird in einem monatlichen Turnus das Verlustrisiko ermittelt und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt.

Mit dem Berichtsstichtag 30.06.2012 erfolgte die Umstellung des Risikomodells zur Quantifizierung der Adressrisiken auf den Mark-to-Model-Modus (MtM-Modus). Mit der Einführung des Risikomodells im MtM-Modus wird die bisher angewandte reine Verlustsicht auf das Adressrisiko durch eine Performancesicht ersetzt. Im Rahmen dieser wertorientierten Bestimmung des Adressrisikos werden für die Positionen des Geld- und Kapitalmarktportfolios auch potenzielle Wertänderungen aufgrund von Bonitätsmigrationen berücksichtigt, die nicht unmittelbar an Ausfallereignisse gebunden sind.

Die Geschäfte des Förderkreditportfolios werden gemäß einer „buy and hold“-Strategie bis zum Laufzeitende gehalten. Bei der Quantifizierung der Risiken für dieses Portfolio werden deshalb ausschließlich Risiken berücksichtigt, die aus dem Ausfall von Geschäftspartnern resultieren, jedoch bezogen auf die im Vergleich zu den Nominalwerten in der Regel höheren Modell- bzw. Marktwerte.

Die Geschäfte des Geld- und Kapitalmarktportfolios werden im Rahmen der Adressenausfallrisikoquantifizierung auf Geschäftspartnerebene mit bonitäts- und branchenspezifischen Credit Spreads bewertet. Durch die Anwendung dieses differenzierten Bewertungsverfahrens können sowohl branchen- als auch ratingspezifische Spread-Entwicklungen berücksichtigt werden und Auswirkungen von Spread-Veränderungen auf die Vermögenslage im Normal Case und in Stressszenarien wesentlich risikosensitiver und somit realistischer bestimmt werden.

Zum 31.12.2012 betrug die Auslastung des zur Verfügung gestellten Risiko-deckungspotenzials 71%. Damit veränderte sich vergleichsweise zum 31.12.2011 das freie Risikodeckungspotenzial um 11 Prozentpunkte. Die höhere Auslastung des Risikodeckungspotenzials resultiert aus verschiedenen, zum Teil gegenläufigen Effekten. Die De-Risking-Strategie führte zu einer Verringerung der Abzugspositionen und zu einem geringeren Kontrahenten- und Spreadrisiko. Die in 2012 rückläufigen Credit Spreads für die Branche Öffentliche Hand Ausland wirkten ebenfalls entlastend. Demgegenüber wirkte sich die Modellanpassung auf den Mark-to-Model-Modus adress- und spreadrisikoerhöhend und damit belastend auf die Risikotragfähigkeit aus.

Die wertorientierte Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2012 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

**Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin
in Mio. EUR**

	31.12.2012		31.12.2011	
Risikodeckungspotenzial – Limit	851,9	100 %	582,8	100 %
Adressenausfallrisiko (2012 MtM)	331,8	39 %	153,3	26 %
davon Kreditrisiko	164,2	19 %	102,3	18 %
davon Emittenten-, Kontrahentenrisiko	93,7	11 %	32,7	6 %
Spreadrisiko	111,9	13 %	109,5	19 %
Beteiligungsrisiko	11,6	1 %	10,4	2 %
Marktpreisrisiko	19,3	2 %	19,4	3 %
Operationelles Risiko	62,8	7 %	65,8	11 %
Sonstige Risiken (inkl. Liquiditätsrisiko)	10,0	1 %	10,0	2 %
Gesamtbankrisiko	609,0	71 %	349,1	60 %

Um das Risikoprofil der Bank auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird außer den Verfahren zur Bestimmung der Verlustrisiken unter normalen Marktbedingungen regelmäßig ein breites Spektrum an Stress- und Szenarioanalysen für alle wesentlichen Risiken und Risikoarten durchgeführt. Die Analysen werden dabei auf der Basis der für die jeweiligen Risiken identifizierten wesentlichen Risikofaktoren, isoliert auf die einzelnen Risikoarten als auch risikoübergreifend, durchgeführt. Im Rahmen der Stress- und Szenarioanalysen werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in geeigneten historischen, hypothetischen und inversen Szenarien abgebildet. Die Angemessenheit der Stress- und Szenarioanalysen sowie deren zugrunde liegende Annahmen werden mindestens jährlich überprüft und die Ergebnisse bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Aus den Ergebnissen leitet das Risikocontrolling regelmäßig Handlungsvorschläge für den Vorstand der IBB ab, so dass die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse zeitnah an sich ändernde Bedingungen angepasst werden können.

Risikomanagementprozess Adressenausfallrisiko

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizierung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressenausfallrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99 %-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Die Bestimmung der Adressrisiken für das Geld- und Kapitalmarktportfolio erfolgt seit Mitte 2012 mit einem Mark-to-Model-Ansatz, der auch Migrationen zwischen den Ratingklassen berücksichtigt. Für das Förderkreditportfolio werden seitdem anstelle von Nominalwerten in der Regel höhere Modellwerte verwendet.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressenausfallrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, welches ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risikocontrolling.

Eine Limitierung erfolgt auf der Grundlage von festgelegten Limiten für Global- und Einzelgeschäfte. Diese werden vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limite wird durch den Bereich Kreditbetreuung täglich überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Kreditkomitee eingerichtet, das sich mit Risikofragen im Förderkreditgeschäft und im Geschäft mit institutionellen Kunden beschäftigt. Außerdem werden dort alle die Kreditbearbeitung betreffenden operationellen Risiken erörtert.

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbemessung wendet die IBB den Kreditrisiko-Standardansatz nach § 24 SolvV an.

In einem mindestens jährlichen Turnus werden wesentliche Modellparameter der Kreditrisikomodelle, wie Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten, Korrelationsparameter oder Risikofaktoren, auf ihre Validität überprüft und erforderlichenfalls angepasst.

Die IBB nutzt in nennenswertem Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Realsicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken.

Kreditrisiko

Im Fokus des Kreditgeschäftes der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung. Aufgrund der Struktur des Kreditportfolios ist die Entwicklung der Risiken der IBB auch weiterhin eng mit der Entwicklung des Berliner Marktes für Wohnimmobilien verbunden.

In den Segmenten Wirtschaftsförderung, Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau beträgt das Gesamtengagement zum Bilanzstichtag insgesamt 14.286,1 Mio. EUR. Davon induzieren ca. 64,6 % (9.229,6 Mio. EUR) kein Adressenausfallrisiko für die IBB, wobei 4.895,3 Mio. EUR nicht im Risiko der IBB und 4.334,3 Mio. EUR durch Bürgschaften/Garantien oder vergleichbare Erklärungen des Landes Berlin oder des Bundes gesichert sind.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Darlehen nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB keine Adressenausfallrisiken. Diese sind dennoch Gegenstand des Kreditrisikomanagement-Prozesses. Die Refinanzierung der Förderdarlehen im aktuellen IBB-Portfolio erfolgte durch die Aufnahme von Mitteln am Geld- und Kapitalmarkt, aber auch durch Mittel des Landes Berlin oder der Europäischen Union.

Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGVO-Masterskala in %

Ratingklasse	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit	< 0,2	0,3 bis	1,3 bis	10,0	Ausfall	7,0

Kredite im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet	Gesamt	mCVaR ¹
Wirtschaftsförderung	710,7	200,8	1.095,2	0,1	20,6	8,2	2.035,7	21,8
Mietwohnungsbau	2.186,6	2.386,1	1.342,0	206,7	131,7	136,2	6.389,4	115,2
Eigentumsmaßnahmen	8,5	280,1	592,5	19,4	63,4	1,9	965,7	27,2
Inanspruchnahme Gesamt	2.905,8	2.867,0	3.029,8	226,2	215,8	146,2	9.390,8	164,2
in %	30,9	30,5	32,3	2,4	2,3	1,6	100,0	—
(marginaler) CVaR	7,9	34,1	70,6	38,7	0,0	12,9	164,2	—
in %	4,8	20,8	43,0	23,6	0,0	7,9	100,0	—

¹ marginaler Credit Value at Risk

Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet	Gesamt
Wirtschaftsförderung	9,2	1,2	3,4	0,1	32,4	63,3	109,6
Mietwohnungsbau	594,9	1.372,80	765,1	577,4	835,4	449,7	4.595,30
Eigentumsmaßnahmen	97,3	40,7	16,6	2,2	32,9	0,8	190,4
Inanspruchnahme Gesamt	701,4	1.414,70	785,1	579,6	900,7	513,8	4.895,30
in %	14,3	28,9	16,0	11,8	18,4	10,5	100,0

Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Geschäftsfeldes Treasury. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Strukturierte Kreditprodukte sind nicht Bestandteil des Portfolios. Bestehende Auslandsengagements der Bank resultieren nahezu vollständig aus dem Treasury-Geschäft.

Inanspruchnahme Geld- und Kapitalmarktgeschäft nach Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet	Gesamt	mCVaR
Treasury	6.082,2	118,8	0,0	0,0	0,0	0,0	6.201,0	93,7
in %	98,1	1,9	—	—	—	—	100,0	—
davon Ausland	3.585,4	48,0	—	—	—	—	3.633,4	66,0
(marginaler) CVaR	88,0	5,6	—	—	—	—	93,7	—
in %	94,0	6,0	—	—	—	—	100,0	—

Anteilseignerrisiko

Anteilseignerrisiken bestehen für die IBB insbesondere in potenziellen Verlusten, die aus der Bereitstellung von Eigenkapital oder Krediten an Unternehmen entstehen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Die daraus entstehenden Risiken werden durch das Risikocontrolling ermittelt und überwacht. Die Steuerung der Anteilseignerrisiken erfolgt im Beteiligungsmanagement der IBB.

Aufgrund der Unwesentlichkeit des Anteilseignerrisikos für die Bank wurde für diese Risikoart kein Verlustrisikolimit festgelegt. Eine Berichterstattung zu dem Anteilseignerrisiko erfolgt nur bei wesentlichen Änderungen der Risikoposition.

Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmerspezifischen, marktinduzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereiches hinweg.

Spreadausweitungen können selbst bei unveränderter Ratingeinstufung von Adressen des Geld- und Kapitalmarktes erfolgen und erhebliche Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit der Bank haben.

Spreadrisiken entstehen für die Bank ausschließlich aus Positionen des Geld- und Kapitalmarktportfolios. Spreadrisiken sind innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset-Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene.

In der IBB werden die Adressenausfall- und Spreadrisiken des Portfolios in einem integrierten Ansatz bestimmt und somit die Abhängigkeiten zwischen beiden Risikoarten berücksichtigt. Damit ist die Bank in der Lage, neben den im Adressenausfallrisikomodell verwendeten Inter- und Intra-Bonitäts-Branchenkorrelationen auch Inter- und Intra-Spread-Branchenkorrelationen sowie die Inter-Spread-Bonitäts-Korrelationen zu berücksichtigen. Neben dem systematischen Einfluss wird dabei auch das kreditnehmerspezifische Risiko beachtet.

Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR). Der CSVaR ergibt sich aus der Abweichung des ermittelten Value at Risk zum erwarteten Gewinn bzw. Verlust, gerechnet mit einem 99 %-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr. Neben dem Credit Spread Value at Risk wird als weitere Kennzahl zur Bestimmung des Spreadrisikos in ungewöhnlichen Marktsituationen der Conditional Value at Risk verwendet.

Spreadrisiken (CSVaR) nach Ratingklassen und Branchen in Mio. EUR

Rating	1			2-3	4-7	8-12	13-15	CSVaR	Δ CSVaR/	
	AAAA/AAA	AA+/AA-	A+/A/A-						2011	IA in %
Banken und Versicherungen Inland	7,9	1,2	7,5	0,0	0,9	0,0	0,0	17,4	4,1	1,5
Banken und Versicherungen Ausland	2,1	19,8	18,5	0,5	3,7	0,0	0,0	44,5	2,0	1,6
davon PIIGS-Risiken	0,0	0,0	0,9	0,0	3,7	0,0	0,0	4,5	-0,3	2,6
Öffentliche Hand Inland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentliche Hand Ausland	6,4	19,2	19,6	0,0	0,0	0,0	0,0	45,2	-4,9	5,6
davon PIIGS-Risiken	0,0	0,0	13,3	0,0	0,0	0,0	0,0	13,3	-14,4	6,5
Corporates	0,0	0,0	4,8	0,0	0,0	0,0	0,0	4,8	1,2	3,2
Summe CSVaR								111,9	2,4	1,8

Die wesentlichen Risikofaktoren für die Entwicklung der Spreadrisiken im Geld- und Kapitalmarktportfolio stellen Credit-Spread-Veränderungen der Branchen Banken und Öffentliche Hand Ausland dar.

Der Anteil des Spreadrisikos der PIIGS-Staaten für die Branche Banken und Versicherungen des Auslands am Gesamt-Spreadrisiko beträgt 4,1 %. Der Anteil des Spreadrisikos der PIIGS-Staaten für die Branche Öffentliche Hand des Auslands am Gesamt-Spreadrisiko beträgt 11,8 %.

Der moderate Anstieg des Spreadrisikos beruht auf zwei gegenläufigen Effekten: So sind die Credit Spreads für Banken gestiegen, während die Spreads für die Branche Öffentliche Hand Ausland zurückgegangen sind. Zudem wirkt sich der deutliche Abbau des PIIGS-Exposure risikoentlastend aus.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die IBB die Risiken im Bereich Öffentliche Hand Ausland, insbesondere in den Krisenstaaten, deutlich zurückgefahren hat. Zum Berichtsstichtag bestehen im Wertpapierportfolio nahezu keine stillen Lasten mehr.

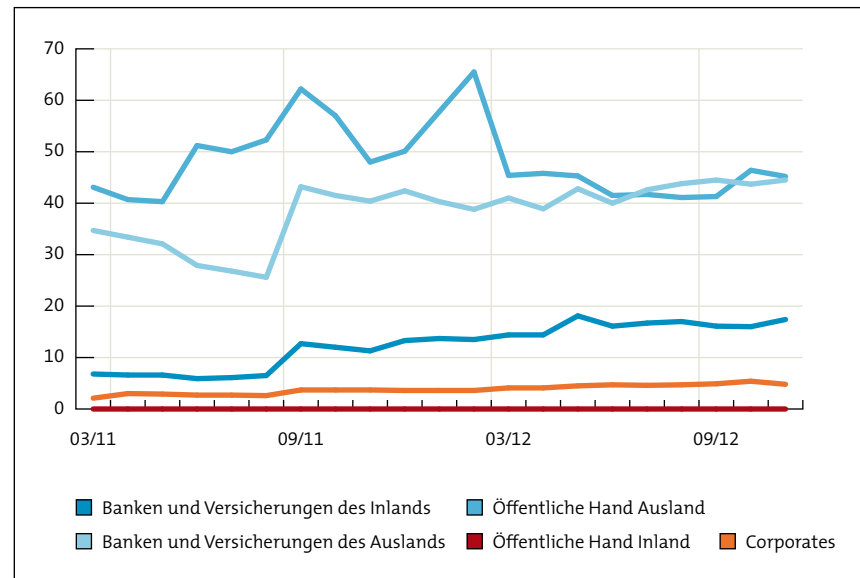
Ausländische Wertpapiere mit dem Fokus PIIGS-Staaten in Mio. EUR
(Stichtag 31.12.2012)

Land	Nominal		Buchwerte		Marktwerte	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Italien	353,0	308,0	353,4	307,9	318,0	311,1
davon Staat	150,0	150,0	152,8	152,2	135,5	155,5
davon Banken	203,0	158,0	200,6	155,6	182,5	155,6
Spanien	300,0	75,0	300,8	72,3	290,5	72,3
davon Staat	100,0	55,0	101,9	54,5	97,5	54,5
davon Banken	200,0	20,0	198,8	17,9	193,0	17,9
Griechenland	75,0	0,0	21,7	0,0	14,4	0,0
davon Staat	75,0	0,0	21,7	0,0	14,4	0,0
davon Banken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Irland	40,0	0,0	39,3	0,0	38,6	0,0
davon Staat	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Banken	40,0	0,0	39,3	0,0	38,6	0,0
Portugal	81,0	0,0	79,2	0,0	58,5	0,0
davon Staat	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Banken	81,0	0,0	79,2	0,0	58,5	0,0
Gesamt PIIGS	849,0	383,0	794,4	380,2	720,0	383,5
Sonstige Länder	2.654,6	3.111,1	2.643,5	3.129,0	2.633,0	3.287,2
Gesamt	3.503,6	3.494,1	3.437,9	3.509,2	3.353,0	3.670,7

Die Entwicklung der Spreadrisiken für das Geld- und Kapitalmarktportfolio der Bank werden in der nachfolgenden Abbildung verdeutlicht. Wesentlich für die Spreadrisiken der Bank war die Entwicklung der Bran-

chen Banken und Öffentliche Hand Ausland als Folge der Schuldenproblematik der europäischen Haushalte.

Spreadrisiken nach Branchen im Zeitverlauf in Mio. EUR



Beteiligungsrisiko

Um die Risiken des Venture-Capital-Portfolios der IBB bestimmen und steuern zu können, verwendet die IBB ein erweitertes Kreditrisikomodell. Das Modell berücksichtigt die Risiken der VC-Gesellschaften, die wiederum Beteiligungen an Unternehmen eingehen. Das Ziel dieser Gesellschaften ist es, aus dem Beteiligungsportfolio eine positive Rendite durch die Wertmaximierung der Portfoliounternehmen zu erzielen. Dabei soll der Gewinn regelmäßig aus der Veräußerung des Portfoliounternehmens am Ende der zeitlich befristeten Investitionsphase realisiert werden. Die Investments der Gesellschaften unterliegen dem Beteiligungsrisiko (Konzern), das neben dem klassischen Kreditrisiko potenzielle negative Vermögenswertänderungen (Buchwertabschreibung bzw. Fair-Value-Reduzierung) berücksichtigt, die im Rahmen der laufenden Überwachung oder des Veräußerungsprozesses der Portfoliounternehmen aufgrund von Marktpreisschwankungen eintreten können. Das verwendete Modell bestimmt das erforderliche ökonomische Kapital einer Beteiligungsposition als Value at Risk eines Portfoliomodells und bestimmt im Durchschauprinzip das Kredit- und das Marktpreisrisiko in einem integrierten Modellansatz. Das Modell quantifiziert dabei das Risiko aufgrund von Verlustereignissen aus den Beteiligungspositionen auf einen Risikohorizont von einem Jahr. Als Verlustrisiko werden dabei sowohl das Ausfallrisiko als auch das Risiko, dass am Risikohorizont der Wert des Eigenkapitals niedriger ist als der risikolos aufgezinste Betrag des investierten Kapitals, berücksichtigt.

Entwicklung des Beteiligungsrisikos in Mio. EUR

	I. Quart. 2012	II. Quart. 2012	III. Quart. 2012	31.12.2012
Beteiligungsrisiko Konzern ¹	10,3	10,8	11,7	11,6

¹ Die Quartalsangaben stellen Stichtagswerte per Quartalsultimo dar.

Gefährdete Engagements und Risikovorsorge

Die Bearbeitung von Intensiv- und Problemkrediten obliegt grundsätzlich auf die Sanierung bzw. Abwicklung von Krediten spezialisierten Mitarbeitern in dem gesonderten Bereich Kreditrisikobetreuung. Für die erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Bank unterscheidet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen in Anlehnung an IAS 39 und Rückstellungen im Kreditgeschäft. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden einzeln wertberichtigt. Die Höhe einer erforderlichen Risikovorsorge wird dabei unter Berücksichtigung der Werthaltigkeit der Besicherung bestimmt. Für ausfallgefährdete Forderungen der Segmente Eigentumsmaßnahmen und Mikrodarlehen (Mengengeschäft) erfolgt die Ermittlung des erforderlichen Risikovorsorgebedarfs mittels eines maschinellen, pauschalierten Verfahrens. Neben der Identifizierung der Verlustereignisse für einzelne Forderungen werden in dem Verfahren vorhandene Sicherheiten vertragsindividuell berücksichtigt. Zur weiteren Abschirmung latenter Risiken auf Forderungen bildet die IBB für alle nicht individuell oder pauschaliert einzelwertberichtigten Forderungen eine Portfoliowertberichtigung. Der gesamte Risikovorsorgebestand (ohne § 340f HGB) verringerte sich im Berichtsjahr durch Inanspruchnahme des Bestandes sowie Auflösung von Risikovorsorge von 115,1 Mio. EUR auf 92,8 Mio. EUR.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Mio. EUR

	31.12.2012	31.12.2011
Einzelwertberichtigungen	36,1	52,7
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	25,5	31,1
Portfoliowertberichtigungen	19,3	22,4
Rückstellungen im Kreditgeschäft	11,9	8,8
Risikovorsorge Gesamt	92,8	115,1

Für die allgemeinen Bankrisiken bestehen darüber hinaus Vorsorgereserven gemäß § 340f und § 340g HGB.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank ganz überwiegend aus Zinsänderungsrisiken. Das Preisrisiko von Eigenkapitaltiteln ist unwesentlich.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt durch das Treasury der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-at-Risk-Ansatz mittels Historischer Simulation. Der Value at Risk wird für die tägliche Steuerung mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei zehntägiger Haltedauer ermittelt. Der Value-at-Risk-Ansatz der IBB berücksichtigt die relevanten Risikofaktoren wie Zinssätze oder Volatilitäten sowie die Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Teilportfolios. Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 betrugen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 20,1 Mio. EUR. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen durch verschiedene Szenarien. Neben besonderen Kurvenbewegungen sind auch Sensitivitätsanalysen, der aufsichtsrechtliche Zinsschock und inverse Stresstests Bestandteile der Analysen zum Marktpreisrisiko.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt über ein System mit Limiten und Vorwarnstufen, die das Verlustpotenzial aus Marktpreisrisiken, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit, begrenzen. Die Risikolimiten werden mindestens einmal jährlich überprüft und vom Vorstand genehmigt.

Zur Überprüfung der Angemessenheit der Prognosegüte des Modells führt die IBB quartalsweise ein Backtesting nach dem Baseler Ampel-Konzept durch. In 2012 wurde lediglich ein Ausreißer festgestellt. Damit hat das Risikomodell, auch in einem volatilen Marktumfeld, seine hohe Prognosegüte bestätigt.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Die Einhaltung des aufsichtsrechtlichen Grenzwertes von 20 % wird in der IBB täglich geprüft. Der Risikobetrag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war für das Geschäftsjahr 2012 jederzeit kleiner als 20 % der Eigenmittel.

Im Rahmen der Risikoberichterstattung wird der Vorstand über die Risikoentwicklung, die Limitauslastung sowie die Entwicklung des Barwertes des Zinsbuches informiert. In der monatlichen Berichterstattung werden darüber hinaus die Ergebnisse aus Stress- und Szenariorechnungen analysiert. Überschreitungen von Vorwarnstufen und Limiten kamen im Berichtsjahr 2012 nicht vor.

Marktpreisrisiken nach Portfolios in Mio. EUR

Value at Risk, 99 %-Konfidenzniveau, 10 Tage Haltedauer ¹					
Portfolio	31.12.2012	III. Quart. 2012	II. Quart. 2012	I. Quart. 2012	31.12.2011
Limitauslastung Bankbuch	38,6 %	44,1 %	46,0 %	35,1 %	38,7 %
Bankbuch	19,3	22,0	23,0	17,6	19,4
Kreditportfolio	19,4	21,7	23,3	17,5	18,3
Asset- und Geldmarkt-Portfolio	1,6	1,6	1,4	1,9	2,6

¹ Die Quartalsangaben stellen Stichtagswerte per Quartalsultimo dar.

Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis sicherzustellen. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist der Bereich Treasury.

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten in einem Volumen von 1,3 Mrd. EUR durchgeführt, davon 0,9 Mrd. EUR Inhaberschuldverschreibungen und 0,4 Mrd. EUR Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen.

Durch den Solva-Null-Status, die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer war die IBB auch im Jahr 2012 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

In Ergänzung zur LiqV-Steuerung werden im Risikomanagement potenzielle Verluste aus Liquiditätsrisiken ermittelt. Dabei werden neben den LiqV-Parametern alle weiteren bestimmten Zahlungsströme in die Ermittlung des Verlustrisikos mit einbezogen. Aufgrund des hohen Bestandes an EZB-fähigen Wertpapieren im IBB-Portfolio wurden für das Geschäftsjahr 2012 ebenso wie im Vorjahr keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Aus diesem Grund wurde ein transparenter Prozess von der Identifizierung, der Offenlegung bis zur Umsetzung der Maßnahmen zur Risikoreduzierung umgesetzt. In diesen Prozess sind alle Organisationseinheiten eingebunden.

Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die quartalsweise durchgeführte Bestimmung eines Operational Value at Risk auf der Grundlage interner und externer Schadensfälle,
- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC).

Die IBB rechnet einen Operational Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einem Risikohorizont von einem Jahr. Die Datengrundlage des Modells bilden neben internen Schadensfalldaten auch Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR).

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der Baseler Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Der im Oktober 2012 berechnete OpVaR betrug 94,0 Mio. EUR und überschritt das für operationelle Risiken festgelegte Limit in Höhe von 75,0 Mio. EUR. Die Steigerung ist auf Veränderungen in der Struktur des Datenbestands mit der Folge einer signifikanten Verschiebung der Gewichtung der internen und externen Schadensfälle in die Richtung der mit höheren Schadenssummen versehenen externen Schadensfälle zurückzuführen und überzeichnet das Risiko der Bank. Die Risikomessung des operationellen Risikos wird deshalb weiterhin auf den im dritten Quartal 2012 ermittelten Wert in Höhe von 62,8 Mio. EUR abgestellt und die Methodik zur Quantifizierung operationeller Risiken einer Überprüfung unterzogen.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Risikomanagement-Prozesse für die Einzelrisiken und auf Gesamtbankebene integriert berücksichtigt. Risikokonzentrationen resultieren für die IBB aus Ungleichverteilungen von Abhängigkeiten bankspezifischer Risikotreiber.

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adressenausfall- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adressenausfall- und Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

Es werden verschiedene Konzentrationsmaße eingesetzt. Darüber hinaus werden die Kredit-Inanspruchnahme und der marginale Credit (Spread) Value at Risk verwendet. Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Kennzahlen informiert. Außer mit direkten statischen Verfahren werden Risikokonzentrationen aus Adressenausfall- und Spreadrisiken im Portfolio mittels indirekter Verfahren quantifiziert. Dabei lassen sich durch den Vergleich des IBB-Portfolios mit synthetischen Referenzportfolios Aussagen über die dem IBB-Portfolio inhärenten

Risikokonzentrationen treffen, aber auch die Wirkungen der Konzentrationen im IBB-Portfolio auf das ökonomische Kapital in außergewöhnlichen Marktsituationen analysieren.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Risikokonzentrationen in den Segmenten Mietwohnungsbau und Wirtschaftsförderung sowie die Konzentration auf Deutschland sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB. Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen kaum möglich. Die Steuerung des Kreditportfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-)Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil. Das Geld- und Kapitalmarktportfolio der IBB ist durch ein hohes Portfoliogewicht der Branche Banken geprägt. Zur Reduzierung der potenziellen Auswirkungen dieser Risikokonzentration auf das Risikoprofil der Bank wird das Geld- und Kapitalmarktportfolio sukzessive umgeschichtet. Außerdem wurde das Portfoliovolumen deutlich verringert.

Für das Marktpreisrisiko bestehen – wie bei fast allen Kreditbanken – Risikokonzentrationen hinsichtlich des Risikofaktors Zinsänderungen.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und der quartalsweise erfolgenden Bestimmung eines Operational Value at Risk ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisationsebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen Handlungsbedarf resultiert.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die Einrichtung und wirksame Unterhaltung des den Umständen und Risiken des Unternehmens angemessenen internen Kontrollsystems (IKS) sowie Risikomanagementsystems (RMS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess liegt in der Verantwortung des Bereiches Finanzen.

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Sicherstellung der Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Das interne Kontrollsystem unterstützt die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Tätigkeit, sichert die Zuverlässigkeit der Finanzbericht-

erstattung und die Einhaltung maßgeblicher gesetzlicher Vorschriften sowie interner Managementvorgaben und dient dem Schutz des betrieblichen Vermögens.

Der Rechnungslegungsprozess, der sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses umfasst, ist in einer schriftlich fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen.

Der Rechnungslegungsprozess wird durch Standardsoftware unterstützt, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen ist ein Vier-Augen-Prinzip nach den betriebsinternen Erfordernissen gegeben, wobei eine laufende Weiterentwicklung erfolgt. Systematische Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche dienen sowohl der Vollständigkeitskontrolle als auch der Fehlervermeidung und -entdeckung. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte wird durch die Einbindung des Bereiches Finanzen in den Neue-Produkte-Prozess sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Risikomanagements der operationellen Risiken. Als wesentlich bewertete Risikopotenziale werden im Rahmen der Risiko-Berichterstattung der Bank an den Vorstand kommuniziert, erforderliche Maßnahmen abgeleitet, deren Umsetzung wird überwacht.

System- und Betriebsrisiken

IT-Risiken aus Hardwareausfällen wird sowohl durch organisatorische als auch durch technische Maßnahmen entgegengewirkt (gefächerte Rufbereitschaft der IT-Spezialisten, Redundanzen für die Hardware der unternehmenskritischen Anwendungen, Wartungsverträge mit kurzer Reaktionszeit). Auch im Geschäftsjahr 2012 wurde die Ausfallsicherheit der für die Bank wesentlichen Anwendungen (insbesondere des juristischen Systems SAP) und der zugehörigen Infrastruktur durch entsprechende Tests und Simulationen bestätigt. Das im Jahr 2011 in Betrieb genommene neue Backup-Rechenzentrum, das teilweise auch als 2. Produktionsstandort eingesetzt wird, hat seine Funktionsfähigkeit nachgewiesen. Zur Überbrückung von Stromausfällen steht eine Notstromversorgung für die Systeme zur Verfügung. Die Gefahr des unautorisierten Zugriffs auf Unternehmensdaten wird durch Zugriffsrechte minimiert. Unbefugte Zugriffe von außen werden durch eine hochverfügbare DMZ (demilitarisierte Zone mit mehreren Firewalls) abgewehrt.

Gegen Viren- und andere Schadprogramme wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen implementiert. Die Masse der Viren wurde bereits auf den Mailgateways abgefangen. Die restlichen Schadprogramme wurden rechtzeitig erkannt und in Quarantäne gestellt, so dass keine nachweisliche Schädigung des Netzes, der Server oder der PCs aufgetreten ist. Eine weitere Herausforderung sind Spam-Mails, denen mit einer sehr guten Erkennungsrate der Filter begegnet wird. Die Notfallplanung wird regelmäßig an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst.

Geordnete Arbeitsabläufe werden durch eindeutige Kompetenz-, Unterschrifts- und Vertretungsregelungen sichergestellt. Die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Einhaltung der einschlägigen Regelungen wird kontinuierlich durch eine prozessunabhängige Prüfung und Beratung durch die interne Revision überwacht und gewährleistet.

Weiteren möglichen Betriebsrisiken – zum Beispiel durch längeren Stromausfall, schwerwiegende IT-Störungen oder zur Abwehr einer Pandemie – begegnet die IBB mit einem geregelten Krisenmanagement.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Sie entstehen extern aus Veränderungen der Rechtslage und Rechtsbeziehungen sowie intern aus schadenstiftendem Fehlverhalten, unzureichender Rechtsanwendung oder Organisationsmängeln. Sie lassen sich vorrangig unterteilen in:

- Risiken aus neuer Gesetzgebung und Rechtsprechung,
- Risiken aus Verträgen und Bescheiden und
- Haftungsrisiken.

Die Steuerung von Rechtsrisiken ist eine wesentliche Aufgabe des Vorstandsrechts. Zur Minimierung dieser Risiken werden die Bereiche und Abteilungen durch den Stab Recht unterstützt.

Risiken aus bekannten, an die Bank herangetragenen Rechtsfragen sind durch Rückstellungen abgedeckt.

Personalrisiken

Ziel des Personalrisikomanagements ist die Identifikation, Risikoüberwachung und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Personalrisiken zu verhindern bzw. durch eine angemessene Risikosteuerung zu minimieren.

Um dies zu erreichen, orientiert sich die quantitative als auch die qualitative Personalausstattung an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie an der Risikosituation.

Der quantitative Personalbedarf wird einmal jährlich im Rahmen der Jahresplanung bestimmt und damit kontinuierlich fortgeschrieben.

Gleichzeitig sichert der an den Unternehmenszielen ausgerichtete Weiterbildungsprozess das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Neben der berufsbezogenen Aus- und Fortbildung für den Arbeitsplatz wurde in der Investitionsbank Berlin die berufsbegleitende Expertenqualifizierung verankert. Dies soll eine strukturierte und bedarfsorientierte Entwicklung hochqualifizierter Fachkräfte fördern sowie einem möglichen Fachkräftemangel infolge der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Das potenzielle Risiko durch langfristige Abwesenheiten oder das Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird durch eindeutige Prozesse für Vertretungsregelungen und Nachbesetzungen erfolgreich vermieden. Der Schwerpunkt zur Gewinnung von Fachkräften liegt auf der internen Nachwuchsförderung und der Personalentwicklung. Bei Bedarf wird der externe Stellenmarkt in Anspruch genommen.

Zusätzlich melden die Führungskräfte der Investitionsbank Berlin jährlich im Rahmen der Risikoinventur qualitative Personalrisiko-Indikatoren für operationelle Risiken, die bewertet und an den Vorstand berichtet werden.

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB steht im Einklang mit den Zielen, die in den Strategien der IBB niedergelegt sind. Die Vergütungssysteme sind dabei so ausgerichtet, dass schädliche Anreize, die das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen fördern könnten, vermieden werden.

Mit Hilfe von Personalkennzahlen (wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten, Altersstruktur oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen) werden mögliche Personalrisiken transparent und somit steuerbar gemacht.

Sonstige Risiken

Risiken aus dem Fördergeschäft

Ein Schwerpunkt der IBB ist insbesondere die Immobilienförderung in der Region Berlin. Daraus resultiert für das Kreditportfoliorisiko eine aus der Fördersystematik bedingte überdurchschnittlich hohe Abhängigkeit von der strukturellen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Region.

Dabei ist es der IBB anders als Geschäftsbanken nicht sinnvoll möglich, Diversifikationseffekte durch überregionales Geschäft bzw. durch Risikopositionen in anderen Segmenten zu erzielen, um damit das Risiko zu mindern. Insgesamt hat die IBB dieser Situation Rechnung getragen, indem sie ein adäquates Kreditrisikomanagement sowie eine angemessene Risikovorsorge implementiert hat.

Detailvereinbarung

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die IBB am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung war bis 2011 von der Landesbank Berlin AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. In 2012 wurde zwischen dem Land Berlin bzw. dessen Rechtsnachfolger und der Landesbank Berlin AG über die Höhe der ab 2012 zu zahlenden Avalprovision verhandelt. Da hierzu bislang keine Einigung erzielt werden konnte, bleibt es zunächst entsprechend der Detailvereinbarung bei dem bisherigen jährlichen Fixbetrag von 15 Mio. EUR.

Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen, für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Die Beurteilung der Gesamtbankrisikosituation erfolgt auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzeptes. Dabei ist das ökonomische Kapital die maßgebliche Risikosteuerungsgröße. Zur Überwachung und Steuerung der Gesamtbankrisikosituation verwendet die Bank ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Dabei werden normale Marktphasen ebenso berücksichtigt wie extreme Bedingungen, die die Risikolage beeinflussen können.

Durch den oben erwähnten Modellwechsel hin zum Mark-to-Model-Modus sind die Veränderungen in der Risikotragfähigkeit zwischen den Jahren 2011 und 2012 nur bedingt vergleichbar. Durch die Modelländerung werden aktuell deutlich mehr Risiken ausgewiesen als per 31.12.2011, insbesondere Migrationsrisiken, während vorher lediglich Ausfallrisiken berichtet wurden. Materiell hat sich die Risikoposition der Bank in 2012 durch den spürbaren Abbau von Risiken im Wertpapierportfolio deutlich verbessert. Durch eine sehr konservative Bestimmung der Parameter zur Abbildung von Wechselbeziehungen zur Bestimmung der Adress- und Spreadrisiken werden Diversifikationseffekte nur in geringem Umfang berücksichtigt.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2012 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der SolvV-Kennziffer betrug zwischen 18,4% und 19,3% und lag damit deutlich über dem geforderten Wert.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2012

Der in diesem Geschäftsbericht wiedergegebene Jahresabschluss der Investitionsbank Berlin (Einzelabschluss) zum 31. Dezember 2012 wurde nach handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Daneben hat die Investitionsbank Berlin zum 31. Dezember 2012 auch einen Konzernabschluss auf Grundlage der International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt, der im Internet unter www.ibb.de eingesehen werden kann.

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktivseite in TEUR	31.12.2012	31.12.2011
1. Barreserve	19.460	30.886
a) Kassenbestand	10	1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	19.450	30.885
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	19.450	30.885
3. Forderungen an Kreditinstitute	1.713.954	1.890.159
a) täglich fällig	76.084	176.206
b) andere Forderungen	1.637.870	1.713.953
4. Forderungen an Kunden	14.217.092	13.732.428
darunter:		
durch Grundpfandrechte gesichert	7.026.540	7.253.179
Kommunalkredite	4.235.277	4.569.137
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.556.219	4.146.660
a) Geldmarktpapiere		
ab) von anderen Emittenten	54.883	65.369
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	4.996	65.369
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	1.280.358	1.145.432
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.228.260	1.093.214
bb) von anderen Emittenten	2.220.978	2.935.859
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.156.928	2.767.962
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	150.000	150.000
7. Beteiligungen	1.335	795
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	98.937	98.337
9. Treuhandvermögen	124.037	114.703
darunter: Treuhandkredite	124.037	114.703
11. Immaterielle Anlagewerte	385	668
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	385	668
12. Sachanlagen	30.975	33.157
14. Sonstige Vermögensgegenstände	1.868	1.278
15. Rechnungsabgrenzungsposten	21.193	31.104
Summe der Aktiva	19.935.455	20.230.175

Passivseite in TEUR	31.12.2012	31.12.2011
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.394.780	4.090.312
a) täglich fällig	12.382	64.177
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.382.398	4.026.135
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.112.531	8.156.395
b) andere Verbindlichkeiten		
ba) täglich fällig	433.733	355.015
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7.678.798	7.801.380
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	6.123.939	6.724.639
a) begebene Schuldverschreibungen	6.123.939	6.724.639
4. Treuhandverbindlichkeiten	124.037	114.703
darunter: Treuhandkredite	124.037	114.703
5. Sonstige Verbindlichkeiten	5.537	5.542
6. Rechnungsabgrenzungsposten	150.515	160.099
7. Rückstellungen	182.800	176.686
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	81.049	76.764
c) andere Rückstellungen	101.751	99.922
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	144.311	144.311
12. Eigenkapital	697.005	657.488
a) Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	300.000	300.000
c) Gewinnrücklagen		
cd) andere Gewinnrücklagen (Zweckrücklage)	313.138	313.138
d) Bilanzgewinn	83.867	44.350
Summe der Passiva	19.935.455	20.230.175
Posten unter dem Bilanzstrich		
1. Eventualverbindlichkeiten	109.335	178.384
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	109.335	178.384
2. Andere Verpflichtungen	975.571	921.102
c) unwiderrufliche Kreditzusagen	975.571	921.102
	1.084.906	1.099.486

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Aufwendungen	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Zinsaufwendungen			348.322	400.915
2. Provisionsaufwendungen			763	2.621
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	39.794			39.391
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>12.693</u>			9.132
darunter: für Altersversorgung TEUR 6.056 (Vj: TEUR 2.614)		52.487		48.523
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>23.316</u>		22.150
			75.803	70.673
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.945	4.379
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			23.423	16.576
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			7.595	17.028
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			15.906	68.185
13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen			16	12
15. Jahresüberschuss			39.517	22.291
Summe der Aufwendungen			515.290	602.680
1. Jahresüberschuss			39.517	22.291
2. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			44.350	22.059
8. Bilanzgewinn			83.867	44.350

Erträge	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	411.086		444.984
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>85.084</u>		117.486
		496.170	562.470
2. Laufende Erträge aus			
b) Beteiligungen		3	0
4. Provisionserträge		11.434	14.026
8. Sonstige betriebliche Erträge		7.683	26.184
Summe der Erträge		515.290	602.680

Anhang für das Geschäftsjahr 2012

Allgemeine Angaben

Die Investitionsbank Berlin (IBB) hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 nach handelsrechtlichen Vorschriften sowie unter Einhaltung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wurden beachtet.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde Formblatt 2 (Kontoform) gewählt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich zum Nominalbetrag angesetzt.

Agio- oder Disagiobeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt unter den Positionen Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Kunden. Die Erfolge aus Zinsderivaten werden im Zinsergebnis der Bank dargestellt. Ein- und ausgehende Close-out-Zahlungen zu Derivaten werden ab dem Geschäftsjahr 2012 mit Fälligkeit in voller Höhe ergebniswirksam vereinnahmt.

Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Wertberichtigungen für Forderungen und Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte Rechnung getragen.

In Anlehnung an IAS 39 werden für erkennbare Adressrisiken bei signifikanten Forderungen Einzelwertberichtigungen und bei nicht signifikanten Forderungen pauschalisierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung schließen lassen. Im zweiten Schritt wird untersucht, ob die Forderung tatsächlich im Wert gemindert ist. Die Höhe der Einzelwertberichtigung wird durch Abzug des Barwerts aller noch erwarteten

Zahlungseingänge vom Buchwert der Forderung ermittelt. Die Höhe der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird durch Multiplizieren des Buchwerts mit einer erwarteten Ausfallrate (loss given default) ermittelt.

Für latente Risiken im Forderungsbestand werden in Anlehnung an IAS 39 Portfoliowertberichtigungen in Höhe des erwarteten Ausfalls unter Berücksichtigung eines Faktors für die Zeitspanne zwischen dem Erkennen des drohenden Ausfalls und dem Eintritt des Ausfallereignisses gebildet.

Auf Grundlage des Grundsatzes der Einzelbewertung gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB wurde bei Wertpapieren des Anlagevermögens von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 3 i.V.m. § 340e HGB (Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip) nicht durchgängig Gebrauch gemacht. In einzelnen Teilen erfolgt eine Bewertung nach dem strengen Niederstwertprinzip. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die übrigen Finanzanlagen (Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen) werden zu Anschaffungskosten angesetzt; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Stellungnahme IDW RS BFA 3 (Stand 30. August 2012) wurde im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung zum 31. Dezember 2012 im vollen Umfang beachtet. Zur Ermittlung einer eventuell erforderlichen Drohverlustrückstellung wird die barwertige Betrachtungsweise angewendet. Als Berechnungsgrundlage dient die wertorientierte Risikotragfähigkeit des Bankbuchs. Der Buchwert wird vom Nettovermögen abgezogen, die Risiko- und Verwaltungskosten sowie die institutsspezifischen Refinanzierungskosten für fiktive Schließungsgeschäfte werden im erforderlichen Umfang berücksichtigt.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßig über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer, geringwertige Wirtschaftsgüter sofort abgeschrieben.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (projected unit credit method) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck. Dabei wurden ein Gehaltstrend/BBG-Trend i.H.v. 2,5 % und ein Rententrend i.H.v. 1,5 % (bzw. 1,0 % bei VBL-Zusagen) berücksichtigt. Der für die Bewertung verwendete Rechnungszins beträgt 5,06 %. Erfolgswirkungen aus der Änderung von Bewertungsannahmen sind im Dienstzeitaufwand berücksichtigt. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den sonstigen Rückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Grundsätze der Währungsumrechnung

Die Investitionsbank Berlin schließt Geschäfte ausschließlich in der Währung Euro ab.

Erläuterungen zur Bilanz

Fristengliederung gemäß § 9 RechKredV

Forderungen an Kreditinstitute (andere Forderungen)

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
bis drei Monate	563,2	472,9
mehr als drei Monate bis ein Jahr	433,1	613,9
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	383,4	360,7
mehr als fünf Jahre	258,2	266,5
Summe	1.637,9	1.714,0

Forderungen an Kunden

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
bis drei Monate	1.104,3	1.203,9
mehr als drei Monate bis ein Jahr	909,3	292,8
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.520,1	2.189,9
mehr als fünf Jahre	9.683,4	10.045,8
Summe	14.217,1	13.732,4

Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
bis drei Monate	1.654,5	1.506,3
mehr als drei Monate bis ein Jahr	257,5	257,0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.703,1	1.509,9
mehr als fünf Jahre	767,3	752,9
Summe	4.382,4	4.026,1

Verbindlichkeiten ggü. Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
bis drei Monate	918,1	699,6
mehr als drei Monate bis ein Jahr	134,6	166,5
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	669,3	643,5
mehr als fünf Jahre	5.956,8	6.291,8
Summe	7.678,8	7.801,4

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
darunter im Folgejahr fällig	715,4	1.027,1

Börsenfähige Wertpapiere

In dem in der Bilanz stehenden Aktivposten sind im folgenden Umfang börsenfähige Wertpapiere enthalten:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.509,2	4.092,8
davon börsennotiert	3.454,3	4.092,8

Für Wertpapiere des Finanzanlagebestandes mit einem Buchwert i.H.v. TEUR 111.120 (i.V.: EUR 1.891,7 Mio.) wurden Marktwerte i.H.v. TEUR 111.051 (i.V.: EUR 1.776,0 Mio.) ermittelt. Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 und 4 HGB wurden nicht vorgenommen.

Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) der zuständigen Notenbank für geldpolitische Instrumente als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

An die Deutsche Bundesbank wurden im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente Wertpapiere mit einem Nennbetrag i.H.v. EUR 2.554,5 Mio. (i.V.: EUR 2.764,6 Mio.) verpfändet und Schuldscheindarlehen mit einem Nennbetrag i.H.v. EUR 725,0 Mio. (i.V.: EUR 860,0 Mio.) abgetreten. Zum Stichtag wurden Refinanzierungsgeschäfte i.H.v. EUR 250,0 Mio. (i.V.: EUR 0,0 Mio.) in Anspruch genommen.

Pensionsgeschäfte

Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von EUR 703,7 Mio. (i.V.: EUR 863,9 Mio.) in Pension gegeben.

Begebene Schuldverschreibungen

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
darunter im Folgejahr fällig	1.815,0	1.500,0

Nachrangige Aktiva

Der Posten Forderungen an Kunden enthält nachrangige Forderungen i.H.v. EUR 1.740,9 Mio. (i.V.: EUR 1.854,5 Mio.), die analog zum Vorjahr in voller Höhe aus Erklärungen nach § 88 Abs. 3 II. WoBauG resultieren.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0

	Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	47,1	58,6	0,0	0,0

Anteilsbesitz der Investitionsbank Berlin gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Name/Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
verbundene Unternehmen			
IBB-Holding GmbH, Berlin ^{2,4}	100,00	880,7	30,0
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin ^{3,4}	100,00	8.598,5	-750,4
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin ^{3,4}	100,00	21.685,1	-1.698,6
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin ^{3,4}	100,00	44.594,0	-3.343,2
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{3,4}	100,00	14.625,9	917,3
IBB Business Team GmbH, Berlin ^{2,4,6}	100,00	80,0	0,0
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin ^{2,5}	100,00	48,0	12,1
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin ^{2,5}	100,00	-10.792,0	756,6
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG, Berlin ^{2,4}	100,00	285,2	-714,8
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin ^{2,4}	52,50	-8.457,5	-1.571,7
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ^{2,4}	50,00	186,0	126,0
Berlin Partner GmbH, Berlin ^{2,4}	45,00	1.249,8	-244,1
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ^{2,4}	25,20	1.581,9	153,7
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1,4}	25,20	31,3	0,6
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin ^{2,4}	25,00	769,4	4,9
Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin ^{2,4}	19,92	758,5	-47,6

¹ Jahresabschluss 2010

² Jahresabschluss 2011

³ Jahresabschluss 2012

⁴ unmittelbarer Anteilsbesitz der IBB

⁵ mittelbarer Anteilsbesitz; Muttergesellschaft: IBB-Holding GmbH, Berlin

⁶ Umbenennung TCC Technologie Coaching Center GmbH in IBB Business Team GmbH zum 1. Januar 2012

Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Berlin Tourismus & Kongress GmbH beträgt 20,6 %. Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG beträgt 20,0 %. Bei allen anderen Gesellschaften entspricht der Kapitalanteil der IBB dem Anteil an den Stimmrechten.

Treuhandvermögen

Die in dieser Position enthaltenen Beträge i.H.v. EUR 124,0 Mio. (i.V.: EUR 114,7 Mio.) sind nach dem Formblatt 1 der RechKredV ausschließlich den Forderungen an Kunden zuzurechnen.

Treuhandverbindlichkeiten

Die in dieser Position enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der RechKredV wie folgt:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,4	0,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	123,6	113,9

Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. EUR	Schuld- verschrei- bungen und andere festver- zinsliche Wert- papiere	Aktien und sonstige nicht festver- zinsliche Wert- papiere	Beteili- gungen	Anteile an verbun- denen Unter- nehmen	Imma- terielle Anlage- werte	Sach- anlagen	Summe
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 01.01.2012	3.413,2	150,0	0,8	106,3	25,7	139,7	3.835,7
Zugänge ²	418,6	0,0	0,5	0,6	0,1	1,3	421,1
Abgänge ³	1.610,8	0,0	0,0	0,0	0,0	6,3	1.617,1
Stand 31.12.2012	2.221,0	150,0	1,3	106,9	25,8	134,7	2.639,7
Abschreibungen und Zuschreibungen							
Stand 01.01.2012	73,9	0,0	0,0	8,0	25,0	106,5	213,4
Zuschreibungen	4,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4,1
Zugang Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	3,5	3,9
Abgang Abschreibungen ⁴	66,6	0,0	0,0	0,0	0,0	6,3	72,9
Stand 31.12.2012 (kumulierte Abschreibungen ¹)	3,2	0,0	0,0	8,0	25,4	103,7	140,3
Buchwerte							
Stand 31.12.2011 = 01.01.2012	3.339,3	150,0	0,8	98,3	0,7	33,2	3.622,3
Stand 31.12.2012	2.217,8	150,0	1,3	98,9	0,4	31,0	2.499,4

¹ enthält ehemalige Niederstwertabschreibungen vor der Umwidmung ins Anlagevermögen

² enthält Amortisierung Disagio (Korrektur VJ EUR 2,6 Mio.)

³ enthält Amortisierung Agio (Korrektur VJ EUR 6,8 Mio.)

⁴ enthält Korrektur Amortisierung Agio/Disagio (Korrektur VJ EUR 4,2 Mio.)

Die Sachanlagen gliedern sich in Grundstücke und Gebäude (EUR 27,8 Mio.; i.V.: EUR 30,0 Mio.), die von der Bank überwiegend selbst genutzt werden, und Betriebs- und Geschäftsausstattung (EUR 3,2 Mio.; i.V.: EUR 3,1 Mio.).

Den Abschreibungssätzen liegen die folgenden Nutzungsdauern zugrunde:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	25 bis 48
Hardware	3 bis 7
Software	3
sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 33

Angaben zu Anteilen an inländischen Investmentvermögen

Unter den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wird der im Geschäftsjahr 2010 aufgelegte Spezialfonds „DeAM-Fonds IBB Corp“ ausgewiesen. Der Fonds investiert in Unternehmensanleihen. Anlagen in Anleihen von Kreditinstituten wurden ausgeschlossen. Der Wert der Anteile zum 31. Dezember 2012 beinhaltete stille Reserven i.H.v. EUR 6,2 Mio. (i.V.: EUR 1,7 Mio.) und betrug EUR 156,2 Mio. (i.V.: EUR 151,7 Mio.).

Die Rückgabe der Fondsanteile ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Rücknahme kann jedoch ausgesetzt werden, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich scheinen lassen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Kostenerstattungen i.H.v. EUR 0,8 Mio. (i.V.: EUR 0,0 Mio.) sowie Gehaltsvorauszahlungen an Mitarbeiter für Januar 2013 i.H.v. EUR 0,8 Mio. (i.V.: EUR 0,7 Mio.).

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungen werden Posten nach § 250 Abs. 3 HGB i.H.v. EUR 2,9 Mio. (i.V.: EUR 2,9 Mio.) und nach § 340e Abs. 2 Satz 3 HGB i.H.v. EUR 9,9 Mio. (i.V.: EUR 16,3 Mio.) ausgewiesen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Diese Position beinhaltet im Wesentlichen sonstige Verbindlichkeiten aus Asservaten im BFG-Geschäft i.H.v. EUR 4,4 Mio. (i.V.: EUR 4,5 Mio.), Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt aus noch abzuführenden Steuern für Dezember 2012 i.H.v. EUR 0,8 Mio. (i.V.: EUR 0,7 Mio.) und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen i.H.v. EUR 0,3 Mio. (i.V.: EUR 0,2 Mio.).

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

In der Position Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB i.H.v. EUR 132,7 Mio. (i.V.: EUR 147,2 Mio.) enthalten.

Rückstellungen

Die Investitionsbank Berlin weist Rückstellungen für Pensionen i.H.v. EUR 81,0 Mio. (i.V.: EUR 76,8 Mio.) aus. Die Pensionsrückstellungen sind vollständig dotiert.

Die anderen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Bedingt rückzahlbarer Zuschuss aus der Wirtschaftsförderung	37,0	35,0
Rückstellungen im Fördergeschäft und operationelle Risiken	12,9	12,6
Rückstellungen im Personalbereich	21,1	18,8
Rückstellungen für Restrukturierung	4,0	6,3
Sonstige andere Rückstellungen	26,8	27,2
Summe	101,8	99,9

Eventualverbindlichkeiten/Andere Verpflichtungen

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften i.H.v. EUR 109,3 Mio. (i.V.: EUR 178,4 Mio.) und unwiderruflichen Kreditzusagen i.H.v. EUR 975,6 Mio. (i.V.: EUR 921,1 Mio.) enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen im Rahmen der Wohnungsbau- und Wirtschaftsförderung.

Für ungesicherte bzw. nicht ausreichend gesicherte Rückgriffsforderungen wurden aufgrund der nicht ausreichenden Bonität der Kreditnehmer Rückstellungen i.H.v. von EUR 8,1 Mio. (i.V.: EUR 3,6 Mio.) und für Kreditrisiken aus anderen Verpflichtungen Rückstellungen i.H.v. EUR 1,2 Mio. (i.V.: EUR 3,4 Mio.) gebildet. Darüber hinaus wurden keine Risiken identifiziert.

Verwaltungskredite/Verwaltungsbürgschaften

Zusätzlich zu den im Formblatt 1 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen verwaltet die Investitionsbank Berlin im Rahmen von Förderprogrammen im Namen und für Rechnung des Landes Berlin Verwaltungsbürgschaften (EUR 1.788,2 Mio.; i.V.: EUR 2.196,9 Mio.) und Verwaltungskredite (EUR 0,0 Mio.; i.V.: EUR 1,7 Mio.).

Derivative Geschäfte

Die Investitionsbank Berlin hat zum Stichtag 31. Dezember 2012 folgende Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken in den Büchern, die nach der Marktbewertungsmethode bewertet wurden. Die Derivate bestehen ausschließlich mit Kontrahenten, die in OECD-Ländern ansässig sind.

in Mio. EUR	Restlaufzeiten			Nominalbetrag	Marktwerte
	≤ 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsswaps	1.971,8	6.930,8	5.288,5	14.191,1	-175,1
Caps	37,7	0,0	0,0	37,7	0,0
Summe	2.009,5	6.930,8	5.288,5	14.228,8	-175,1

Haftungsverhältnisse und sonstige nicht aus der Bilanz ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobilien-dienstleistungsgeschäft“ vom 16. April 2002 zwischen den Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft Berlin AG und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die Investitionsbank Berlin am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist nach Artikel 60 der Detailvereinbarung ein Festbetrag von jährlich EUR 15,0 Mio. zu zahlen. Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die Investitionsbank Berlin an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht.

Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung. Unter die Detailvereinbarung fallen in der Bilanz zum 31. Dezember 2012 als Kommunalkredite ausgewiesene Darlehen i.H.v. EUR 1.712,1 Mio. (i.V.: EUR 1.868,8 Mio.), für die offene Auszahlungsverpflichtungen i.H.v. EUR 92,5 Mio. (i.V.: EUR 87,1 Mio.) bestehen, sowie Bürgschaften i.H.v. EUR 8,2 Mio. (i.V.: EUR 2,5 Mio.).

Zum Stichtag bestanden offene Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG i.H.v. EUR 8,4 Mio. sowie aus der Beteiligung an der Peppermint CBF 1

GmbH & Co. KG i.H.v. EUR 9,1 Mio. Von den gezeichneten Kommanditanteilen an der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG i.H.v. EUR 10,0 Mio. wurde bis zum Stichtag ein Teilbetrag von EUR 4,9 Mio. von der geschäftsführenden Kommanditistin angenommen.

Aus einem Mietvertrag mit einer Laufzeit bis in das Jahr 2013 ergeben sich zukünftige Belastungen von nominal insgesamt EUR 1,5 Mio. (i.V.: EUR 3,5 Mio.).

Weitere finanzielle Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Strich ausgewiesen sind, sind für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung.

Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsüberschuss

in Mio. EUR	2012	2011
Zinserträge aus:		
Forderungen an Kreditinstitute	36,2	40,5
Forderungen an Kunden	374,9	404,5
Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Anleihen	85,1	117,5
Summe Zinserträge	496,2	562,5
Zinsaufwendungen für:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	82,7	97,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	108,5	122,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	82,5	112,9
Derivative Geschäfte	67,4	61,2
Aufzinsung Rückstellungen	7,2	6,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,7
Summe Zinsaufwendungen	348,3	400,9
Zinsüberschuss	147,9	161,6

Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2012	2011
Provisionserträge aus:		
Kreditgeschäft	8,3	8,2
Avale	2,5	3,0
Sonstiges	0,6	2,8
Summe Provisionserträge	11,4	14,0
Provisionsaufwendungen für:		
Kreditgeschäft	0,4	2,2
Wertpapiergeschäft	0,4	0,4
Avale	0,0	0,0
Summe Provisionsaufwendungen	0,8	2,6
Provisionsüberschuss	10,6	11,4

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Die sonstigen betrieblichen Erträge i.H.v. EUR 7,7 Mio. (i.V.: EUR 26,2 Mio.) enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i.H.v. EUR 4,3 Mio (i.V.: EUR 21,4 Mio.). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen den Berlin-Beitrag der Investitionsbank Berlin i.H.v. EUR 14,0 Mio. (i.V.: EUR 13,8 Mio.).

Sonstige Angaben

Deckungsrechnung

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Deckungsmasse	1.855,3	2.068,0
Pfandbriefe im Umlauf	10,0	50,0
Überdeckung	1.845,3	2.018,0

Die im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen waren im Verlauf des Jahres 2012 jederzeit durch hypothekarisch gesicherte Darlehen im vollen Umfang gedeckt.

Die Investitionsbank Berlin nimmt das Recht nach § 51 Pfandbriefgesetz in Anspruch und führt das Deckungsregister ausschließlich für die vor Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes emittierten Pfandbriefe fort.

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

Beschäftigungsgruppe	Jahresdurchschnitt	Vorjahresdurchschnitt
Vollzeitbeschäftigte	444	439
Teilzeitbeschäftigte	160	175
Summe ohne Auszubildende	604	614
Auszubildende	35	36
Summe gesamt	639	650

Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An den Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2012 folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2012			2011
Name	Gesamtvergütung	davon fixe Vergütung	davon variable Vergütung	Gesamtvergütung
Ulrich Kissing				
Gehalt	404,0	404,0	0,0	404,0
Nebenleistungen	23,9	0,0	23,9	21,1
Erfolgsvergütung	96,0	0,0	96,0	96,0
Sachbezüge	2,1	0,0	2,1	0,0
	526,0	404,0	122,0	521,1
Dr. Frank Schneider				
Gehalt	224,0	224,0	0,0	224,0
Versicherungsentgelte	50,0	50,0	0,0	50,0
Erfolgsvergütung	96,0	0,0	96,0	96,0
Sachbezüge	14,6	0,0	14,6	12,8
	384,6	274,0	110,6	382,8
Summe	910,6	678,0	232,6	903,9

Die Zahlung einer variablen Erfolgsvergütung erfolgt auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Sie berücksichtigt sowohl die Gesamtleistung als auch individuelle Ziele. Hierzu gehören u. a. die wirtschaftliche Ertragskraft der Bank als auch strategische Ziele.

Bei einer Zielerreichung von 100 % ist die variable Erfolgsvergütung im vollen Umfang in Höhe der Vorjahresvergütung festzusetzen. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

in TEUR	2012	2011
an frühere Vorstandsmitglieder oder Hinterbliebene gezahlte Bezüge	516,8	521,7
Rückstellungen für Pensionen früherer Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene	5.824,5	5.949,9

An die Mitglieder des Verwaltungsrats wurden folgende Aufwandsentschädigungen gezahlt:

in TEUR	2012	2011
Cornelia Yzer (ab 23. Oktober 2012)	1,2	0,0
Sybille von Obernitz (17. Januar bis 11. September 2012)	4,3	0,0
Harald Wolf (bis 17. Januar 2012)	0,5	6,0
Michael Müller (ab 17. Januar 2012)	4,4	0,0
Ingeborg Junge-Reyer (bis 9. Januar 2012)	0,3	4,5
Dr. Margaretha Sudhof (ab 20. März 2012)	2,5	0,0
Dr. Ulrich Nußbaum (bis 6. März 2012)	0,3	3,0
Prof. Dr. Liane Buchholz	4,0	4,0
Karin Dietz	4,0	4,0
Dr. Dietrich Rümker	4,0	4,0
Michael Bomke	4,0	4,0
Peter Lobanow	4,0	4,0
Natalie Raulf	3,0	3,0
Summe	36,5	36,5

Mitgliedern des Vorstands oder des Verwaltungsrats wurden folgende Kredite gewährt:

in TEUR	2012	2011
Kredite an Mitglieder des Vorstands	0,0	0,0
Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrats	11,2	11,4
Gesamt	11,2	11,4

Die Kredite wurden zu folgenden Konditionen und Bedingungen gewährt:

Konditionen	
Nominalzinsen	6,0 % p.a.
Verwaltungskostenbeitrag	0,5 % p.a.
Bedingungen	
Laufzeit	30.12.1993–30.06.2033
Annuitätische Tilgung	2,0 % p.a.
Tilgungsbeginn	01.07.2010
Sicherheiten	Haftung Land Berlin gemäß § 3 Abs. 2 Grundvertrag Grundschild

Angabe des im Geschäftsjahr von dem Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars

Für das Geschäftsjahr 2012 wurde im Aufwand ein Gesamthonorar von TEUR 367 erfasst. Davon entfallen auf die Jahres- und Konzernabschlussprüfung TEUR 209, auf andere Bestätigungsleistungen TEUR 24 und auf sonstige Leistungen TEUR 134.

Berliner Corporate Governance Kodex

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der Investitionsbank Berlin vom 2. September 2004 in der Fassung vom 7. September 2010 wenden der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) wurden am 17. Februar 2009 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der Investitionsbank Berlin veröffentlicht.

Organe der Investitionsbank Berlin

Vorstand	Ulrich Kissing	Vorsitzender des Vorstands
	Dr. Frank Schneider	Mitglied des Vorstands
Verwaltungsrat	Cornelia Yzer (seit 23. Oktober 2012, Vorsitzende seit 29. November 2012)	Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin
	Sybille von Obernitz (17. Januar bis 11. September 2012, Vorsitzende 14. Februar bis 11. September 2012)	Senatorin a. D. für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin
	Harald Wolf (Vorsitzender bis 17. Januar 2012)	Senator a. D. für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin
	Michael Müller (seit 17. Januar 2012, stellv. Vorsitzender seit 14. Februar 2012)	Senator für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin
	Ingeborg Junge-Reyer (stellv. Vorsitzende bis 9. Januar 2012)	Senatorin a. D. für Stadtentwicklung des Landes Berlin
	Dr. Margaretha Sudhof (seit 20. März 2012)	Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
	Dr. Ulrich Nußbaum (bis 6. März 2012)	Senator für Finanzen des Landes Berlin
	Prof. Dr. Liane Buchholz	Leiterin der Management-Akademie der Sparkassen-Finanzgruppe des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. und Dozentin der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
	Karin Dietz	Freie Beraterin Diplom-Ingenieurin
	Dr. Dietrich Rümker	ehem. Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Schleswig-Holstein

Michael Bomke	Vorsitzender des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Natalie Raulf (bis 31. Dezember 2012)	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Peter Lobanow (bis 31. Dezember 2012)	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Nadja Bernstein (seit 1. Januar 2013)	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Sven Hoffmann (seit 1. Januar 2013)	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin

Mandate der Mitglieder des Vorstands der Investitionsbank Berlin

<i>Ulrich Kissing</i>	Vorsitzender des Aufsichtsrats	IBB Beteiligungsgesellschaft mbH
	stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Berlin Partner GmbH
	Mitglied des Aufsichtsrats	Berlin Tourismus & Kongress GmbH Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH TSB Innovationsagentur Berlin GmbH
	Mitglied des Kuratoriums	TSB Technologiestiftung Berlin
	Mitglied des Börsenrats	Börse Berlin AöR

Berlin,
den 4. März 2013

Ulrich Kissing
Vorsitzender des Vorstands

Dr. Frank Schneider
Mitglied des Vorstands

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Berlin, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 4. März 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Dr. Nicole Bradsch
Wirtschaftsprüferin

Corporate-Governance-Bericht der Investitionsbank Berlin für das Geschäftsjahr 2012

I. Zusammenwirken zwischen Verwaltungsrat und Vorstand

Vorstand und Verwaltungsrat haben eng und vertrauensvoll zum Wohle der IBB zusammengearbeitet und sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; beide Organe haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands bzw. Verwaltungsrats gewahrt.

Neben den Regelungen in der Satzung lag eine durch den Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung für den Vorstand vor.

Für den Verwaltungsrat wurde eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt, für den Vorstand mit Selbstbehalt abgeschlossen.

Soweit Personen, die nicht Mitglied des Verwaltungsrats sind, an dessen Sitzungen teilgenommen haben, wurden sie auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Vorstand und Verwaltungsrat haben die strategischen Unternehmensplanungen der IBB abgestimmt. Der Vorstand, der regelmäßig an den Sitzungen des Verwaltungsrats teilgenommen hat, hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet, wobei der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente den normativen Vorgaben entsprach. Alle wesentlichen Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vorstandsseitig zeitnah offengelegt, Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, eventuell erforderliche Maßnahmen vorgeschlagen.

II. Vorstand

Der Vorstand hat unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien ausschließlich im Interesse der IBB und deren nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet, die IBB benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.

Die Zusammenarbeit des Vorstands, seine Ressortverteilung sowie die Beschlussfassung des Gremiums sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Es wurde ein Vorstandsvorsitzender bestimmt.

Die IBB verfügt über ein wirksames Risikomanagement und Risikocontrolling.

Die Vergütung des Vorstands, die im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert unter Angabe der Bestandteile ausgewiesen ist, erfolgte auf Basis eines Jahresgehaltes (Fixum) und einer variablen Erfolgsvergütung. Auf die Einhaltung des Abfindungs-Caps wurde geachtet.

Für das Geschäftsjahr 2012 wurden zwischen dem Vorstand der IBB und dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats Zielvereinbarungen abgeschlossen.

III. Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat wahrgenommen. Das Gremium wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die IBB einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf; weitere Geschäfte wurden nicht an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen der Bank.

Der Verwaltungsrat trifft seine Entscheidungen im Plenum, ggf. nach Vorbefassung im Arbeits- oder im Kreditausschuss. Darüber hinaus wurden den Ausschüssen durch eine vom Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung entsprechende Entscheidungskompetenzen übertragen. Ein Prüfungsausschuss wurde nicht gebildet.

Der Verwaltungsrat wurde vorstandsseitig über wichtige Angelegenheiten unterrichtet; er hat zweimal außerordentlich getagt. Zwischen der Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat die Verwaltungsratsvorsitzende über besondere Ereignisse unterrichtet. Das Plenum des Verwaltungsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Kein Verwaltungsratsmitglied hat die maximale Zahl von Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Vergütung der Mitglieder, die im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen wird, wurde auf Basis eines Senatsbeschlusses geregelt, Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Die Zielvereinbarungen für den Vorstand wurden dem Arbeitsausschuss zur Beurteilung vorgelegt.

Ein Verwaltungsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilgenommen.

Im Geschäftsjahr hat sich der Verwaltungsrat keiner Effizienzprüfung unterzogen, da diese unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nur alle drei Jahre durchgeführt wird.

IV. Interessenkonflikte

Vorstand und Verwaltungsrat haben die Interessen der IBB gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt; Interessenkonflikte bestanden nicht.

Geschäfte mit der IBB durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen bestanden nicht und mussten dementsprechend dem Verwaltungsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt werden; auch eine Ausnahmeregelung für Geschäfte mit der IBB lag nicht vor.

Dem Verwaltungsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit der IBB zur Zustimmung vorgelegt; das Gremium hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit der IBB erlassen.

Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet, weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten der IBB bekannt geworden.

Ein Vorstandsmitglied hat fünf Aufsichtsratsmandate außerhalb der IBB wahrgenommen.

Die Zustimmungen für diese Nebentätigkeiten wurden seinerzeit eingeholt.

Mitgliedern des Vorstandes wurden keine Darlehen gewährt. Für ein Mitglied des Verwaltungsrats bzw. Angehörigem dieses Organmitgliedes bestand ein Darlehen in Höhe von aktuell TEUR 11 zu marktüblichen Darlehensbedingungen.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich der IBB, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

Unternehmensinformationen (z. B. der Geschäftsbericht der Bank) werden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Benennung der Beteiligungsunternehmen der IBB entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und dem Senat vorgelegt. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss wurden in der Bilanzsitzung des Verwaltungsrats am 25. März 2013 festgestellt bzw. gebilligt.

Eine Veröffentlichung von Quartalsberichten erfolgte nicht. Zwischenberichte wurden regelmäßig vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand erörtert.

VII. Abschlussprüfung

Der Rechnungshof hat im Rahmen der Beauftragung vom Abschlussprüfer eine Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht seitens Organen des Abschlussprüfers – mit der IBB, respektive seinen Organmitgliedern, bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.

Der Rechnungshof von Berlin hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer hat mit dem Rechnungshof vereinbart, ihn und den Verwaltungsrat über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse zu unterrichten.

Der Abschlussprüfer ist vom Rechnungshof von Berlin beauftragt worden, die Verwaltungsratsvorsitzende bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Verwaltungsrats über den Jahresabschluss teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Für die Abschlussprüfung 2012 hat der Abschlussprüfer bis zum Zeitpunkt der Abgabe dieser Erklärung über keine wesentlichen Feststellungen oder Vorkommnisse berichtet.

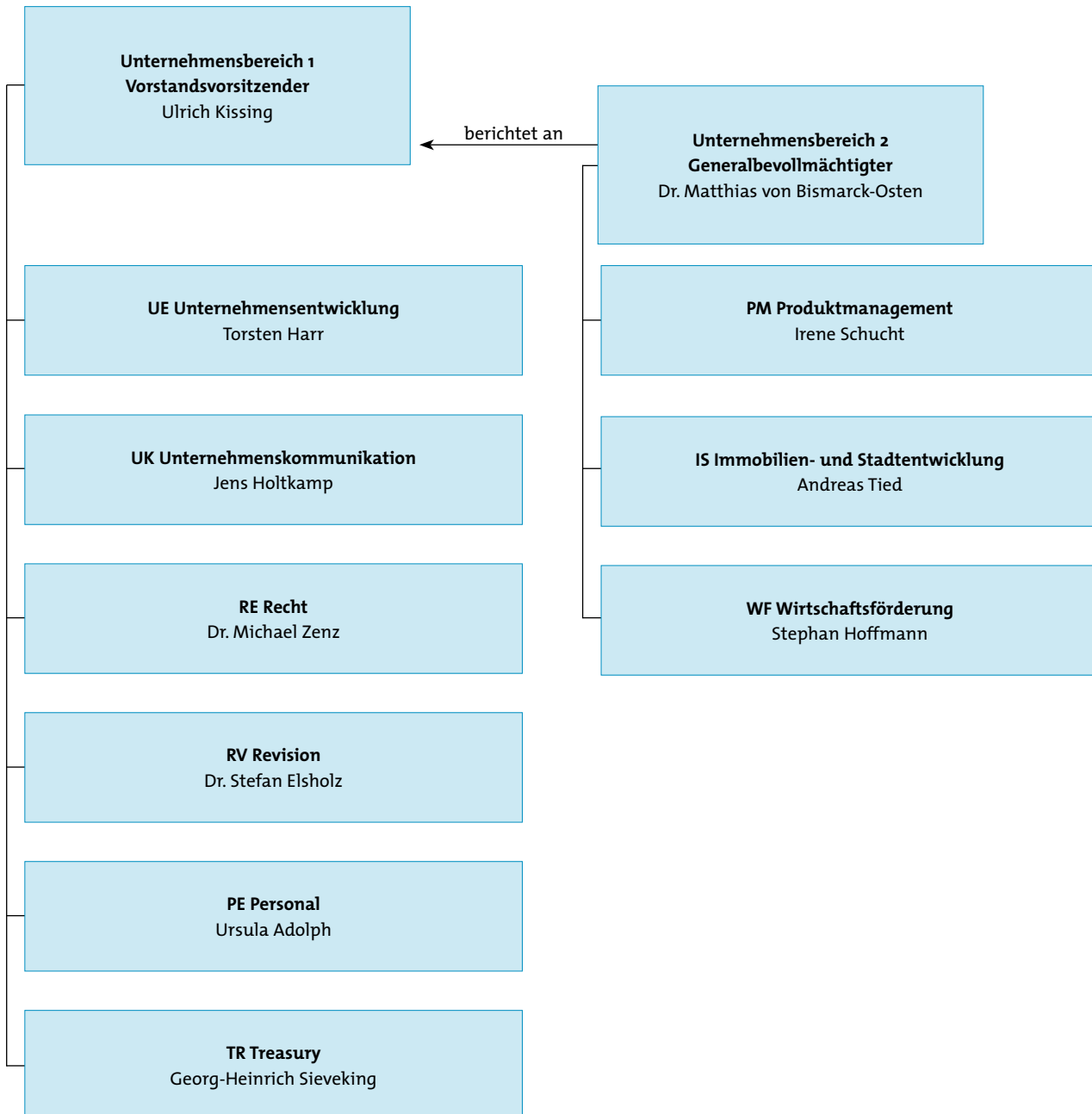
Versicherung der gesetzlichen Vertreter

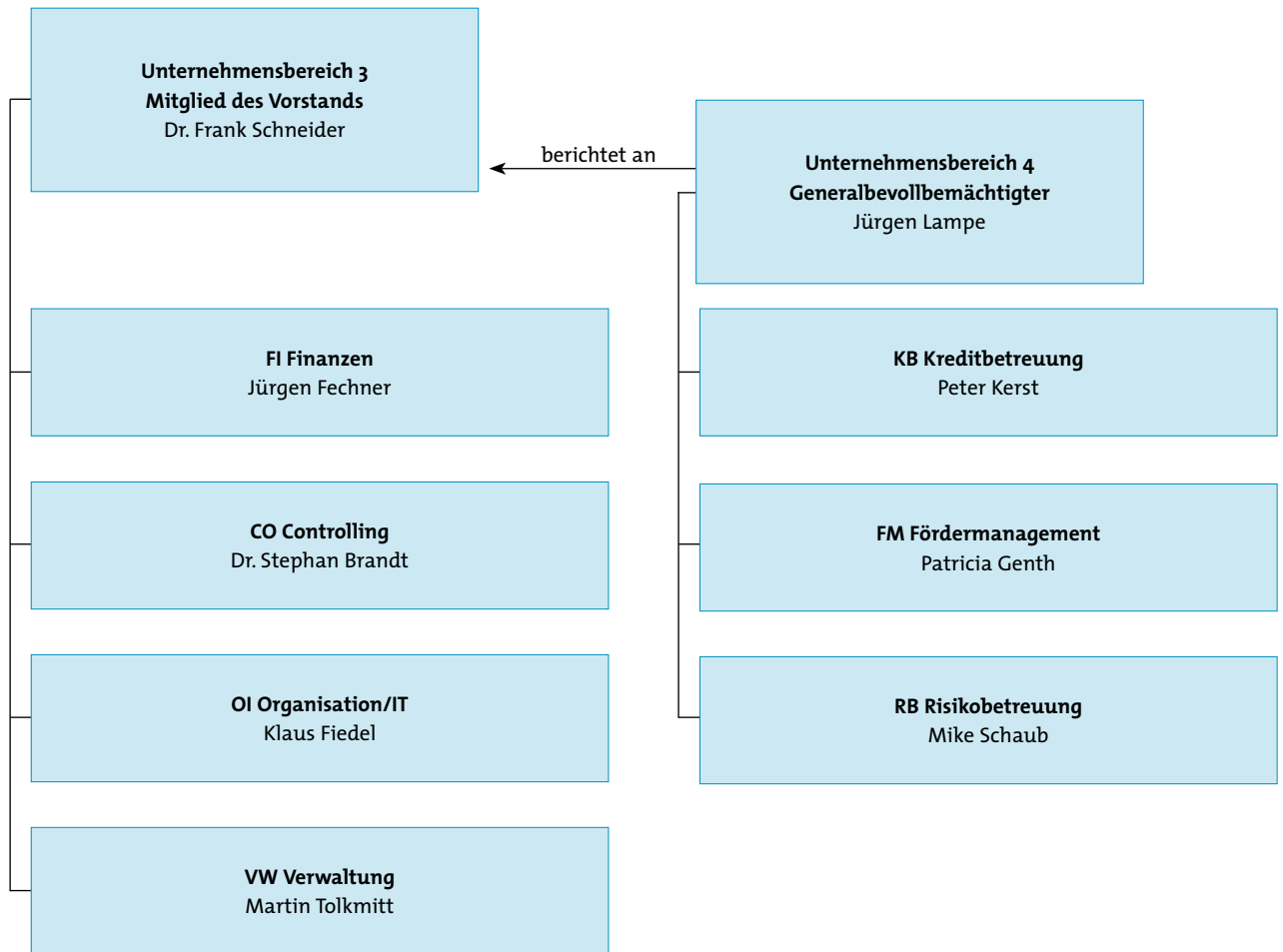
Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Berlin, den 4. März 2013

Ulrich Kissing
Vorsitzender des Vorstands

Dr. Frank Schneider
Mitglied des Vorstands





Impressum

– *Herausgeber*

Investitionsbank Berlin
Unternehmenskommunikation
Bundesallee 210
10719 Berlin
Telefon: 030 / 21 25 - 0
Telefax: 030 / 21 25 - 20 20
www.ibb.de

– *Konzeption und Gestaltung*

Adjouri Brand Consultants GmbH
Feurigstraße 54
10827 Berlin
www.adjouri.com

– *Druck*

Druckteam Berlin
Maik Roller und Andreas Jordan GbR
Gustav-Holzmann-Straße 6
10317 Berlin
www.druckteam-berlin.de

↳ Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

↳ Telefon: 030 / 2125 - 0
↳ Telefax: 030 / 2125 - 2020

↳ www.ibb.de

